MARTIN DÖRMANN

MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

KULTUR- UND MEDIENPOLITISCHER SPRECHER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Jahrbuch 2017

Dokumentation über die Arbeit als Bundestagsabgeordneter von Januar bis Oktober 2017

Oktober 2017

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Jahrbuch 2017

INHALT

Seite 2: Vorwort, Wahlkreiszeitung Berlin Depesche
Seite 3: Publikationen, Veranstaltungen, Homepage
Seite 5: Berichte und Artikel 2017 aus der Berlin Depesche (Auswahl)

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

das **Jahrbuch 2017** soll einen Einblick in meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter im Jahr 2017 geben. Es dient der Dokumentation und ist zugleich eine Art Rechenschaftsbericht.

Mit Konstituierung des neuen Bundestages im Oktober 2017 endete meine Tätigkeit im Parlament.

Insgesamt war ich 2002 bis 2017 vier Legislaturperioden direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt). Es war mir eine Ehre, Köln und seine Menschen in diesen 15 Jahren vertreten zu dürfen.

Viel Spaß beim Lesen dieses Jahrbuches!

WAHLKREISZEITUNG BERLIN DEPESCHE

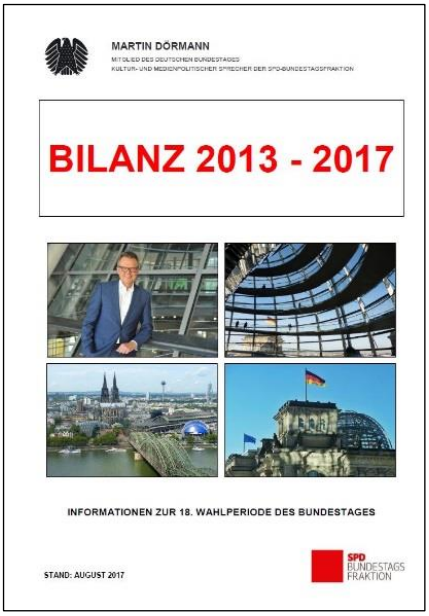
2017 erschienen insgesamt sechs Ausgaben der **Berlin Depesche**, die letzte im Oktober (Nr. 108). Die Wahlkreiszeitung enthält Informationen über Veranstaltungen, die Arbeit von Martin Dörmann und wichtige Entscheidungen des Bundestages. Einige Artikel aus dem Jahr 2017 sind ab Seite 7 abgedruckt.

Frühere Ausgaben sowie die **Jahresregister** sind auf der Homepage www.martin-doermann.de zu finden.

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

PUBLIKATIONEN

Neben der „**Berlin Depesche**“ erschien für jedes Jahr ein eigenes **Jahrbuch** mit einem Überblick über die Abgeordnetentätigkeit im abgelaufenen Jahr. Eine sortierte Auflistung aller in der Berlin Depesche enthaltenen Artikel ist im **Register 2017** zu finden. Informationen zur Legislaturperiode enthält die Broschüre **Bilanz 2013-2017**. Alle Broschüren sind auf der Startseite der Homepage zu finden. Zudem ist Martin Dörmann Mitherausgeber der politischen Zeitschrift **„Berliner Republik“** (siehe Homepage: **www.b-republik.de**).



VERANSTALTUNGEN 2017

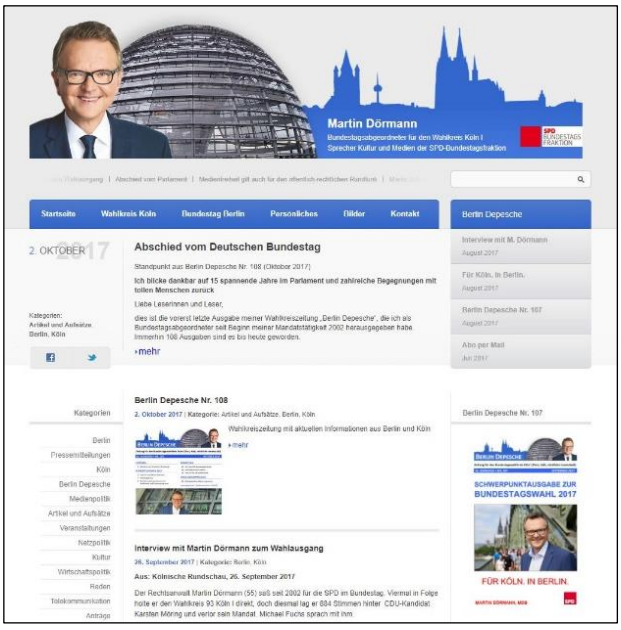
Bei Veranstaltungen, bei denen Martin Dörmann (Mit-)Veranstalter oder Moderator war, nahmen 2017 u. a. folgende Gäste teil: **Norbert Walter-Borjans, Thomas Kutschaty, Karl Lauterbach, Andrea Nahles, Dagmar Freitag, Svenja Schulze, Michael Groschek, Bernhard Daldrup, Thorsten Schäfer-Gümbel, Wolfgang Thierse, Prof. Dr. Frank Decker, Heiko Maas, Ulla Schmidt** und **Katarina Barley.**

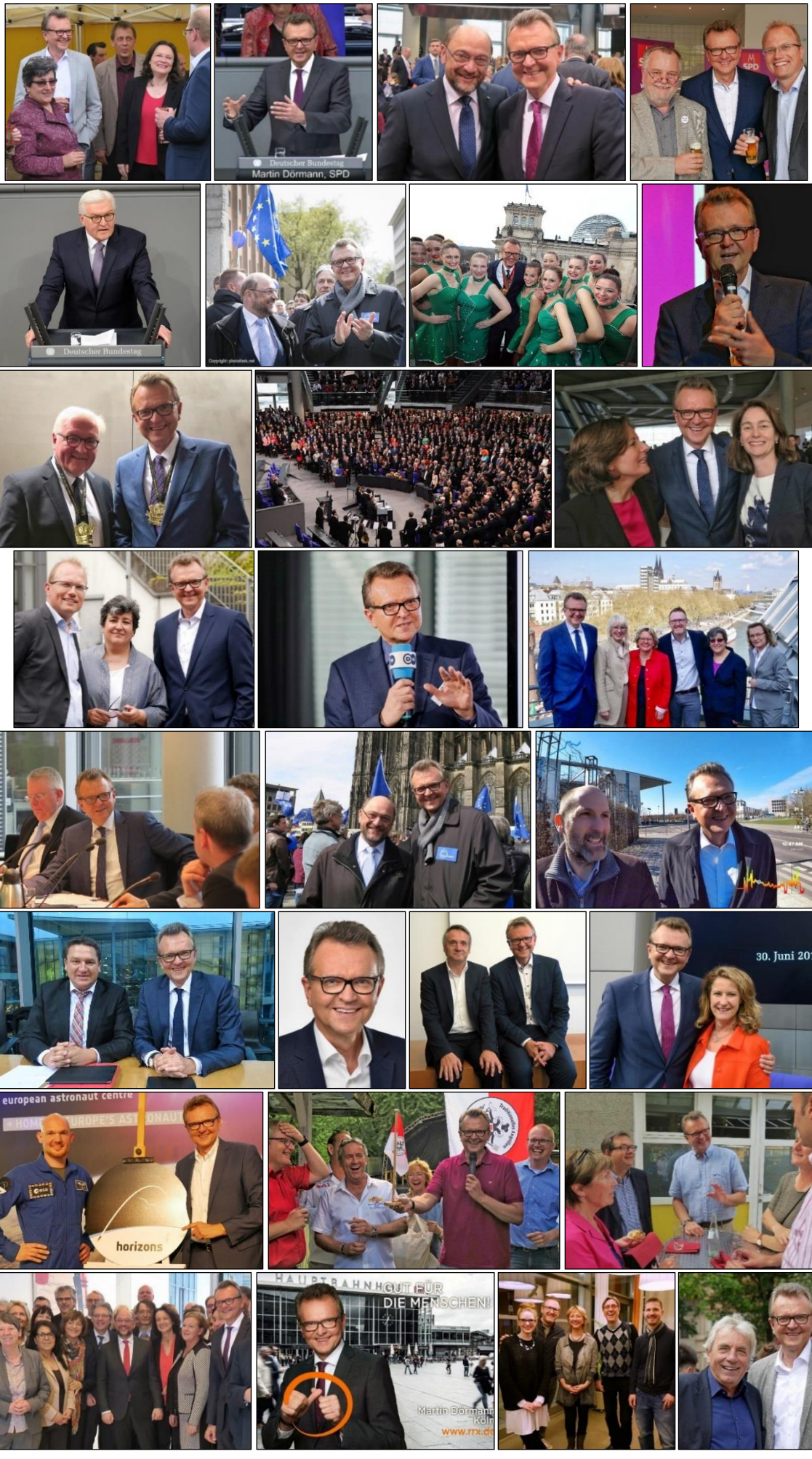
HOMEPAGE

Weitere allgemeine und aktuelle Informationen finden sich auf der Homepage:

www.martin-doermann.de

Sie enthält u. a. Seiten zu Persönlichem, dem Kölner Wahlkreis, der Arbeit in Berlin, aktuelle Presse, Texte und Dokumente sowie zahlreiche Fotos.




Deutscher Bundestag
Martin Dörmann, SPD
SPD
Deutscher Bundestag
30. Juni 2017
european astronaut centre
horizons
HAUPTBAHNHOF
GUT FÜR
DIE MENSCHEN!
Martin Dörmann
Köln
www.rrx.de

Porzer Dreigestirn und Rezag-Girls begeistern im Bundestag

Vielfältiges Programm auf Einladung von Martin Dörmann

Nach einer alten kölschen Regel ist es nun also „Brauchtum“: Zum dritten Mal flog Mitte Januar ein Porzer Dreigestirn auf Einladung von **Martin Dörmann** mit einer fast 40-köpfigen Gruppe nach Berlin. Dieser hatte für **Prinz Helmut I.**, **Bauer Hans**, **Jungfrau Melanie** und ihre Equipe ein ganztägiges Programm im Bundestag organisiert, das er begleitete. Mit dabei waren auch: vom Festausschuss Porzer Karneval (FAS) dessen Präsident **Stephan Demmer**, Geschäftsführer **Holger Harms** und Literat **Stefan Lohe,** zudem der Präsident der KG Urbacher Räuber **Thomas Dieckmann** sowie die **Rezag-Girls,** die Show-Tanzgruppe der Porzer Ehrengarde KG Fidele Grön-Wieße REZAG.

Mit großer Delegation und kleinem Gepäck reiste das Dreigestirn in Berlin an

Deren tolle Tanzeinlage im Reichstagspräsidentenpalais der „Parlamentarischen Gesellschaft“ zum Auftakt war dort eine absolute Premiere und lockte begeistertes Publikum an. Danach ging es zu einem Empfang, an dem Bundestagsvizepräsidentin **Ulla Schmidt** und Kölns erste Bürgermeisterin und Bundestagsabgeordnete **Elfi Scho-Antwerpes** teilnahmen. Es wurde dabei kräftig gesungen, etwa die Porzer Hymne, die Prinz Helmut I. selbst komponiert hat.

Auf der Besuchertribüne im Plenarsaal

Anschließend verfolgte die Delegation auf der Tribüne des Plenums eine Bundestagsdebatte, bei der das Dreigestirn von Vizepräsidentin **Claudia Roth** offiziell begrüßt wurde. So fand der Besuch sogar Eingang in das Protokoll des Deutschen Bundestages.

Auf den einzelnen Wegen im Bundestag wurde das Dreigestirn immer wieder von Abgeordneten und Mitarbeitern um gemeinsame Fotos gebeten. Martin Dörmann zeigte sich von dem Besuch ebenfalls begeistert: „Das Trifolium hat die familiäre Stimmung ihres Vereins, der KG Urbacher Räuber, und aller Porzer Jecken nach Berlin getragen. Sie sind die bestmöglichen Botschafter für Porz und Köln. Die drei verbreiten Herzenswärme und gute Laune in nicht leichten Zeiten.“

Die Karnevalisten bedankten sich am Ende herzlich bei Martin Dörmann für ein besonderes Erlebnis und die stete Unterstützung. Prinz Helmut I. fasste es so zusammen: „Wir fühlen uns sehr geehrt, dass wir in Berlin sein durften. Überall sind wir herzlich aufgenommen worden. Dieses Erlebnis werden wir sicherlich niemals vergessen.“

Seinen standesgemäßen Ausklang fand der Berlinbesuch am Abend in der „Ständigen Vertretung“ (StäV). Auch dort war die Begeisterung groß. Es wurden zahlreiche Fotos mit Gästen geschossen sowie Orden verteilt - vom Besitzer der rheinischen Kneipe bis zu einer Touristin aus Thailand. Und natürlich erklangen aus kräftigen Kehlen viele kölsche Lieder - vom „Veedel“ bis zum „Stammbaum“.

Auch Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt ließ sich von der guten Stimmung mitreißen und sang kräftig mit

→ **Ein stimmungsvolles Video mit den Bildern vom Bundestagsbesuch des Porzer Dreigestirns ist eingestellt unter: www.youtube.com/watch?v=WSe04XGiPUA**

SPD-Wahlkreistreffen

Dörmann, Ott, Gatter und dos Santos Herrmann luden ein

Wie es schon gute Tradition geworden ist, luden die SPD-Abgeordneten aus Land und Bund für die Stadtbezirke Porz und Kalk sowie die nördliche Innenstadt Mitte Januar zum alljährlichen Wahlkreistreffen.

Die Abgeordneten Stephan Gatter, Martin Dörmann, Jochen Ott und Landtagskandidatin Susana dos Santos Herrmann stießen auf weiterhin gute Zusammenarbeit an

VertreterInnen der SPD-Ortsvereine kamen in die Räumlichkeiten der Alexianer in Porz. Bei bester Stimmung und leckerem Essen wurde viel gelacht und über die aktuelle politische Lage diskutiert.

Bei der anstehenden Landtagswahl im Mai wird der langjährige Abgeordnete **Stephan Gatter** (Wahlkreis Kalk-West und nördliche Innenstadt/Deutz) nicht noch einmal antreten. Um seine Nachfolge bewirbt sich die Kölner Ratsfrau **Susana dos Santos Herrmann**. Beide sprachen ebenso zu den Gästen wie der Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** und **Martin Dörmann**, die erneut in ihren Wahlkreisen kandidieren.

Das Wahlkreis-Mitarbeiterteam der Abgeordneten (v.l.): Nadesha Dietz, Tim Cremer (bei Martin Dörmann), Marion und Karl-Heinz Tillmann (bei Jochen Ott) sowie Frank Heinz (bei Stephan Gatter)

Diskussion zum Thema Sport mit Dagmar Freitag, MdB

„Rahmenbedingungen für Spitzen- und Breitensport verbessern“

Die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten luden am 2. Februar zu einer gemeinsamen „Fraktion vor Ort“- Veranstaltung im RheinEnergieStadion ein.

Zum Thema „Verbindung gekappt? - Die unterschiedlichen Welten des Spitzen- und Breitensports“ sprach die Vorsitzende des Sportausschusses im Deutschen Bundestag, **Dagmar Freitag, MdB**.

Der Einladung gefolgt waren insbesondere VertreterInnen unterschiedlicher Kölner Sportvereine. Freitag berichtete den Anwesenden von der aktuellen Entwicklung der Spitzensportförderung für Menschen mit und ohne Behinderung. Dabei betonte sie insbesondere die Rolle des Bundes und dessen Schaffung von Rahmenbedingungen, die unbedingt gesetzlich verankert werden müssen.

Im Weiteren hob sie die Bedeutung des Breitensports hervor, besonders im Bereich der Integration und Inklusion. Aktivitäten in Sportvereinen können Werte wie Toleranz und Fairness vermitteln und Menschen unterschiedlicher Kulturen, Generationen und sozialer Hintergründe zusammenführen.

Im Anschluss gab es eine lebhafte Debatte um die Zukunft und die Möglichkeiten, die der Breitensport für die gesellschaftliche Entwicklung darstellt.

Martin Schulz wird Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat der SPD

Aufbruchstimmung bei den Sozialdemokraten

Die SPD zieht mit Martin Schulz an der Spitze in den Wahlkampf – und will ihn auch zum neuen Parteichef machen. Bei seiner Vorstellung im Berliner Willy-Brandt-Haus begeisterte er über 1.000 Mitglieder und Gäste. Und er stimmte alle auf einen kämpferischen Wahlkampf ein: „Lasst uns anpacken und unser Land gerechter machen und das mutlose ‚Weiter-so’ beenden.“

Martin Schulz setzte ein klares Ziel für die Bundestagswahl am 24. September: „Ich trete mit dem Anspruch an, Bundeskanzler zu werden!“ Deutschland brauche eine starke Sozialdemokratie. „Denn wir wollen, dass es in unserem Land gerechter zugeht. Dass die Menschen sicher und gut leben können. Dass unsere Kinder eine Perspektive haben. Dass Deutschland ein Stabilitätsfaktor in Europa und in der Welt ist.“

„Auf-Sicht-Fahren ist zu wenig“

Martin Schulz will gemeinsam mit der SPD für mehr Gerechtigkeit sorgen, Vertrauen aufbauen und das Land voranbringen. Der Kanzlerin warf er vor, „dass in diesen Zeiten das taktische Auf-Sicht-Fahren und Herumlavieren einfach zu wenig ist.“

Martin Schulz hat klare Vorstellungen, wie dieses Land besser regiert werden kann. Dazu zählen sichere Jobs und gute Löhne – Grundbedingungen für eine Rente, von der man später in Würde leben kann. Außerdem eine innovative Wirtschafts- und eine gerechte Steuerpolitik. Im Zentrum sozialdemokratischer Politik sollen weiterhin Familien und Kinder stehen. Eine Bundesregierung mit Martin Schulz an der Spitze werde mehr in gute Bildung und in die Sanierung der Schulen – die „Leuchttürme“ unserer Gesellschaft – investieren.

Gesellschaft zusammenhalten

„Vieles ist aus dem Lot geraten“, mahnte Schulz. Allen Menschen, die sich in unserem Land nicht sicher fühlen und Ängste haben, sei die SPD ein verlässlicher Anwalt. Er versprach für mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden zu sorgen, „indem wir genug Polizei auf die Straße bringen.“ Im Wahlkampf werde es der SPD um bezahlbare Wohnungen für alle gehen, um gesunde Lebensmittel oder auch die Chancen der Digitalisierung. Im Kern gehe es aber darum, die Gesellschaft zusammenhalten, fasste der Kanzlerkandidat zusammen. „Der Kitt unserer Gesellschaft sind die Sportvereine, die Nachbarschaftsinitiativen, die Kirchen, die Gewerkschaften und Betriebe und die Bildungsstätten.“ Sie zu unterstützen sei das Gebot der Stunde. Die SPD führe zusammen, sie spalte nicht. Die Mörder und Terroristen des sogenannten Islamischen Staates „müssen wir mit harter Hand bekämpfen, mit Polizei, den Sicherheitsdiensten und allen Mitteln des Strafrechts, ohne dass wir dabei die Freiheit und Liberalität opfern“, sagte Schulz. „Für Terror gibt es keine Rechtfertigung.“

Schulz sagt Rassisten den Kampf an

Auf der anderen Seite bekämpften radikale Nationalisten unsere freie Demokratie. Schulz erinnerte daran, wozu ein blinder Nationalismus führt – „das haben wir in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebt. Deshalb ist die Partei der Höckes, der Gaulands

und Petrys keine Alternative für Deutschland, sondern sie ist eine Schande für die Bundesrepublik“, rief er den Gästen in seiner immer wieder durch begeisterten Beifall unterbrochenen Rede zu. Schulz machte deutlich: „All diesen Rassisten, Extremisten und Populisten sage ich, sagt die gesamte SPD den Kampf an!“

Eintrittswelle in der SPD

Martin Schulz stammt aus einem „einfachen“ Elternhaus. Er wollte Fußballprofi werden, doch sein Traum platzte – und er verlor die Orientierung. „Ich weiß, was es bedeutet, wenn man vom Weg abkommt. Aber ich weiß auch, wie gut es sich anfühlt, wenn Familie und Freunde einen wieder aufrichten und man dadurch eine zweite Chance bekommt.“ Schulz wurde Buchhändler, dann erfolgreicher Kommunal- und Europapolitiker. Ein Mann ohne Abitur, ohne Studium – ein Mann aus der Provinz. „All diese Dinge sehe ich nicht als Makel, weil ich diese Zuschreibungen mit der Mehrheit der Menschen in unserem Land teile.“

„Es geht ein Ruck durch die SPD, es geht ein Ruck durch das ganze Land.“ Martin Schulz erfährt nicht erst seit seiner Nominierung sehr viel Begeisterung und Unterstützung. Seit bekannt wurde, dass Martin Schulz Kanzlerkandidat der SPD werden soll, reißt eine Eintrittswelle in die SPD nicht ab. „Wir wollen diese Aufbruchstimmung nutzen“, rief er den Mitgliedern zu. „Lasst uns anpacken und unser Land gerechter machen!“

Große Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion für Martin Schulz

Der designierte Kanzlerkandidat riss mit seiner Rede in der Fraktion nach Bekanntgabe seiner Kandidatur alle mit. Er sehe die SPD als Bollwerk der Demokratie und wolle in schwierigen Zeiten den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern. Martin Dörmann: „Ich kenne Martin Schulz seit über zwei Jahrzehnten. Er vereint klare Haltung, Glaubwürdigkeit, Gestaltungswille und die Fähigkeit, Menschen anzusprechen. Klasse, dass er antritt.“

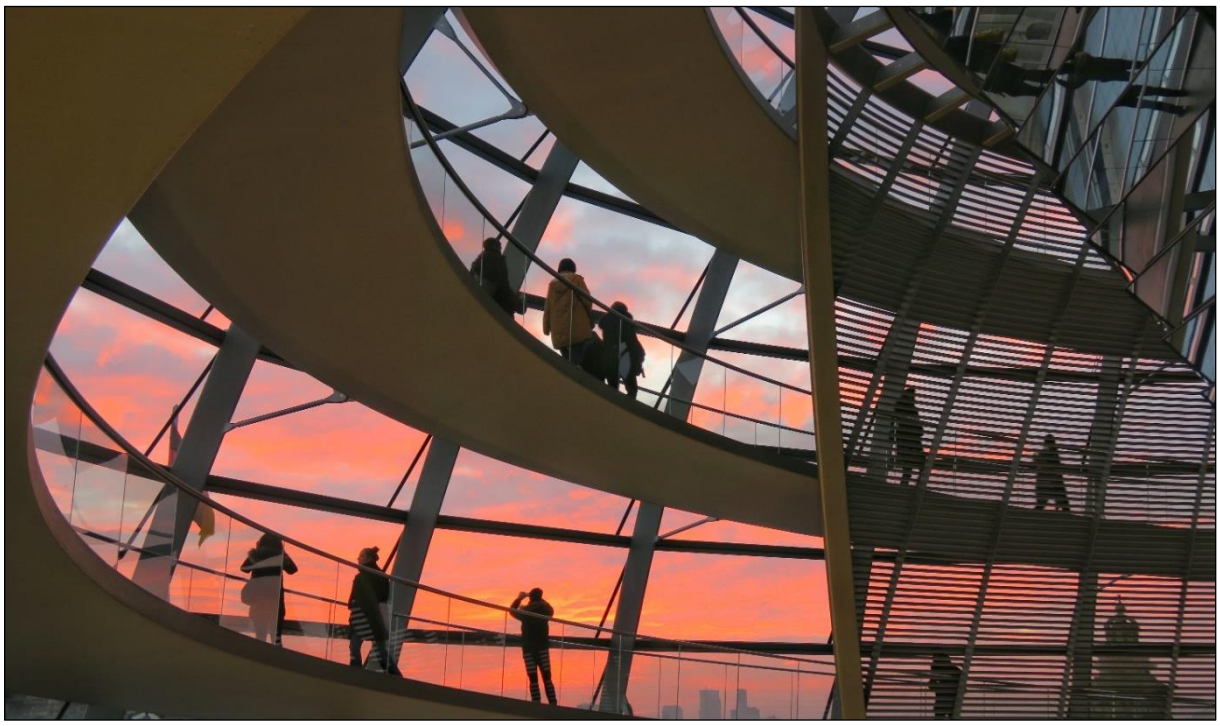
Wechsel auf der Regierungsbank

Sigmar Gabriel neuer Außenminister, Brigitte Zypries Wirtschaftsministerin

Der bisherige Bundesminister für Wirtschaft und Energie **Sigmar Gabriel** ist neuer Außenminister. **Brigitte Zypries**, bis jetzt Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, übernahm das Amt der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie. Ihr Nachfolger als Parlamentarischer Staatssekretär ist der SPD-Bundestagsabgeordnete und Wirtschaftsexperte **Dirk Wiese**.

Anlass für die Kabinettsumbildung ist das Ausscheiden von Bundespräsident **Joachim Gauck** am 20. März 2017. Er hatte eine zweite Amtszeit für sich ausgeschlossen. Als Kandidaten für die Nachfolge hat die Koalition **Frank-Walter Steinmeier** nominiert, der deshalb sein Amt als Außenminister aufgab. Die Wahl des Bundespräsidenten findet am 12. Februar statt.

Frank-Walter Steinmeier ist stolzer Träger des Ordens des Porzer Dreigestirns. Im Nachgang zu dessen Bundestagsvisite hatte Martin Dörmann die ehrenvolle Aufgabe übernommen, den Orden zu überreichen. Damit bedankte sich das Dreigestirn für die persönlichen Grüße Steinmeiers zum Besuch. Wenn man so will, eine seiner letzten „Amtshandlungen“ als Außenminister.



Gerechtere Steuern, mehr für Familien und höhere Sicherheit

Am 12. und 13. Januar kam die SPD-Bundestagsfraktion im Berliner Reichstagsgebäude zusammen, um über die allgemeine politische Lage zu sprechen und ihre weiteren politischen Vorhaben zu beraten. Gast war am ersten Tag der Präsident des Bundeskriminalamtes **Holger Münch**. Mit ihm diskutierten die Abgeordneten über wirksame Schritte für mehr öffentliche Sicherheit. Am zweiten Tag war DGB-Chef **Reiner Hoffmann** Gast zum Thema soziale Gerechtigkeit.

SPD-Fraktionschef **Thomas Oppermann** sagte, Deutschland müsse „gerechter und sicherer werden“. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstütze ausdrücklich die Maßnahmen, auf die sich Bundesjustizminister **Heiko Maas** (SPD) und Bundesinnenminister **Thomas de Maizière** (CDU) am 10. Januar 2017 geeinigt haben. Sie müssten nun zügig gesetzlich beschlossen werden. Als Beispiel nannte er die mögliche Haft für ausreisepflichtige Gefährder. Oppermann weiter: „Sicherheit und Gerechtigkeit gehören zusammen, der Staat muss seine Regeln für alle durchsetzen.“

Gemeinsam mit DGB-Chef Hoffmann warb Oppermann für mehr Investitionen in Bildung und Digitalisierung. Dafür müssten die Überschüsse in der noch laufenden Wahlperiode eingesetzt werden. „Wir sehen in der nächsten Wahlperiode Spielraum, die unteren und mittleren Einkommen zu entlasten“, fügte Oppermann hinzu. Das sei wirtschaftspolitisch vernünftig für die Binnennachfrage als zweite Stütze der Konjunktur neben der Exportwirtschaft. Zudem werde dadurch mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen.

Oppermann bekräftigte: „Viele Menschen glauben, dass es nicht mehr gerecht zugeht“, mit ihren Beschlüssen stärke die SPD-Fraktion die Gerechtigkeit, sagte Thomas Oppermann. „Wir wollen den Menschen das Gefühl geben, dass sie Teil des Gemeinwesens sind.“

Sicherheit und Gerechtigkeit – dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion acht Beschlüsse mit konkreten Forderungen verabschiedet.

Im Einzelnen:

- Konsequenzen aus dem Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt
- Initiative 2017 für Steuergerechtigkeit – gegen Steuerbetrug, Steuervermeidung und Steuerdumping
- Maß und Mitte bei Managergehältern und Boni wiederherstellen
- Gute Zeiten für Familien
- Recht auf befristete Teilzeit umsetzen – Rückkehrrecht auf befristete Vollzeit ermöglichen
- Die Zeit ist reif – Kinderrechte ins Grundgesetz
- Rechte der Mieterinnen und Mieter stärken
- Recht haben und Recht bekommen – Musterverfahren möglich machen

Treibende Kraft für Gerechtigkeit: Am zweiten Tag der Klausur fasst die SPD-Fraktion entsprechende Beschlüsse. Thomas Oppermann, Sigmar Gabriel und als Gast DGB-Chef Reiner Hoffmann (mitte) betonten die großen Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Gewerkschaften: für gute Arbeit, faire Löhne und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Lohngerechtigkeit für Frauen

Das Bundeskabinett hat nach langem Widerstand der Union endlich den Entwurf für ein Lohngerechtigkeitsgesetz beschlossen. Das ist ein großer Erfolg für Frauenministerin **Manuela Schwesig** und die SPD. Mit dem Gesetz werden Beschäftigte erstmals Auskunft darüber verlangen können, was Kollegen in gleichwertigen Positionen im Durchschnitt verdienen, unter Wahrung des Datenschutzes. Ungleiche Bezahlung geht vor allem zulasten von Frauen, die im Durchschnitt bei gleicher Qualifikation sieben Prozent weniger verdienen als Männer.

Medienvielfalt sichern

Bundestagsanhörung im Wirtschaftsausschuss zur Novellierung des Wettbewerbsrechts: Für die SPD-Fraktion stellten Martin Dörmann und sein Kollege **Marcus Held** die Fragen zum Bereich Medien und Digitales. Gemeinsam wollen sie die Voraussetzung dafür schaffen, Medienvielfalt zu erhalten und zu stärken. Der Gesetzentwurf sieht z. B. erleichterte wirtschaftliche Kooperationen von Presseverlagen vor. Damit soll die Presse verbesserte Möglichkeiten bekommen, auch im digitalen Wettbewerb zu bestehen.

Frühlingsempfang und Ausstellungseröffnung im SPD-Bürgerbüro Porz

Porzer Künstler Danny Frede zeigt „Serielle Rechtecke“

Beim Frühlingsempfang in ihrem gemeinsamen Bürgerbüro Porz konnten **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** wieder zahlreiche Gäste begrüßen. Für gute Stimmung sorgten nicht nur das gute Wetter sondern auch das SPD-Hoch in den Umfragen. Seit bekannt wurde, dass **Martin Schulz** Kanzlerkandidat der SPD wird, gibt es auch in Köln einen großen Zulauf an Neumitgliedern.

Wie es gute Tradition geworden ist, wurde auch diesmal eine neue Ausstellung eröffnet. Bis Oktober werden die Bilder von **Danny Frede** unter dem Titel „Serielle Rechtecke“ gezeigt. Sie sind eine Reflexion eines in seiner Gesamtheit digitalisierten Alltags. Der Künstler hat sein Atelier in Porz.

Die beiden Abgeordneten bedankten sich zu Beginn besonders herzlich bei **Melanie Henn**. Deren Schwarz-Weiß-Fotografien zierten das Bürgerbüro in den Monaten zuvor. Vielen ist sie noch als Jungfrau des Porzer Dreigestirns 2017 in bester Erinnerung. „Die drei waren sensationell und haben mit ihrer tollen Ausstrahlung vielen Menschen Riesenspaß gemacht“, fasste es Martin Dörmann zusammen. Für ihn sei der Besuch des Dreigestirns bei ihm in Berlin ein unvergessliches Erlebnis gewesen: „In der Welt um uns herum sieht es oft düster aus, wenn man an die Türkei, Trump oder den Nahen Osten denkt. Deshalb ist es umso schöner, wenn man Anlass hat, sich zu freuen.“

Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans sprach über gerechte Steuern

Trommler für gerechte Steuern: Norbert Walter-Borjans und die SPD wollen konsequent gegen Steuerbetrug und unredliche Steuervermeidungsstrategien vorgehen und dafür kleine und mittlere Einkommen entlasteten. Die Rede des NRW-Finanzministers stieß auf große Resonanz.

Beim traditionellen SPD-Frühjahrsempfang am 14. März kamen mehr als 150 Gäste ins Porzer Rathaus. Zur Einstimmung begeisterte die Drum & Percussion-Gruppe **Konglomerat** von der Carl-Stanitz-Musikschule Porz die Gäste mit ansteckenden Trommelrhythmen. Anschließend begrüßte der SPD-Stadtbezirksvorsitzender **Ingo Jureck** die Anwesenden und freute sich über den breiten Querschnitt der Porzer Gesellschaft.

In einer Talkrunde stellten sich dann zunächst **Jochen Ott** und **Martin Dörmann** Fragen rund um den Porzer Verkehr, SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz und die mit sozialen Medien verbundenen Herausforderungen. Moderiert wurde die Runde von **Katrin Bucher**. Ott strich heraus, dass in NRW und Porz endlich massiv in Infrastruktur investiert werde und mahnte Geschlossenheit und Zusammenhalt in der Porzer Stadtgesellschaft an. Beim Thema Cyber-Mobbing stand für ihn fest: „Was man im richtigen Leben nicht sagt, darf man auch online nicht schreiben!“.

Auf Gründe für die aktuelle Euphorie um Martin Schulz angesprochen, erklärte Martin Dörmann, dass trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs viele Ungerechtigkeiten in Deutschland bestehen geblieben seien. Das spreche Martin Schulz glaubwürdig wie kein Zweiter an; dank ihm „rocke die SPD wieder“. In Zeiten von Hasspostings und Fake News äußerte Martin Dörmann Sorge um den demokratischen Diskurs. Die Internetkonzerne kämen ihrer gesetzlichen Pflicht, strafbare Inhalte zu entfernen nicht genügend nach. Deshalb habe Bundesminister Heiko Maas nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem Rechtsverstöße auf Internetplattformen zügig vom Netz genommen werden sollen.

Anschließend kam NRW-Finanzminister **Norbert Walter-Borjans** zu Wort. In seiner Rede erinnerte er zunächst daran, dass der einst geschmähte starke Staat heute dringender denn je gebraucht werde, gerade von den Schwachen der Gesellschaft. Diesen müsse vorrangig eine Steuerentlastung zugutekommen.

Er freute sich besonders, dass NRW trotz großer Investitionen in Lehrer, Polizisten und kommunale Haushalte 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorweise. „Es geht aber nicht, dass einer sagt: „Ich habe eine schwarze Null“, wenn andere dafür den Schwarzen Peter haben“, so der NRW-Minister mit Blick auf Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Alle hätten sich an den Kosten des Gemeinwesens zu beteiligen, weshalb Walter-Borjans zum Abschluss versprach, sein großes Engagement gegen Steuerflucht und -vermeidung aufrechtzuerhalten.

Beim geselligen Ausklang standen die Mandatsträger allen Gästen zum Austausch bereit. Infostände der zahlreichen engagierten Bürgervereine des Stadtbezirks wurden ebenso rege frequentiert wie das Cateringangebot, das von der Damenmannschaft des 1. FC Spich 1911 bereitgestellt wurde.

Tim Pröse las aus seinem Buch „Jahrhundertzeugen“

Die Botschaft der letzten Helden gegen Hitler

„Jetzt müssen wir wohl alle erst einmal tief durchatmen.“ **Martin Dörmann** fasste die Gefühlslage der zahlreichen Gäste am Ende der Buchlesung richtig zusammen. Auf eine Empfehlung von **Andreas Weidner** hin hatte er zusammen mit **Jochen Ott** und dem SPD-Ortsverein Eil, Finkenberg, Gremberghoven **Tim Pröse** eingeladen. Der in München lebende Journalist und Autor beschäftigt sich in seinem Buch „Jahrhundertzeugen“ mit Widerstandsaktivisten und Holocaust-Überlebenden und las daraus in der Porzer Glashütte vor.

Zwischendurch beschrieb er die näheren Umstände der Begegnungen. Insgesamt 20 Jahre habe er recherchiert. Es sei meist schwer gewesen, an die Zeitzeugen zu kommen, oft sind es Angehörige der Nazi-Opfer oder der „letzten Helden gegen Hitler“, wie es im Untertitel heißt. Vertrauen musste aufgebaut werden.

Das gelang dem sehr empathisch erzählenden Pröse offensichtlich gut. Und so wurde der Band eine gefühlvolle Beschreibung der Persönlichkeiten und ihrer Taten, von **Oskar Schindler** oder **Berthold Beitz** bis hin zu **Sophie Scholl**.

Deren Schicksal habe ihn schon seit seiner Jugend gefesselt. Und so war er froh, dass er mit ihrer Schwester **Inge Aichinger-Scholl** sprechen konnte, die ihm die letzten Worte von Sophie schilderte, mit einem Bleistift geschrieben: „Freiheit!“

Besonders beeindruckend auch seine Schilderung der Antwort eines Opfers auf seine Frage, ob er die Täter hasst: „Nein. Wenn ich zurück hassen würde, hätte Hitler gewonnen.“

Zum Schluss fasste Martin Dörmann es so zusammen: „Gerade in einer Zeit, da viele Menschen mit Tod, Krieg oder Flucht konfrontiert sind und nationale, rechte Kräfte wieder erstarken, kann es helfen, sich an die Vergangenheit zu erinnern und daraus Lehren zu ziehen.“

Die Lesung fand sowohl im Publikum als auch in der Presse-Berichterstattung große Anerkennung. Pröse nahm sich am Abend noch lange Zeit, um viele Bücher zu signieren und mit den Gästen ins Gespräch zu kommen.

NRW-Justizminister Thomas Kutschaty zu Gast beim SPD-Ortsverein Rath/Heumar

Zum traditionellen Frühjahrsempfang des SPD-Ortsvereins Rath/Heumar konnte Vorsitzender **Oliver Krems** wieder zahlreiche Gäste begrüßen, darunter viele engagierte Vereinsvertreter/innen. Hauptredner war NRW-Justizminister **Thomas Kutschaty**. Er wies auf den deutlichen Aufwuchs bei Richtern und Polizeibeamten sowie zurückgehende Gewalt- und Jugendkriminalität hin. Zugleich betonte er die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit und Bildung für die SPD: „Wir wollen kein Kind zurück lassen!“

Es folgte eine von **Susana dos Santos Herrmann** moderierte Diskussion mit **Jochen Ott**, MdL und Bezirksbürgermeister **Marco Pagano** zu aktuellen Themen aus Land und Kommune. Schließlich gab **Martin Dörmann** einen Einblick in die politische Stimmungslage im Bund, die vor allem durch das Hoch für die SPD und ihren Kanzlerkandidaten Martin Schulz geprägt ist.

Karnevalsimpressionen

Tolle Tage in Kölle! Vom „Närrischen Parlament“ in der Lanxesss-Arena über den grandiosen Porzer Rosensonntagszug auf dem Wagen der KG Urbacher Räuber bis zum schönen Abschluss auf dem SPD-Wagen beim Kalker Zug: Martin Dörmann hat es offensichtlich Spaß gemacht zu feiern!

DDR-Alltag, jüdisches Leben und die Arbeit im Bundestag

Martin Dörmann empfing eine Kölner Besuchergruppe in Berlin

Auf Einladung von **Martin Dörmann** war kürzlich wieder eine 50-köpfige Besuchergruppe aus seinem Wahlkreis vier Tage lang zu Gast in Berlin. Mit dabei waren insbesondere engagierte VereinsvertreterInnen, darunter des **Bürgervereins Porz-Mitte**, des **Ortsrings Eil** und des **Bundesverbands Rehabilitation**. Bei der vom Bundespresseamt und dem Wahlkreisbüro Köln organisierten Fahrt gewann die Gruppe Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt und besuchte zum Beispiel historische Gedenkstätten und politische Informationsveranstaltungen.

So nahm die Gruppe an einer Plenarsitzung des Bundestages teil. Bei der anschließenden Diskussion mit Martin Dörmann ging es um spannende Themen wie zusätzliche Verkehrsinvestitionen, Lohngerechtigkeit oder die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten.

Einer der unterhaltsamsten Programmpunkte war für viele der Besuch der Ausstellung „Alltag in der DDR“ im Museum in der Kulturbrauerei. Hier finden sich nicht nur unzählige skurrile Gegenstände aus der DDR-Zeit, sondern auch Dinge des alltäglichen Lebens, wie etwa eine nachgebaute Gaststätte oder ein Trabant mit Zeltaufsatz. Auch der Besuch des Jüdischen Museums und das Informationsgespräch im Familienministerium fanden großen Anklang. Dort entstand eine intensive Diskussion um Kinderbetreuung und häusliche Pflege.

Zwischenstation der Gruppe beim Inder

Schülerdiskussion im Lessing-Gymnasium zu US-Präsident Trump

Deutsche Welle-Chefredakteurin Ines Pohl berichtet aus den USA

Auf Initiative von **Martin Dörmann** war **Ines Pohl** am 16. März zu Gast im Lessing-Gymnasium in Porz-Zündorf. Die Chefredakteurin der Deutschen Welle und der Abgeordnete diskutierten mit rund 120 Schülerinnen und Schülern der Oberstufe über die Wahl Donald Trumps und mögliche Gefahren für die Demokratie in den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt. Pohl konnte dabei ihre Kenntnis der Landeskultur und des Politikbetriebs der USA einbringen. Sie lebte viele Jahre in dem Land, unter anderem als Leiterin des Washingtoner Büros der Deutschen Welle und als Studentin an der Harvard-Universität.

Moderiert wurde die Runde vom Schüler **Luis Schmidt**. In seinem Eingangsstatement wies Martin Dörmann darauf hin, wie wichtig Qualitätssender wie die Deutsche Welle in Zeiten seien, in denen der freie Journalismus in den USA oder der Türkei unter Druck gerate. Pohl referierte über die Gründe und Probleme innerhalb der amerikanischen Gesellschaft, die die Wahl Trumps erst ermöglichten. Die tiefe Vertrauenskrise der amerikanischen Politik, mangelhafte Bildung, ein tabuloser und vor Lügen nicht zurückschreckender Wahlkampf vonseiten Trumps, aber auch Fehler Hillary Clintons führten schließlich zum bekannten Ergebnis.

Von einer Schülerin auf mögliche positive Aspekte Trumps angesprochen, antwortete Pohl, dass dieser beispielsweise die Konfrontation mit Russland vermeiden wolle und durchaus existente Probleme mit Drogenschmuggel aus Mexiko nicht ignoriere. Sie merkte kritisch an, dass bei vielen Medien die Fokussierung auf Trump den Blick auf andere, heimische Probleme verstellt habe.

Martin Dörmann und Ines Pohl waren sich darin einig, dass der Glaubwürdigkeitsverlust und Wandel der Medienlandschaft und -nutzung es erleichtere, sich sein ganz eigenes Weltbild zu schaffen und nur noch diejenigen Medien zu konsumieren, die dieses auch spiegeln.

Auf Nachfrage hinsichtlich der Zukunftsaussichten der Präsidentschaft Trumps und den Möglichkeiten der Opposition entgegnete Pohl, dass vieles denkbar sei. „Vielleicht schmeißt er irgendwann hin, weil er merkt, dass Präsident sein doch ein schwerer Job ist.“ Die Demokraten seien in jedem Fall gefordert, einen neuen, unverbrauchten Kandidaten zu stellen, der glaubwürdig und integer sei.

Abschließend lobte Martin Dörmann das Engagement und die Diskussionskultur der Schüler des Lessing-Gymnasiums.

Vom Hövi-Land in die USA

Für **Joschua Kemper** geht ein Traum in Erfüllung: er wird ab dem Sommer für ein Jahr eine amerikanische High School besuchen. Im Rahmen des 34. Parlamentarischen-Patenschafts-Programmes zwischen dem US-Kongress und dem Deutschen Bundestag hatte er sich um ein Stipendium beworben und unzählige Bewerberinnen und Bewerber hinter sich gelassen.

Letztendlich fiel **Martin Dörmann** die schwere Aufgabe zu aus drei Finalisten zu wählen. Im persönlichen Gespräch überzeugte der junge Höhenberger nicht nur durch sein Engagement im dortigen „Hövi-Land“, einer kirchlich organisierten Ferieneinrichtung für Kinder und Jugendliche, sondern auch durch sein umfangreiches politisches Wissen.

SPD-Parteitag bestätigt Jochen Ott als Vorsitzenden

Jubel der Delegierten über Gastredner Martin Schulz

Auf dem kürzlichen Parteitag der Kölner SPD wurden ein neuer Vorstand bestimmt und zahlreiche inhaltliche Anträge verabschiedet. **Jochen Ott** bleibt Vorsitzender. Der Landtagsabgeordnete führt die Partei seit 2001. Zu seinen Stellvertretern gewählt wurden **Gabi Hammelrath**, **Rolf Mützenich** und (neu) **Susana dos Santos Herrmann**.

Begeisterung löste **Martin Schulz** aus, der als Überraschungsgast kam. In seiner immer wieder von großem Beifall begleiteten Rede forderte er mehr Gerechtigkeit in Deutschland: „Es darf nicht sein, dass Alleinerziehende arbeiten müssen, um die Kita zahlen zu können. Kitas müssen dafür da sein, damit Alleinerziehende arbeiten gehen können."

Startschuss für den Rhein-Ruhr-Express (RRX)

Milliardeninvestitionen für bessere Mobilität in Köln und NRW

Mit einem symbolischen Spatenstich im Kölner Hauptbahnhof unter Anwesenheit von Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** wurde am 17. März der offizielle Baubeginn des Rhein-Ruhr-Express (RRX) eingeläutet.

Durch Milliardeninvestitionen in die Bahninfrastruktur, mehr Züge sowie eine kürzere Taktung bringt der RRX deutliche Verbesserungen für die Pendler der NRW-Großstädte. Für Köln ist besonders wichtig, dass auch ein RRX-Halt in Köln-Mülheim vorgesehen ist. Dessen Realisierung soll im Rahmen des Betriebsprogramms der Aufgabenträger erfolgen.

Mit dem kürzlich beschlossenen Bundesverkehrswegeplan 2030 investiert der Bund über 270 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 in die Verkehrsinfrastruktur. Für den RRX sind mehr als 1,7 Milliarden Euro eingeplant. Damit zählt der RRX zu einem von bundesweit sechs Projekten, die bis 2030 prioritär verwirklicht werden sollen. Dazu zählt auch der Bahnknoten Köln. Landesverkehrsminister **Mike Groschek** brachte es in seiner einzigartigen Art auf den Punkt, dass es nun um die konkrete Umsetzung geht: „Schüpp, schüpp und nicht quatschen!"

Unterstützung für Migrationsmuseum

Klasse Projekt für Köln und Deutschland: Der Verein DOMID hat ein Konzept für ein modernes, nationales Migrationsmuseum erarbeitet. Die Kölner Landtags- und Bundestagsabgeordneten der SPD setzen sich dafür ein, dass sich der Bund zur Hälfte an den Kosten beteiligt. **Martin Dörmann**, **Elfi Scho-Antwerpes** und **Ingrid Hack** besuchten kürzlich den Verein zusammen mit **Johannes Kahrs**, dem haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Der zeigte sich beeindruckt und sagte seine Unterstützung zu.

SPD-Landesparteitag verabschiedet Wahlprogramm: „Der NRW-Plan“

Hannelore Kraft einstimmig zur Spitzenkandidatin gewählt

Hannelore Kraft soll Ministerpräsidentin bleiben und tritt erneut als Spitzenkandidatin an. Das Wahlprogramm setzt Schwerpunkte für Zusammenhalt und Zukunftssicherheit. Das sind die Ergebnisse des Parteitages und der Landesdelegiertenkonferenz der NRW SPD am 18. Februar.

Mehrere tausend Mitglieder brachten sich in den Monaten zuvor direkt oder über ihre Ortsvereine, Stadtverbände und Unterbezirke in das Wahlprogramm ein, das nun verabschiedet wurde. NRW soll noch stärker und gerechter werden: Geplant sind mehr Investitionen in Infrastruktur und Bildung genauso wie mehr Betreuung in Kitas und Schulen. Zudem wird Arbeitssuchenden der Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert und die Kitagebühren wegfallen.

2010 übernahm Hannelore Kraft die Regierungsverantwortung. Seitdem steht Nordrhein-Westfalen besser da. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem geringsten Stand seit über 20 Jahren. Die Investitionen für Kinder, Bildung und Familien liegen auf Rekordniveau. Mehr als 200 Milliarden Euro wurden in den letzten knapp sieben Jahren eingesetzt. „Wir alle stehen zusammen, wir sind eine große Einheit. Das wird uns auch jetzt stark machen“, schwor die Landesvorsitzende zum Abschluss ihrer Rede für die Spitzenkandidatur ein. Die Delegiertenversammlung setzte sie anschließend mit Begeisterung und einstimmig auf die Nummer Eins der NRWSPD-Landesliste, die insgesamt 130 Plätze umfasst. Hannelores beeindruckendes Ergebnis mit den Worten der Zählkommission ausgedrückt: „422 Stimmzettel wurden abgegeben. Mit Ja für Hannelore Kraft stimmten: 422.“

Die NRWSPD setzt bei ihrer Kampagne nicht nur auf glänzende Bilder, sondern auch auf einen Hashtag als zentralen Slogan: #NRWir. Es wird spannend sein, welche landespolitischen Themen unter diesem Slogan im Internet bis zum Urnengang diskutiert werden. „Schreibt, warum Ihr in die SPD eingetreten seid. Wofür Ihr kämpft. Was Nordrhein-Westfalen für Euch ist“, rief Generalsekretär André Stinka zum Mitmachen auf. Mit dem sehr guten Düsseldorfer Parteitag hat die NRWSPD die Weichen für die kommenden Monate gestellt.

Martin Schulz neuer Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat der SPD

Einstimmiges Rekordergebnis und sozialdemokratische Aufbruchstimmung

Jubel der über 3.500 Delegierten und Gäste auf dem Berliner Parteitag – die Stimmung ist auf Betriebstemperatur: Jetzt geht’s los! Martin Schulz ist neuer Parteichef und Kanzlerkandidat der SPD. Der Wahlkampf ist eröffnet. Mit 100 Prozent wählten ihn die Delegierten zum neuen Vorsitzenden.

Bewegt schritt **Martin Schulz** am 19. März durch die Reihen von mehr als 3.500 jubelnden Menschen in der Berliner Arena. Die große Begeisterung für den designierten Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten der vorherigen Wochen und Monate hält an. „Und nun stehe ich vor Euch. Ein Mann aus Würselen, aus einfachen Verhältnissen. Ich bewerbe mich um ein Amt, das großartige Menschen vor mir inne hatten“, so Schulz in seiner Rede. Er tritt in die Fußstapfen von **August Bebel**, **Otto Wels** und **Willy Brandt**.

Gerechtigkeit, Respekt und Würde

Und er wurde mit einer überwältigenden Mehrheit von 100 Prozent zum neuen Parteichef und Kanzlerkandidaten gewählt. In seiner Rede zeigte sich Martin Schulz demütig und zugleich voller Tatendrang: „Wann immer die Freiheit in Deutschland bedroht oder wenn Reformen notwendig waren, dann musste das unsere stolze Partei hinbekommen.“

Martin Schulz blickte kämpferisch nach vorne. Mit seiner Politik für die Menschen setzt er Zeichen für eine solidarische und intakte Gesellschaft, in der es darum geht, sich gegenseitig zu helfen und gemeinsam stark zu sein. „Bei unserem Programm wird es um Gerechtigkeit, um Respekt und um Würde gehen.“

Wer in diesem Land hart arbeitet, wer sich engagiert, wer für die Eltern oder für die Kinder da ist und sich dabei an die Regeln hält, „der hat unseren Respekt verdient“, betonte Martin Schulz.

Eine Gesellschaft, die gerechter ist und in der soziale Sicherheit existiert, sei zudem widerstandsfähiger, betonte der Parteivorsitzende. „Nicht so anfällig für

die einfachen Botschaften der Verführer, die inzwischen weltweit ihr Unwesen treiben.“ Den Gegnern von Freiheit und Demokratie rief er entgegen: „In der SPD habt Ihr den entschiedensten Gegner, den man haben kann!“

Es geht um Sicherheit und Freiheit in einer gerechten Gesellschaft – Zeit für eine neue sozialdemokratische Ära. Martin Schulz schwor die Mitstreiterinnen und Mitstreitern auf einen kämpferischen Wahlkampf ein: „Wir wollen, dass die SPD die stärkste politische Kraft nach der Bundestagswahl wird.“ Unter anhaltendem Beifall fügte er hinzu: „Und ich will der nächste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden.“

Sigmar Gabriel hatte den Wechsel zu Martin Schulz möglich gemacht. Nach knapp siebeneinhalb Jahren Parteivorsitz verabschiedete er sich aus der Parteispitze. Unter großem Beifall der Delegierten und der 3.500 Genossinnen und Genossen in der Halle betonte er sichtlich gerührt: „Es gibt keinen Grund für Melancholie. Es dürfte der fröhlichste Übergang sein, den unsere Partei seit Jahrzehnten erlebt hat.“

Vom Parteitag ging ein Signal des Aufbruchs aus. Gabriel: „Dieser Aufbruch hat einen neuen Namen: Martin Schulz.“

Frank-Walter Steinmeier ist Bundespräsident

Impressionen von der der 16. Bundesversammlung

Am 22. März wurde **Frank-Walter Steinmeier** als neuer Bundespräsident vereidigt. Damit trat er die Nachfolge von **Joachim Gauck** an. Mit großer Mehrheit (über 75 Prozent) hat die 16. Bundesversammlung am 12. Februar den ehemaligen Außenminister zum neuen Staatsoberhaupt gewählt. Ihr gehören jeweils 630 Bundestagsabgeordnete sowie 630 von den Landtagen gewählte Wahlfrauen und -männer an.

Nachfolgend beschreibt Martin Dörmann den Ablauf der Bundesversammlung aus seiner Sicht.

Samstag, 11. Februar

15:20 Uhr: Flug von Köln nach Berlin

Am Tag vor der Bundesversammlung geht es los nach Berlin. Die Fraktionsgremien tagen. Zudem steht abends der traditionelle SPD-Empfang an. Neben mir sitzt CDU-Kollege **Wolfgang Bosbach** im Flieger. Er müsse morgen so schnell wie möglich wieder zurück zu einem Karnevalstermin. Deshalb gebe er seine Stimme Steinmeier, damit dieser gleich im ersten Wahlgang gewählt werde.

Ich kann mir vorstellen, dass auch andere Unionskollegen nicht so ganz begeistert sind. Auf der anderen Seite: es spricht für die anerkannte Persönlichkeit Steinmeiers und für unsere parlamentarische Demokratie, dass eine breite Mehrheit für ihn gesichert scheint. So war es auch bei Joachim Gauck, damals ebenfalls von der SPD vorgeschlagen. Er war ein sehr guter Bundespräsident. Seine Vorgänger Köhler und Wulff waren Vorschläge Merkels und sind jeweils zurückgetreten. Was lernen sie und wir daraus? Man sollte sich einfach immer auf die SPD-Vorschläge verlassen!

17:00 Uhr: Sitzung des Fraktionsvorstandes mit dem Parteivorstand und den Ministerpräsidenten der SPD

Auf dem Weg zum Fraktionsvorstandssaal spreche ich mit **Sigmar Gabriel** und lobe ihn für seinen Schulz-Coup. Dafür wird ihm an diesem Wochenende noch sehr oft gedankt, was ihn sichtlich rührt. Er wirkt ein Stück weit erleichtert und ist gut drauf. Zur Kanzlerkandidatur erzähle ich ihm eine amüsante Geschichte, die ihm so gut gefällt, dass er sie gleich an **Martin Schulz** weitergibt.

Schon das erste Treffen an diesem Wochenende ist von einer Hochstimmung unter Sozialdemokraten geprägt. Steinmeier wird Bundespräsident, Schulz Kanzlerkandidat. Und jeder kann aus seinem Wahlkreis von einer Aufbruchstimmung und zahlreichen Neueintritten in die SPD berichten. Auch die Umfragewerte weisen steil nach oben.

Das Jahr hätte besser nicht beginnen können. Schulz wirkt! **Thomas Oppermann,** Sigmar Gabriel und Martin Schulz würdigen das besondere Ereignis der Präsidentenwahl. Vermutlich wird es bei der Union nicht so gut gelaunt zugehen.

18:00 Uhr: SPD-Fraktionssitzung mit den von der SPD bestimmten Mitgliedern der Bundesversammlung

Als **Frank-Walter Steinmeier** den Otto-Wels-Saal betritt, brandet Jubel auf. Die Standing Ovations für ihn leiten die Sitzung ein.

Thomas Oppermann begrüßt alle Wahlfrauen und -männer, einige nennt er namentlich. Die SPD-Fraktionen aus den Bundesländern haben zahlreiche Prominente aus der Gesellschaft als Delegierte entsendet. Darunter Schauspielerinnen wie **Iris Berben**, **Senta Berger** und **Mariele Millowitsch**, SängerInnen wie **Katja Epstein**, **Stefanie Kloß** von **Silbermond**, **Peter Maffay** oder **Roland Kaiser**. Auch der DGB-Vorsitzende **Rainer Hoffman**, Fußballgröße **Reinhard Rauballl** und Münchens Bürgermeister **Dieter Reiter** sind dabei. Das mediale Interesse für sie ist groß und transportiert die besondere Bedeutung der Wahl. Das ganze Wochenende werden unzählige Fotos mit ihnen geschossen.

Sigmar Gabriel zitiert den Kommentar einer Zeitung, der die Wahl als abgekartete Sache diskreditiere. Genau diese verfehlte Tonlage belaste den demokratischen Diskurs. Dabei habe es keinen Deal gegeben, sondern es läge einfach daran, dass Frank der beste Kandidat sei, gegen den die Union niemanden überzeugend aufstellen konnte. Steinmeier bedankt sich für die große Unterstützung und lobt das Geschick von Gabriel. Schließlich ordnet Schulz die Wahl mit stimmigen Worten historisch ein.

19:00 Uhr: SPD-Empfang

Das passt: Die große Halle im Westhafen hat Flair und ist in rotes Licht gehüllt. Ein würdiger Rahmen mit einer Atmosphäre wie bei einem großen Familienfest der Sozialdemokratie. Neben den SPD-Mitgliedern der Bundesversammlung sind MitarbeiterInnen und weitere Gäste eingeladen, darunter **Mario Adolf** und **Klaus Staeck**.

Franz Müntefering ist sozialdemokratischer Rekordhalter bei Bundesversammlungen, seit der Wahl von Walter Scheel ist er schon dabei. Deshalb gehört er zu den Talkgästen, die den Abend einleiten, nach und nach gesellen sich weitere auf der Bühne dazu. Iris Berben lobt Steinmeier in einer emotionalen, bewegenden Rede als richtigen Mann für das höchste deutsche Staatsamt. Er sei jemand, der nicht sofort losrede, sondern sich Gedanken mache, seine Worte genau überlege und für eine verantwortungsvolle Politik stehe.

Höhepunkt ist das Gespräch mit Steinmeier und seiner Frau. Beide machen einen entspannten, gelösten Eindruck, voller Vorfreude. Sie harmonieren als Paar wunderbar, geradezu rührend. „Ohne Dich hätte ich es nicht gemacht", sagt Frank. Dann gibt er zu, bei jeder neuen Aufgabe hätte er versprochen, mehr Zeit für zu Hause zu haben, das würde aber vermutlich auch diesmal nicht ganz klappen. Steinmeiers Doktorvater ist mit dabei. Er habe es damals sehr bedauert, dass jener die akademische Laufbahn ausschlug. Aber so sei es ja nun auch ganz gut gekommen. Stimmt.

Den Abend begleiten zahlreiche fröhliche Begegnungen an den Stehtischen, ehe der Saal bei dem Auftritt von **Roland Kaiser** so richtig abgeht. „Manchmal möchte ich schon mit Dir...!“ Steinmeier wird sich am Tag darauf verwundert zeigen, wie viele Sozialdemokraten dabei textsicher waren.

Sonntag, 12. Februar

11:00 Uhr: SPD-Fraktionssitzung mit den von der SPD bestimmten Mitgliedern der Bundesversammlung

Traditioneller „Zählappell", um sicherzustellen, dass alle da sind. Sind sie. Wer jetzt noch keine Wahlausweise hat, bekommt sie vor dem Fraktionssaal. Kurze Reden von **Thomas Oppermann** und **Martin Schulz**, dann geht es rüber zum Plenarsaal.

Der sieht etwas anders aus als sonst, schließlich mussten im Inneren die doppelte Anzahl von Stühlen aufgebaut werden. Jeder davon ist mit einer farblichen Parteikennung markiert - damit sich niemand in die falschen Reihen setzt.

Die Kölner Comedian **Carolin Kebekus** ist als von den Grünen nominierte Wahlfrau dabei. Da waren wir einfach nicht schnell genug. Ich grüße sie von meinem Büroleiter **Tim Cremer**, beide sind seit vielen Jahren eng befreundet. Ebenfalls mit dabei ist **Jogi Löw**. Bei den geschossenen Selfies liegt heute nur er mit Iris Berben und Senta Berger auf Augenhöhe. Deutschlands bekanntester Travestiekünstler **Olivia Jones** fällt im Saal mit leuchtend orangen Haaren auf, Fraktionskollege **Sönke Rix** postet dazu treffend: „Deutschland muss bunt bleiben!“

12:00 Uhr: Bundesversammlung

Bundestagspräsident **Norbert Lammert** eröffnet die Versammlung und begrüßt Bundespräsident **Joachim Gauck** auf der Tribüne. Der nimmt die dankenden Worte und den großen Applaus des Hauses sichtlich gerührt entgegen.

Es folgt eine starke Rede Lammerts, in der er sowohl auf historische als auch aktuelle Bezüge eingeht. Er kritisiert **Donald Trump**, ohne ihn beim Namen zu nennen, deutlich: „Wer Abschottung anstelle von Weltoffenheit fordert, wer sich sprichwörtlich einmauert, wer statt auf Freiheit auf Protektionismus setzt und gegenüber der Zusammenarbeit der Staaten Isolationismus predigt, wer zum Programm erklärt „Wir zuerst!“, darf sich nicht wundern, wenn es ihm andere gleichtun – mit allen fatalen Nebenwirkungen für die internationalen Beziehungen,

die uns aus dem 20. Jahrhundert hinreichend bekannt sein sollten."

Es folgt langanhaltender Beifall der weit überwiegenden Mehrheit des Hauses, die meisten erheben sich. Das gibt es selten und ist ein besonderes Zeichen. In diesem Augenblick erscheint mir Deutschland erneut als Insel der Hoffnung in einem internationalen Umfeld, das zunehmend von Nationalismus und autoritären Regimen geprägt ist. Ich würde mir wünschen, den Wert einer gefestigten Demokratie lernen noch mehr Menschen schätzen. Denn: Nichts kommt von selbst!

Kleiner Schönheitsfleck der Rede: in seiner lobenden Aufzählung früherer Bundespräsidenten nennt Lammert mehrere CDU-Parteikollegen bis zu **Christian Wulff**, findet aber keinen Platz für den Sozialdemokraten **Johannes Rau**. Dabei ist dessen Motto „Versöhnen statt Spalten" aktueller denn je. Schade. Ein überraschender Fauxpas, von dem wir uns aber heute gar nicht weiter irritieren lassen. Vielleicht war es ja als Trostpflaster für seine Unionskollegen gedacht?

Nach einigen Hinweisen zum Verfahren folgt der eigentliche Wahlgang. Jedes Mitglied der Bundesversammlung wird in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen. Mit meinem weißen Wahlausweis für den ersten Wahlgang gehe ich vor den Plenarsaal und kreuze meinen Stimmzettel in einer Kabine an, bevor ich ihn in einen Umschlag lege. Dann geht es zurück ins Plenum. Dort werfe ich den Brief in eine Urne. War gar nicht schwer, das richtige Kreuz zu machen.

Bis alle Mitglieder gewählt haben, dauert es nun eine Weile. Ich nutze die Gelegenheit, um mit dem Fraktionsvorsitzenden der Union **Volker Kauder** über das Freiheits- und Einheitsdenkmal zu sprechen. Der Haushaltsausschuss hat das Projekt vorerst blockiert, ich hoffe, wir bekommen es wieder flott. Zwei Tage später werden Oppermann und Kauder tatsächlich den Weg wieder frei machen: das Denkmal kann kommen. Gut so!

Für die Auszählung der Wahl wird die Sitzung für rund 40 Minuten unterbrochen. Dann die Bekanntgabe des Ergebnisses: Von 1239 gültigen Stimmen entfallen auf Frank-Walter Steinmeier 931! Das entspricht gut 75 Prozent, eines der besten Wahlergebnisse für einen Bundespräsidenten überhaupt. Meine farbigen Stimmausweise für weitere Wahlgänge brauche ich erwartungsgemäß nicht mehr. Ich hebe sie als Erinnerung auf. Joachim Gauck gratuliert dem Gewählten als einer der ersten.

Steinmeier hat traditionsgemäß nur wenige Minuten für eine kurze Dankesrede, schließlich muss er bis zur Vereidigung noch bis zum 22. März warten. Er macht deutlich, worum es ihm vor allem gehen wird: um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, die Suche nach deren „Kitt". Der künftige Bundespräsident wirbt für die Demokratie, „unser Fundament". Wenn dieses Fundament in anderen Ländern wackele, dann müssten wir umso fester dazu stehen.

„Wir machen anderen Mut, nicht, weil alles gut ist in unserem Land, sondern weil wir gezeigt haben, dass es besser werden kann, dass nach Kriegen Frieden werden kann, dass nach Teilung Versöhnung kommen kann, dass nach der Raserei der Ideologien so etwas wie politische Vernunft einkehren kann und dass in unserem Land vieles geglückt ist.“

Nach der Rede wird die Nationalhymne gesungen, bevor der Bundespräsident um 14:34 Uhr die Bundesversammlung schließt und zu einem Empfang einlädt. Einige Abgeordnete nutzen die Gelegenheit, um Steinmeier zu gratulieren, auch ich. Er ist einfach die beste Wahl für unser Land und wird sein Amt selbstverständlich überparteilich ausüben. Herzlichen Glückwunsch, lieber Frank!

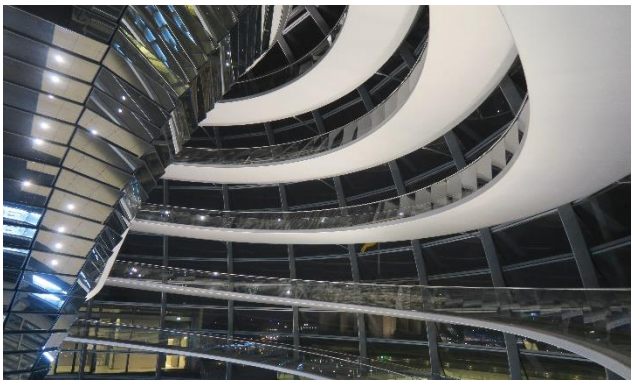
14:35 Uhr: Empfang im Paul-Löbe-Haus

Der Tross der Bundesversammlung zieht nun vom Reichstag ins „PLH". Es bietet reichlich Platz, leckere Speisen und die Möglichkeit zu vielen Gesprächen. Ich bleibe eine knappe Stunde, ehe ich aufbreche. Zufällig sind heute Verwandte in Berlin, mit denen ich noch etwas unternehmen will.

Als ich mit ihnen später gegen 18:30 Uhr Station im Reichstag mache, ist dieser schon fast komplett aufgeräumt. Das nennt man mal perfekte Organisation! Vor wenigen Stunden war hier noch ein einzigartiges Gewimmel mit einer Rekordzahl von Medienvertretern. Wir beenden unseren Rundgang oben auf der Kuppel und sind neben den beiden Beamten vom Sicherheitsdienst die einzigen, die dort rumlaufen. So leer habe ich die Kuppel noch nie erlebt.

Wir genießen den besonderen Moment bei klarster Sicht und lassen schließlich den Abend beim Italiener gemütlich ausklingen. Am Folgetag beginnt für mich die neue Sitzungswoche.

Mein Fazit des Wochenendes ist eindeutig: es war ein ganz besonderes Erlebnis. Meine fünfte Bundesversammlung war definitiv die schönste!



Vereidigung des Bundespräsidenten

In seiner Antrittsrede betont Steinmeier den Wert der Demokratie

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe“. Mit diesem Worten wurde **Frank-Walter Steinmeier** am 22. März zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland vereidigt.

Steinmeier kündigte an, ein zwar überparteilicher, aber kein neutraler Präsident zu sein: „Ich werde parteiisch sein, wenn es um die Sache der Demokratie selbst geht.“ Partei ergreifen werde er auch, wenn es um Europa geht: „Mut zu Europa brauchen wir wohl auch heute." Demokratie sei eine anstrengende Staatsform und die einzige, die Fehler erlaube, weil die Korrekturfähigkeit eingebaut sei. Nie wieder dürfe eine politische Kraft so tun, als habe sie den politischen Willen des Volkes gepachtet: „Lassen Sie uns gemeinsam einstimmig dagegenhalten.“

Mut sei das Lebenselixier der Demokratie, diese die „Staatsform der Mutigen“. Nur wer selber Mut habe, könne andere ermutigen und selber Mut erwarten. Unter großem Beifall forderte der Bundespräsident: „Wir müssen über Demokratie nicht nur reden, wir müssen wieder lernen, für Demokratie zu streiten.“ Die Demokratie stehe unter lautem Beschuss, aber es gebe auch eine „Erosion von innen". Populisten würden zum Kampf gegen das Establishment einladen. Dennoch gebe es keinen Grund für Alarmismus. Die Zukunft sei offen, „überwältigend ungewiss“, man lebe in Zeiten des Übergangs. Doch dürfe Flucht in die Verzagtheit aus Angst vor der Zukunft „nicht unser Weg sein“. Der Bundespräsident rief zu einer „Kultur des demokratischen Streits“ auf und warb für ein „Dauergespräch unter Demokraten“.

Bundesratspräsidentin Malu Dreyer hatte Steinmeier zuvor als „Glücksfall“ bezeichnet. Steinmeier habe „uns immer wieder leidenschaftlich daran erinnert, wie wenig selbstverständlich es ist, was wir in unserem Rechtsstaat selbstverständlich genießen“.

Der scheidende Bundespräsident Joachim Gauck sprach „als Bürger“ über die „beglückende Erfahrung“ in seiner fünf jährigen Amtszeit, dass sich viele Länder am deutschen Modell des Rechtsstaats, am friedlichen Wechsel von Regierungen, am Sozialstaat orientierten. Viele schätzten Deutschland als verlässlichen Bündnispartner und Stabilitätsanker. An den „Stätten des Grauens" seien ihm Menschen „im Geist der Versöhnung und sogar mit Freundschaft“ begegnet.

„Ich danke Ihnen für Ihren herausragenden Dienst an der Bundesrepublik Deutschland“, sagte Dreyer, als sich der Saal erhob, um Gauck im Stehen Beifall zu zollen. Bundestagspräsident **Norbert Lammert** ergänzte: „Joachim Gauck hat sich um unser Land verdient gemacht“.

Bundestagsrede von Martin Dörmann zum Wettbewerbsrecht

Erleichterung von Pressekooperationen soll Medienvielfalt stärken

Am 9. März hat der Bundestag in abschließender Lesung das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) aktualisiert. Bestandteil der Novelle sind auch Regelungen für eine vereinfachte Zusammenarbeit von Presseverlagen unterhalb der redaktionellen Ebene. Damit sollen den Presseverlagen angesichts sinkender Umsätze und Werbeerlöse neue ökonomische Spielräume ermöglicht werden. Nachfolgend dokumentieren wir die Bundestagrede von Martin Dörmann, kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion:

Es ist schon angekündigt worden, dass ich einige Anmerkungen zu den medienrelevanten Bestimmungen dieser Novelle zum Wettbewerbsrecht machen möchte. Ich will noch einmal herausstellen: Für die SPD-Fraktion ist die Sicherung von Medienfreiheit und Medienvielfalt ein ganz zentrales gesellschaftspolitisches Anliegen.

Leider müssen wir uns in der heutigen Zeit mit Entwicklungen auseinandersetzen, die beides gefährden, nämlich mit Fake News, antidemokratischem Populismus, autoritären Regimen, die Regierungspropaganda verbreiten, und sogar mit der Verfolgung und Inhaftierung von Journalistinnen und Journalisten, etwa in der Türkei, aber auch in anderen Ländern dieser Welt. All diese Phänomene belegen eindrücklich, wie wichtig eine vielfältige Presselandschaft ist, wie wichtig gute Recherche und wie wichtig qualitativ hochwertiger Journalismus für unsere Freiheit und für unsere Demokratie sind. Deshalb müssen wir das alles stärken.

Gleichzeitig erleben wir eine tiefgreifende Veränderung der Medienlandschaft. Die fortschreitende Digitalisierung und das Internet haben gravierende ökonomische und strukturelle Folgen. Die Umsätze von Zeitungen und Zeitschriften gehen seit vielen Jahren deutlich zurück. Ich nenne einmal eine Zahl: Im Jahre 2000 erzielten Tageszeitungsverlage in Deutschland noch Gesamterlöse in Höhe von 10,8 Milliarden, 2015 waren es nur noch 7,6 Milliarden Euro, ein Rückgang von etwa einem Drittel. Die Gründe liegen auf der Hand: Viele Menschen nutzen verstärkt kostenlose Angebote im Netz, sodass es weniger Abonnenten gibt. Vor allem aber sind die Werbeeinnahmen von Printmedien eingebrochen, weil es eine sehr starke Verlagerung ins Internet gegeben hat. Deshalb sind die Einnahmen der Printverlage, was die Tageszeitungen angeht, in den letzten 15 Jahren um über 50 Prozent zurückgegangen. Man kann also konstatieren, dass hier ein gravierender Wandel stattfindet.

Jetzt sagen viele: Okay, die machen jetzt aber auch Angebote im Internet. - Ich will noch einmal herausstellen: Es gibt keinen einzigen Zeitungsverlag, der im Moment mit seinen zusätzlichen Angeboten im Internet schwarze Zahlen schreibt. Im Gegenteil: Zunächst muss ja investiert werden; die Einnahmen, die dort erzielt werden können, wachsen erst. Erst jetzt gibt es auch Bezahlangebote. Das wird sukzessive angenommen. Aber am Ende ist es immer noch so, dass bei den großen Zeitungsverlagen der Printbereich den Onlinebereich quersubventioniert. Deshalb ist der Kostendruck weiterhin groß. Wozu führt das? Möglicherweise gibt es weniger Recherche. Redaktionen werden zusammengelegt. Vielleicht verschwinden sogar einzelne Titel. - Das ist die Entwicklung, die wir stoppen müssen; denn das ist genau das Gegenteil dessen, was wir für eine vielfältige Medienlandschaft brauchen.

Die Koalition hat sich bereits im Koalitionsvertrag vorgenommen, eine bessere Zusammenarbeit der Presseverlage zu ermöglichen. Es geht ausdrücklich nicht um Fusionen; das sage ich an die Kollegen Lutze und Janecek gerichtet, die indirekt einen anderen Eindruck vermitteln wollten. Es geht vielmehr darum, die ökonomische Lage für die Presseverlage zu verbessern, und zwar indem Kosten gesenkt und mehr Erlöse erzielt werden. Die Kostensenkungen betreffen dabei gerade nicht die Redaktionen, weil wir nicht bei der redaktionellen Ebene ansetzen.

Worum geht es konkret? Es geht darum, dass wir eine Bereichsausnahme für Presseverlage machen, damit sie in zwei Bereichen zusammenarbeiten können: im Vertrieb, beispielsweise im Abo-Vertrieb, damit sie Portfolios entwickeln können, die besser angenommen werden, und in der Anzeigenvermarktung. Ich habe ja gerade dargestellt, wie drastisch die Einnahmen dort gesunken sind. Wir wollen es ermöglichen, dass sich Zeitungsverlage mit gemeinsamen Anzeigenangeboten gegenüber den übermächtigen Mediaagenturen profilieren können, die heute den Großteil der Umsätze großer Unternehmen im Bereich Werbung bündeln und sie auf die einzelnen Bereiche - Fernsehen, Internet, Zeitungen - verteilen. Es ist ja ganz klar, dass ein einzelner Zeitungstitel da keine Verhandlungsmacht hat. Deshalb müssen Verlage stärker kooperieren können, um gemeinsame Angebote durchzusetzen.

Ich appelliere an die Opposition, weil ich glaube, dass wir beim Thema Pressefreiheit eine große Einigkeit haben sollten: Helfen Sie mit, gemeinsam diese wichtige Reform auf den Weg zu bringen! Lassen Sie uns dafür sorgen, dass mehr Einnahmen für gute Recherche, für starke Redaktionen zur Verfügung stehen! Damit stärken wir die Presse und den unabhängigen Journalismus, und das ist genau das, was wir in der heutigen Zeit brauchen.

SPD-Sprecherkonferenz für Kultur-, Medien- und Netzpolitik

Gemeinsamer Einsatz für Medienfreiheit und kulturelle Vielfalt

Am 20. Februar trafen sich in München die zuständigen SPD-Fraktionssprecher im Bundestag und in den Landesparlamenten zu einer zweitätigen Konferenz für Kultur-, Medien- und Netzpolitik. Für die SPD-Bundestagsfraktion nahmen **Martin Dörmann** als kultur- und medienpolitischer sowie **Lars Klingbeil** als netzpolitischer Sprecher teil, zudem **Hiltrud Lotze** und **Saskia Esken**. Geleitet wurde die Konferenz von der gastgebenden Sprecherin für Kulturpolitik im Landtag Bayern, **Isabell Zacharias**. Beraten wurden aktuelle Themen, etwa die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der Breitbandausbau oder das Umgehen mit „Fake-News“.

Für alle bleiben Vielfalt und Teilhabe die Leitmotive für eine erfolgreiche Kulturpolitik. Die SprecherInnen bekräftigen, dass die SPD an der Seite der Künstlerinnen und Künstler steht, die eine rechtliche Stärkung und verbesserte soziale Absicherung brauchen. Kreative sollen von ihrer Arbeit leben können. Die SPD steht zu ihrem Anspruch „Kultur für alle“: Teilhabe muss unabhängig vom Einkommen, Bildungsabschluss, Alter, Geschlecht oder der Herkunft ermöglicht werden. Kultur soll auch weiterhin „von allen“ getragen werden – hier hat die öffentliche Hand den Auftrag, verpflichtend eine Grundversorgung sicherzustellen. Daneben sind Bürgerschaft und Kulturwirtschaft wesentliche Akteure, die unsere Wertschätzung verdienen. Kultur soll als inklusiv verstanden werden. Gerade der Austausch über Kultur bietet die Möglichkeit der Verständigung.

Weitere Schwerpunkte der Tagung waren die freie und unabhängige Medienlandschaft und die zukunftsfeste Weiterentwicklung des Funktionsauftrages des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Hier gilt es, die bestehenden Effizienzspielräume in der Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu nutzen. Die SrecherInnen setzen sich zudem für eine moderne und zeitgemäße Weiterentwicklung des Funktionsauftrages im Online-Bereich und für die Aufhebung der 7-Tage-Regelung ein.

Unter den Stichworten „Fake News“ und „Hassrede“ ging es schließlich darum, wie rechtswidrige Inhalte in den sozialen Netzwerken schneller und wirksamer bekämpft werden können, ohne die Meinungsfreiheit zu beschränken. Es werden gegenwärtig massive Rechtsverletzungen wie Volksverhetzung, Beleidigung oder Verunglimpfung im öffentlichen Diskurs registriert. Leider ist ebenso festzustellen, dass das Beschwerdemanagement der sozialen Netzwerke oftmals nicht oder nur unzureichend funktioniert und dass rechtsverletzende Inhalte nicht innerhalb angemessener Fristen entfernt werden. Hier sprechen sich die Kultur-, Medien- und Netzpolitiker und -Politikerinnen für einen rechtlichen Rahmen für soziale Netzwerke aus, der es erlaubt, rechtswidrige Inhalte zeitnah zu entfernen und zugleich das hohe Gut der Meinungsfreiheit sicherzustellen.

Respekt statt Rassismus

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren! Daran erinnerte **Martin Dörmann** am Internationalen Tag gegen Rassismus Mitte März zusammen mit seinem Fraktionskollegen **Karamba Diaby**. Sie setzen sich für ein für Zusammenhalt statt Ausgrenzungund, gegen Rassismus, Rechtspopulismus und jegliche Form der Intoleranz. Für ein respektvolles Miteinander in einer offenen, toleranten Gesellschaft.

Red Hand Day

Super Aktion der Kinderkommission im Bundestag im Rahmen des Red Hand Days. Das Symbol der roten Hand steht für das „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten. Martin Dörmann schrieb auf sein Blatt: „Lasst die Kinder in Frieden leben!“

ZDF-Empfang zur Berlinale

Mit dem Zweiten sieht man besser! Beim Berlinale-Empfang des ZDF traf Martin Dörmann neben vielen anderen Medienschaffenden auch auf die Moderatoren seiner Lieblingssendung, des „heute journals“, **Klaus Kleber** und **Marietta Slomka**.

Gespräche beim Kölner Stadt-Anzeiger

Mit Betriebsräten sprach **Martin Dörmann** beim Kölner Stadt Anzeiger über die Arbeitsbedingungen der JournalistInnen, mit Herausgeber **Christian DuMont Schütte** über die wirtschaftliche Lage der Verlagsbranche. Schließlich ging es in einem Redaktionsgespräch mit Chefredakteur **Carsten Fiedler** um aktuelle medienpolitische Themen wie Fake News. Es ist gut, dass wir in Deutschland trotz mancher Probleme immer noch eine vielfältige Medienlandschaft haben. Die müssen wir erhalten und stärken.

Redaktionsbesuch bei RTL West

Der Sender RTL hat seinen Sitz seit einigen Jahren im Wahlkreis von Martin Dörmann. Mit den Verantwortlichen sprach er kürzlich über Medienregulierung und Urheberrecht. Zudem besuchte er die Redaktion von RTL West und konnte sich dort ein Bild vom hohen journalistischen Anspruch des Regionalmagazins für NRW verschaffen. Dank an Programmchef **Jörg Zajonc** und Moderatorin **Claudia Hesse**. Weiterhin viel Erfolg für das wichtige Regionalfenster!

Deutsche Welle stellt im Bundestag neuen TV-Kulturkanal vor

SPD-Fraktion will unseren Auslandssender weiter stärken

Am 8. März stellte die Deutsche Welle im Bundestag den Abgeordneten des Ausschusses für Kultur und Medien sowie Gästen aus Politik und Gesellschaft ihr verändertes deutsches TV-Angebot vor.

Es wird stärker als bisher auf ein Kulturprofil ausgerichtet. Themen aus Kultur, Politik und Gesellschaft stehen im Mittelpunkt. Neben Eigenproduktionen der DW werden auch Programme von ARD und ZDF übernommen. Das linear verbreitete Fernsehangebot kann derzeit vor allem in Asien, Australien sowie Teilen Europas empfangen werden. In deutschland können die Sendungen online unter www.dw.com/de/media-center/live-tv/s-100817. Abrufen werden. DW-Moderatorin **Tina Gerhäusser** stellte den Gästen das Nachrichtenmagazin „Der Tag“ mit Geschichten aus Deutschland, Europa und der Welt vor.

Neben dem deutschen Kanal sendet die DW TV-Angebote in Englisch, Arabisch und Spanisch. Zudem ist sie weltweit online und per Radio präsent. Insgesamt erreicht die Deutsche Welle damit 135 Millionen Menschen jede Woche in 30 Sprachen. Intendant **Peter Limbourg** bedankte sich bei den Abgeordneten, dass die Angebote der DW in den letzten Jahren durch die Haushaltsentscheidungen des Bundestages gestärkt werden konnten.

In dem anschließenden Talk mit den Berichterstattern der Bundestagsfraktionen, **Martin Dörmann** (SPD) und **Marco Wanderwitz** (CDU), Intendant Peter Limbourg, Programmdirektorin **Gerda Meuer** und Moderatorin Tina Gerhäusser ging es neben der aktuellen Programmgestaltung um die Aufgaben und wachsende Herausforderungen für die Deutsche Welle im globalen Umfeld.

Martin Dörmann, begrüßte als kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Welle das verbesserte Angebot. „Die Welt ist aus den Fugen geraten, daher muss heute mehr denn je gegen Ideologien gearbeitet werden. Die Deutsche Welle ist als Botschafterin für Deutschland ein wichtiges Aushängeschild für Demokratie und Freiheit“, betonte er, deshalb werde er sich weiterhin für eine Stärkung der Deutschen Welle einsetzen. Der Deutsche Bundestag hat der Deutschen Welle 2017 über 325 Millionen Euro über den Etat des Staatsministeriums für Kultur und Medien zur Verfügung gestellt, ein Plus von über 20 Millionen Euro.

„Diese Aufstockung ist auch ein wichtiges Signal für die Beschäftigten der Deutschen Welle, denn nur durch gute Qualität und faire Arbeitsbedingungen können das hohe Niveau und die Vielfalt in der Berichterstattung erhalten bleiben“ ergänzte Martin Dörmann.

Wegen der krisenhaften Entwicklungen und der Bedrohung von Pressefreiheit in vielen Ländern der Welt ist die Bedeutung des Auslandssenders weiter gestiegen. Deshalb macht sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine weitere deutliche Anhebung des Etats im nächsten Haushalt stark. Das sollte ein unabhängiger Journalismus wert sein, betonte Martin Dörmann zum Abschluss.

Frühlingsempfang des SPD-Stadtbezirks Kalk mit Minister Mike Groschek-

Verabschiedung von Stephan Gatter als Landtagsabgeordneter

17 Jahre vertrat **Stephan Gatter** Kalk und die nördliche Innenstadt erfolgreich als Landtagsabgeordneter in Düsseldorf. Zur kürzlichen Wahl war er nicht wieder angetreten. Die SPD im Stadtbezirk Kalk verabschiedete ihn am 7. Mai im Rahmen eines Frühjahrsempfangs mit zahlreichen Weggefährten unter dem Motto „Auf ein Kölsch mit Stephan Gatter“.

In seiner Eröffnungrede dankte der Vorsitzende der KölnSPD und Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** zunächst dem kürzlich aus privaten Gründen aus dem Amt ausgeschiedenen Kalker Bezirksbürgermeister **Markus Thiele**. Sein Amt übernahm Anfang des Jahres der Kalker Stadtbezirksvorsitzende **Marco Pagano**. An Stephan Gatter lobte Ott dessen Expertise für Stadtteilentwicklung, die derzeit in vielen aktuellen Bau- und Sanierungsprojekten der Kölner Infrastruktur ihren Niederschlag finde. Es stünden einige Wechsel in der Landtagsfraktion an, so Ott, doch mit Stephan Gatter scheide einer der schillerndsten Abgeordneten aus, ein Freund klarer Worte, der immer gesagt habe, wenn ihm etwas nicht passte.

Den Dankesworten schloss sich der Kalker Bezirksbürgermeister Marco Pagano an, der das Wort an den NRW-Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, **Michael Groschek**, weitergab. Der Minister zeichnete launig einige Stationen von Stephan Gatters Biografie nach und wies insbesondere darauf hin, dass dieser ihm gleich sympathisch war, da beide im Arbeitermilieu aufwuchsen. „Quatsch keine Oper, sag, was du willst, dann kriegst du Bescheid“: Diese bodenständige Haltung habe Stephan Gatter sich immer bewahrt, er sei, so der aus dem Ruhrgebiet stammende Minister, ein echter „Kumpel“ und ein kölscher „Steiger“. Dazu passend überreichte er dem scheidenden Abgeordneten einen roten Bauarbeiterhelm als Abschiedsgeschenk.

Als Bundestagsabgeordneter in Stephan Gatters Wahlkreis richtete anschließend **Martin Dörmann** einige Worte an den zu Ehrenden. Er dankte ihm und seinen Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit im gemeinsamen Bürgerbüro Kalk. Zur Erinnerung bekam Gatter ein Fotobuch und einen Sammelband seiner „Düsseldorfer Nachrichten“ geschenkt.

Als dann Stephan Gatter selbst das Wort ergriff, erheiterte er die Gäste mit einigen Anekdoten aus 17 Jahren Landtag und berichtete von erlebten und angestoßenen Entwicklungen im Politikbetrieb. Wichtig war ihm zu betonen, dass für ihn die besten „social media“ immer noch Gespräche beim Kölsch in der Kneipe seien. Deswegen werde man ihn auch in Zukunft immer noch regelmäßig in seiner Stammkneipe antreffen. Daneben werde er sich stärker im Bürgerverein Höhenberg engagieren.

Zuletzt ergriff Gatters Nachfolgerin **Susana dos Santos Herrmann** das Wort. Sie tritt nach ihrem Wahlsieg im Wahlkreis das Mandat mit Konstituierung des neuen Landtages am 1. Juni an. Sie versprach, das Bürgerbüro zu erhalten und Gatters Kampf für neue Stadtentwicklungsprojekte in Köln fortzuführen.

Bundesministerin Andrea Nahles besuchte Ostheim

Gespräch beim Veedel e.V. über Gemeinwesenarbeit und das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“. Andrea Nahles: „Unsere Schwarz-Weiss-Fotos werden hier zu Farbbildern!“

Auf Initiative von **Martin Dörmann** besuchte die Bundesministerin für Arbeit und Soziales **Andrea Nahles** am 12. Mai den Veedel e.V. in Köln-Ostheim. Der Verein leistet dort rund um die Kinder- und Jugendeinrichtung „Am Wunschtor“ in der Gernsheimer Straße erfolgreiche Gemeinwesenarbeit. Im dortigen Wohnquartier leben rund 2.500 Menschen.

Die Geschäftsführer **Rolf Blandow** und **Andreas Hansmann** begrüßten die Ministerin und gaben zusammen mit anderen MitarbeiterInnen sowie ehrenamtlichen Helfern einen Einblick in die vielfältigen Aktivitäten des Vereins. Sie reicht von der Hausaufgabenhilfe über den Hausmeisterservice bis hin zur Unterstützung von Langzeitarbeitslosen: „Im Grunde sind wir hier Ansprechpartner für alles.“

An der Diskussionsrunde nahmen neben Andrea Nahles und Martin Dörmann auch die Bürgermeisterin der Stadt Köln **Elfi Scho-Antwerpes,** der Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** sowie Ratsmitglied **Susana dos Santos Herrmann** teil. Die SPD-Politiker unterstützen die Gemeinwesenarbeit seit vielen Jahren. Der Verein profitiert von einigen Förderprogrammen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, daher erstreckten sich die Diskussion von sozialer Stadtentwicklung bis hin zur Arbeitsmarktpolitik. Im Zentrum stand dabei das Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“, das Teil von Andrea Nahles‘ Konzept zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit ist. So werden bis 2018 rund 10.000 Bezieher von Arbeitslosengeld II gefördert. Andrea Nahles will das Programm ausweiten und in den Regelbetrieb überführen. Darin wurde sie von allen Teilnehmern ausdrücklich bestärkt: „Das ist für uns eine ganz wichtige Unterstützung.“

Die Ministerin zeigte sich beeindruckt vom Engagement des Vereins: „Es ist toll zu sehen, wie die von uns zur Verfügung gestellten Mittel hier konkret in den Stadtvierteln helfen. In Berlin machen wir die Schwarz-Weiss-Fotos, hier werden sie zu Farbbildern!“

Martin Dörmann erlebte eine sichtlich bewegte und motivierte Ministerin: „Andrea Nahles war ganz begeistert vom familiären Zusammenhalt vor Ort. Da wisse man, wofür wir arbeiten, sagte sie mir nach dem Besuch. Ein dickes Dankeschön an alle hauptamtlichen Kräfte und die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Sie leisten hier eine tolle und unverzichtbare Arbeit, die wir unbedingt weiter unterstützen müssen. Vordringlich ist dabei die Überführung des bisherigen Provisoriums mit Containern in ein echtes Bürgerhaus.“

Demonstration zum 1. Mai

Die traditionelle Demo und Kundgebung in Köln zum 1. Mai stand diesmal unter dem Motto „Wir sind viele. Wir sind eins." Trotz Regenwetters kamen viele um für soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit und einen handlungsfähigen Staat einzutreten, darunter als Gastrednerin NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

Frühlingsempfang des SPD-Stadtbezirks Innenstadt

Gespräche mit SPD-Mandatsträgern und Wissenschaftsministerin Svenja Schulze

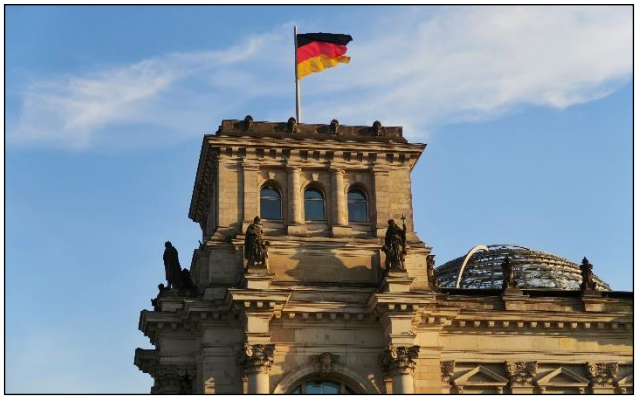
Der Einladung des SPD-Stadtbezirks Innenstadt zum traditionellen Frühjahrsempfang folgten am 2. April gut 150 geladene Vertreter/innen aus Politik, Kultur, Vereinen und Institutionen in die „Bel Etage" des Schokoladenmuseums. Der Vorsitzende des Stadtbezirks **Tim Cremer** begrüßte als Gastrednerin die NRW-Wissenschaftsministerin **Svenja Schulze.** Diese machte auf Erfolge der Landesregierung aufmerksam und konnte von Milliardeninvestitionen in den Forschungs- und Hochschulstandort Köln berichten.

Die Mandatsträger im Bund **Elfi Scho-Antwerpes** und **Martin Dörmann** sowie die Landtagsabgeordnete **Ingrid Hack** und die Kandidatin für den Landtag **Susana dos Santos Herrmann** berichteten zu aktuellen Themen. Auch die Mandatsträger der Innenstadt aus dem Rat der Stadt Köln **Karl-Heinz Walter** und **Dietmar Ciesla-Baier** waren gekommen. Die Gäste genossen neben den politischen Gesprächen die herrliche Aussicht auf die Altstadt und leckere Speisen.

Martin Dörmann, Elfi Scho-Antwerpes, Svenja Schulze, Tim Cremer, Susana dos Santos Herrmann und Ingrid Hack (v.l.) freuten sich über einen gelungenen Empfang über den Dächern von Köln

Martin Dörmann empfing eine Kölner Besuchergruppe in Berlin

Auf Einladung von **Martin Dörmann** war Mitte Mai wieder eine 50-köpfige Besuchergruppe aus dem Wahlkreis vier Tage zu Gast in Berlin. Unter den Bürgerinnen und Bürgern waren diesmal Vereinsvertreterinnen und -vertreter des **RSV Urbach** sowie der „**Poorzer Nubbele“** dabei. Die vom Bundespresseamt und dem Wahlkreisbüro Köln organisierte Fahrt bot Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt, zudem Besuche des Reichstages, historischer Gedenkstätten und von Ausstellungen.



Am Donnerstag erlebte die Gruppe im Bundestag eine Plenarsitzung mit einer lebendigen Debatte zum Thema „Sozialer Wohnungsbau“. Im Anschluss daran gab es eine spannende Diskussion mit Martin Dörmann über die Arbeit eines Abgeordneten, parlamentarische Abläufe sowie Verkehrs- und Umweltthemen.

Bei dieser Gelegenheit setzten die „Poorzer Nubbele“ einen tollen Kunstakzent. Als Gastgeschenk überreichte Präsident **Markus Galle** an Martin Dörmann ein schönes Bild der Künstlerin **Anna Köpnick** mit dem Titel „Die Nubbelverbrennung“ – das ist nach eigenen Angaben die Lieblings- beschäftigung der Karnevalisten.

Am Freitag hinterließ das ehemalige Gefängis des sowjetischen Geheimdienstes mit seinen bewegenden und bedrückenden Geschichten bei Vielen einen bleibenden Eindruck. Von dort aus ging es weiter zum Schloß Cecilienhof. Dort trafen sich nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges Vertreter der Siegermächte um über die Neuordnung Deutschlands zu beraten. Im Museum für Film und Fernsehen, der „Kinematek“ am Potsdamer Platz, gab es schließlich allerlei spannende Einblicke in deutsche Kino-Highlights.

Wohl einer der unterhaltsamsten Programmpunkte für viele war am letzten Tag der Besuch der Ausstellung „Alltag in der DDR“ in der Kulturbrauerei in Berlin-Prenzlauer Berg. Hier finden sich nicht nur unzählige skurrile Gegenstände des Lebens in der DDR, sondern auch Dinge des alltäglichen Lebens, wie Briefe von Schulkindern mit ihren Zukunftsvorstellungen, ein nachgebauter, voll bestückter DDR-Kiosk oder ein Trabant mit Zeltaufsatz.

Die drei SPD-Abgeordneten im Land- und Bundestag für Porz, Kalk und nördliche Innenstadt

Bei der NRW-Landtagswahl zog **Jochen Ott** (Wahlkreis Porz/Kalk-Ost) erneut in den Landtag ein, diesmal über die SPD-Landesliste. Neue direkt gewählte Landtagsabegordnete für Kalk-West und die nördliche Innenstadt wurde **Susana dos Santos Herrmann** (siehe Wahlergebnisse auf Seite 11). Zusammen mit **Martin Dörmann** bilden die beiden das Abgeordnetenteam der SPD im Bundestagswahlkreis Porz, Kalk, nördliche Innenstadt. Die gemeinsamen Bürgerbüros in Porz und Kalk werden wie bisher fortgeführt. Die Konstituierung des Landtags erfolgt am 1. Juni.

„Pulse of Europe“ und Clubkonzert gegen Rechts

Gemeinsam mit **Martin Schulz** war **Martin Dörmann** am 23. April beim Treffen der pro-europäischen Bewegung „Pulse of Europe“. Sie trifft sich auch in Köln, und zwar jeden Sonntag um 14 Uhr auf dem Roncalliplatz. Eine klasse Initiative, die gute Stimmung verbreitet und volle Unterstützung verdient. Ziel ist es, ein Zeichen zu setzten, dass sich viele Menschen aktiv für den Erhalt eines demokratischen und rechtsstaatlichen, vereinten Europas einsetzen.

Im Rahmen eines Clubkonzerts gegen Rechts im Kölner „Stadtgarten“ am Abend mit dem iranischen Musiker **Shahin Najafi** plädierte Schulz für gleichen Respekt für alle Menschen und mehr soziale Gerechtigkeit. In einer kleinen Talkrunde fand er klare Worte zur AfD: „Eine Partei, in der Frauke Petry als gemäßigt gilt, ist nichts anderes als rechtsextrem!“ Er zeigte sich zudem zuversichtlich, dass bei den französischen Präsidentschaftswahlen ein Sieg Marine Le Pens verhindert werde.

„Die Verunsicherung der Menschen hat etwas mit Zukunftsangst zu tun und dass sie häufig in der sozialen Sicherheit bedroht sind. Gerechtigkeit ist das beste Instrument gegen Verängstigung“, so Schulz. Außerdem müsse es mehr Respekt in unserem Land geben: „Auch der Busfahrer hier in Köln hat einen verantwortungsvollen Beruf und verdient Respekt.“

Flächendeckung auf dem Weg - Gigabit im Blick

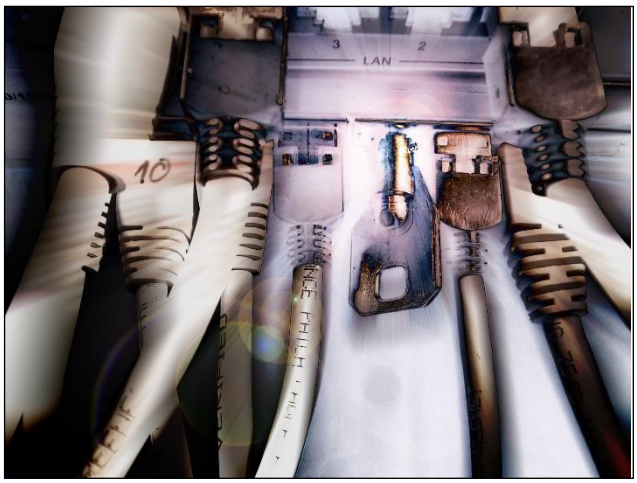
Wo stehen wir beim Breitbandausbau?

Der nachfolgende Artikel von Martin Dörmann erschien in der Fachzeitschrift „DEMO“ Ausgabe 2/2017

Schnelles Internet ist heute Voraussetzung für die gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe in allen Regionen. Im Koalitionsvertrag von 2013 wurde deshalb auf Drängen der SPD eine flächendeckende Versorgung mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit/s als Breitbandziel bis 2018 vereinbart.

Das ist durchaus ehrgeizig, lag doch die Abdeckung Ende 2013 erst bei knapp 60 % der Haushalte. Bis Mitte 2016 ist die Versorgung auf über 71 % gestiegen – und zwar noch weitgehend ohne Fördermittel. Deren bauliche Umsetzung beginnt gerade erst. Nachdem in den Jahren der schwarz-gelben Bundesregierung keine nennenswerte Förderung erfolgte, hat die gegenwärtige Große Koalition dafür gesorgt, dass über 4 Milliarden Euro für die Breitbandförderung zur Verfügung stehen.

Haushaltsrechtlich ist sichergestellt, dass die bestehende Förderkulisse bei Bedarf fortgesetzt werden kann. Seit Anfang Januar 2017 gibt es auch ein spezielles Förderprogramm von 350 Millionen Euro zur Erschließung von Gewerbegebieten.



Das Bundesförderprogramm wird in zeitversetzten Aufrufen ausgeschüttet. Zur Wirkung der Fördergelder des Bundes ein Beispiel aus dem überwiegend ländlichen Mecklenburg-Vorpommern: Dort wird erwartet, dass sich nach Umsetzung von rund 700 Millionen Euro Fördermitteln in 91 Projekten aus dem ersten und zweiten Fördermittelaufruf die Breitbandversorgung von derzeit 52,8 auf 79 % Flächendeckung mit 50 Mbit/s verbessert.

2016 wurden (alleine im ersten und zweiten Aufruf) Mittel für über 200 Projekte mit einem Fördervolumen von über 1,33 Milliarden Euro in Rekordzeit vergeben. Nach den bisherigen Erfahrungen kann davon ausgegangen werden, dass mit den 4 Milliarden Euro Fördermitteln Investitionen von annähernd 10 Milliarden Euro ausgelöst werden. Dabei liegen die technischen Schwerpunkte bei den geförderten Projekten auf der Versorgung von Haushalten und Gewerbegebieten mit glasfaserbasierten Anschlüssen. 60 % der Fälle sind Mischprojekte, in denen mindestens die Kabelverzweiger mit Glasfaser ertüchtigt werden. Etwa ein Drittel der bewilligten Projekte sehen eine vollständige Erschließung der Haushalte mit Glasfaser vor.

Rund 950 Millionen Euro und damit etwas über 70 % der bewilligten Fördermittel des ersten und zweiten Infrastrukturaufrufs entfallen auf Investitionen in Glasfaserprojekte bis zum Haus. Letztlich fließen 94 % der Investitionskosten in den Glasfaserausbau, da auch bei Projekten zur Ertüchtigung der Kabelverzweiger die Verlegung von Glasfaser das Gros der Kosten verursacht. Das belegt, dass die Förderbedingungen so konzipiert sind, dass vor allem in zukunftsfähige Infrastruktur investiert wird.

Der Weg in die Gigabitgesellschaft

Die deutschlandweite Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s ist ein wichtiger Zwischenschritt. Das weitergehende Ziel muss eine Gigabitnetzinfrastruktur sein. Denn der Bedarf nach höheren Bandbreiten wird in den nächsten Jahren deutlich steigen – sowohl mobil als auch leitungsgebunden. Gleichzeitig wird zunehmend deutlich, dass die reine Bandbreite als Qualitätsparameter in der Zukunft nicht mehr ausreichend ist.

Neben der Geschwindigkeit werden auch die Symmetrie im Down- und Upstream, extrem kurze Latenzzeiten und ausreichende Kapazitäten auf allen Netzebenen eine große Rolle spielen. Mobile Verfügbarkeiten und Netzdichte, aber natürlich auch Kosten und Bereitstellungsgeschwindigkeiten müssen zusammengenommen als ein Paket betrachtet werden.

In den nächsten Jahren müssen die richtigen Weichen für private Investitionen gestellt werden, damit sich die gesellschaftlichen und ökonomischen Potenziale möglichst schnell entfalten können. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich hierzu mit ihrem Beschluss „#DigitalLeben: Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft“ vom Oktober 2016 positioniert.

Der verstärkte Ausbau von Glasfaseranbindungen sowie die Bereitstellung des neuesten Mobilfunkstandards (5G) mit bis zu 10 Gbit/s bei Latenzzeiten von unter einer Millisekunde werden eine zentrale Rolle spielen. Bis 2025 sollen nach unseren Vorstellungen möglichst flächendeckend, jedenfalls aber für mindestens 90% der Gebäude, Geschwindigkeiten im Gigabit-Bereich zur Verfügung stehen.

Bei der Förderung wollen wir einen festen Milliardenbetrag pro Jahr festlegen und damit nachhaltige Impulse für die Implementierung der Gigabitinfrastruktur setzen.

Ergebnisse der NRW-Landtagswahl 2017

Regierungswechsel: Knappe Mehrheit für Schwarz-Gelb

Die bisherige rot-grüne Mehrheit ging verloren. CDU und FDP gewannen deutlich hinzu und werden voraussichtlich eine Koalition bilden. Sie hätte eine knappe Mehrheit von einer Stimme. Der AfD gelang mit 7,4 % erstmals der Einzug in den Landtag NRW. Unter der 5 %-Hürde blieben die Piraten (deutlich) und die Linke (knapp). **Hannelore Kraft** übernahm die Verantwortung für die Wahlniederlage und trat von ihren Parteiämtern zurück. Ihr gilt Dank und Respekt für ihren leidenschaftlichen Einsatz für Nordrhein-Westfalen. Neuer Vorsitzender der NRW SPD soll **Mike Groschek** werden. So lautet der einstimmige Vorschlag des Landesvorstandes für den Parteitag am 10. Juni. Als neue Generalsekretärin ist **Svenja Schulze** vorgesehen.

Stimmergebnisse in NRW

Partei	Zweitstimmen (%)	Veränderung
SPD	31,2	- 7,9
CDU	33,0	+ 6,7
Grüne	6,4	- 4,9
FDP	12,6	+ 4,0
Piraten	1,0	- 6,8
Linke	4,9	+ 2,4
AfD	7,4	+ 7,4
Sonstige	3,5	- 0,9

Sitzverteilung im Landtag

Partei	Sitze	Veränderung
SPD	69	- 30
CDU	72	+ 5
Grüne	14	- 15
FDP	28	+ 6
AfD	16	+ 16
GESAMT	237	+ 68

Wahlbeteiligung: 65,2 % (+ 5,6%)

Zusammensetzung der SPD-Landtagsfraktion

Diese 72 Mitglieder der SPD-Fraktion wurden in den Landtag gewählt (neue Abgeordnete kursiv):

Altenkamp, Britta
Baran, Volkan
Becker, Andreas
Bell, Dietmar
Berghahn, Jürgen
Bialas, Andreas
Bischoff, Rainer
Bongers, Sonja
Börner, Frank
Börschel, Martin
Bovermann, Rainer
Büteführ, Nadja
Butschkau, Anja
Dahm, Christian
Dos Santos Herrmann, Susana
Dudas, Gordan
Fortmeier, Georg
Ganzke, Hartmut
Gebhard, Heike
Göddertz, Thomas
Gödecke, Carina
Hammelrath, Gabriele
Herter, Marc
Hübner, Michael
Jäger, Ralf
Jahl, Armin
Jörg, Wolfgang
Kämmerling, Stefan
Kampmann, Christina
Kapteinar, Lisa
Kopp-Herr, Regina
Körfges, Hans-Willi
Kossiski, Andreas
Kraft, Hannelore
Kramer, Hubertus
Kutschaty, Thomas
Löcker, Carsten
Lück, Angela
Lüders, Nadja
Lux, Eva
Maelzer, Dennis
Müller, Frank
Müller-Witt, Elisabeth
Neumann, Josef
Ott, Jochen
Philipp, Sarah
Römer, Norbert
Rudolph, Karsten
Schmeltzer, Rainer
Schneider, Rene
Schultheis, Karl
Schulze, Svenja
Spanier-Oppermann, Ina
Stinka, Andrè
Stock, Ellen
Stotz, Marlies
Sundermann, Frank
van den Berg, Guido
Vogt, Alexander
Voigt-Küppers, Eva
Warden, Marion
Watermann-Kras, Annette
Watermeier, Sebastian
Weiß, Rüdiger
Wenig, Christina
Weske, Markus
Wolf, Sven
Yetim, Ibrahim
Yüksel, Serdar
Zimkeit, Stefan

Weitere Infos unter: **www.spd-fraktion.landtag.nrw.de/spdinternet/www/startseite/index.jsp**

So hat Köln gewählt

SPD bleibt stärkste Kraft und holt vier von sieben Wahlkreisen direkt

Die SPD konnte in Köln trotz deutlicher Verluste ihre Stellung als stärkste Partei behaupten. Die absolut und relativ größten Verluste hatten die Grünen. Stimmzuwächse konnten CDU, FDP, Linke und AfD verbuchen.

Die SPD gewann mit **Martin Börschel**, **Susana dos Santos Herrmann**, **Gabriele Hammelrath** und **Andreas Kossiski** vier Direktmandate. **Jochen Ott** verlor zwar seinen Wahlkreis, zog jedoch über die Landesliste erneut in den Landtag ein. Von anderen Parteien kamen sechs Abgeordnete über Liste in den Landtag.

Weitere Kölner Ergebnisse: siehe nächste Seite

Stimmergebnis in Köln

Partei	Zweitstimmen (%)	Veränderung
SPD	28,1	- 7,3
CDU	26,6	+ 7,4
Grüne	11,8	- 7,8
FDP	13,8	+ 4,0
Linke	7,4	+ 3,4
AfD	6,0	+ 6,0
Sonstige	5,4	- 7,0

Das Kandidatenteam der KölnSPD

Mike Groschek soll neuer SPD-Vorsitzender in NRW werden

Erststimmenergebnisse in den sieben Kölner Landtagswahlkreisen

Wahlkreis	SPD-Kandidat/in	SPD	CDU	Direkt gewählt
13 Köln I Rodenkirchen, südliche Innenstadt	**Ingrid Hack**	28,6 %	**34,2 %**	**Oliver Kehrl (CDU)**
14 Köln II Lindenthal	**Lisa Steinmann**	29,0 %	**37,0 %**	**Bernd Petelkau (CDU)**
15 Köln III Ehrenfeld, Nippes, Bilderstöckchen	**Gabriele Hammelrath**	**32,9 %**	21,7 %	**Gabriele Hammelrath (SPD)**
16 Köln IV Chorweiler, Riehl, Niehl, Weidenpesch, Longerich, Mauenheim	**Andreas Kossiski**	**34,3 %**	34,2 %	**Andreas Kossiski (SPD)**
17 Köln V Porz, Brück, Rath/Heumar, Merheim	**Jochen Ott**	35,5 %	**36,1 %**	**Florian Braun (CDU)**
18 Köln VI Kalk, nördliche Innenstadt/Deutz	**Susana dos Santos Herrmann**	**32,1 %**	26,5 %	**Susana dos Santos Herrmann (SPD)**
19 Köln VII Mülheim	**Martin Börschel**	**38,3 %**	26,5 %	**Martin Börschel (SPD)**

Zusätzlich über die Landeslisten der Parteien gewählte Kölner Abgeordnete:

SPD: **Jochen Ott;** Bündnis 90/Die Grünen: **Berivan Aymaz**, **Arndt Klocke**; FDP: **Yvonne Gebauer**; AfD: **Roger Beckamp**, **Iris Dworeck-Danielowski**, **Sven Tritschler**.

Zweitstimmenergebnisse für die beiden Landtagswahlkreise im Bundestagswahlkreis Köln I

Wahlkreis 17 Köln V
(Porz, Poll, Merheim, Brück, Rath/Heumar)

Partei	Prozent	Veränderung	Stimmen
SPD	28,7	- 9,0	18.256
CDU	31,2	+ 8,5	19.188
Grüne	7,1	- 6,1	4.360
FDP	13,0	+ 3,6	7.976
AfD	8,4	+ 8,4	5.165
Linke	5,4	+ 2,6	3.334

Wahlkreis 18 Köln VI (Kalk, Vingst, Höhenberg, Ostheim, Neubrück, Humboldt/Gremberg, Innenstadt Nord)

Partei	Prozent	Veränderung	Stimmen
SPD	28,6	- 7,0	15.734
CDU	22,3	+ 6,0	12.288
Grüne	13,4	- 8,1	7.376
FDP	12,3	+ 3,8	6.767
AfD	6,6	+ 6,6	3.334
Linke	10,8	+ 6,3	5.959

Stimmergebnisse umgerechnet auf den Bundestagswahlkreis Köln I

Erststimmen (WK 17 + 18)

Partei	Prozent	Veränderung	Stimmen
SPD	33,8	- 6,7	39.441
CDU	31,3	+ 6,5	36.737
Grüne	9,2	- 10,4	10.475
FDP	8,0	+ 3,0	9.338
AfD	6,7	+ 6,7	7.547
Linke	7,5	+ 3,9	8.521

Zweitstimmen (WK 17 + 18)

Partei	Prozent	Veränderung	Stimmen
SPD	28,6	- 8,5	39.102
CDU	26,8	+ 7,3	31.476
Grüne	10,2	- 7,2	11.736
FDP	8,9	+ 2,3	9.387
AfD	7,5	+ 7,5	8.499
Linke	8,1	+ 4,4	9.293

Medienpolitischer Dialog der SPD-Bundestagfraktion

„Rolle der Auslandssender in der globalen Kommunikation“

Diskutierten mit weiteren Gästen über weltweite Medienentwicklungen (v.l.): Daniel Scheschkewitz, Prof. Frank Überall, Martin Dörmann, Peter Limbourg, Dagmar Freitag, Kristina Block, Anne Maillet und Dr. Guido Keel

Das globale mediale Umfeld ist in Bewegung. Die Bedeutung weltweiter Kommunikation nimmt stetig zu. Gleichzeitig sind in vielen Staaten Tendenzen gegen die Presse- und Meinungsfreiheit festzustellen. Journalistinnen und Journalisten sehen sich dort zunehmend Repressalien ausgesetzt. Und autokratische Regime verbreiten ihre staatliche Propaganda.

Vor diesem Hintergrund lud der kultur- und medienpolitischen Sprecher **Martin Dörmann** am 30. März zum nunmehr achten „Medienpolitischen Dialog“ der SPD-Bundestagsfraktion in dieser Legislatur ein, um die Rolle des Auslandrundfunks näher zu beleuchten. Was sind Ziele, Auftrag und Unterschiede der wichtigsten Auslandssender (Deutsche Welle, BBC World, France 24, Russia Today, CNN, Al Jazeera, CCTV)?

Was sind in der heutigen Zeit „unabhängige Informationen“ und welche Bedeutung haben sie noch? Unter Moderation von Martin Dörmann diskutierten VertreterInnen dreier europäischer Auslandssender, **Peter Limbourg**, Intendant der Deutschen Welle, **Kristina Block** von BBC News sowie **Anne Mailliet** von France 24. Auf dem Podium saßen zudem **Frank Überall**, Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes sowie der Züricher Medienwissenschaftler **Guido Keel**.

Der Letztgenannte wies in seinem Impulsvortrag darauf hin, dass in den vergangenen 10 Jahren ein Paradigmenwechsel in der öffentlichen Kommunikation stattgefunden habe. Durch die weltweite Digitalisierung dringen Informationen schneller und ungefilterter, aber eben auch ungeprüfter in alle Winkel der Welt vor und erzeugen Wechselwirkungen rund um den Globus. Bei dieser unüberschaubaren Vielfalt des Internets wüchsen die Ansprüche an die Unabhängigkeit und Qualität der Medien.

Während in den westlichen Gesellschaften vor allem das Problem der Verlässlichkeit von Medien diskutiert werde, sei das Hauptproblem in den meisten anderen Teilen der Welt vor allem die Pressefreiheit bzw. die Unterdrückung von journalistischer Arbeit. Keel wies den nach möglichst objektiven Kriterien arbeitenden Auslandssendern, die er in klarem Kontrast zu den nach nationalen Interessen agierenden Sendern stellte, eine Schlüsselrolle zu, um weitestgehend unabhängig von lokalen Repressionen und mit globaler Wirkung für die globale Demokratie eintreten zu können. Die digitalisierte und vernetzte Gesellschaft brauche unabhängige Medien, Auslandssender hätten dafür die besten Voraussetzungen.

Peter Limbourg als Intendant des deutschen Auslandssenders „Deutsche Welle“ unterstrich den Objektivitätsanspruch seines Senders, der primär der kritischen und zeitgemäßen Informationsvermittlung verpflichtet sei. Er unterstrich das wachsende Problem der „Fake News“, das er aber weder als neu noch übergroß bewertete. Zentraler seien dagegen Effekte staatlicher Propaganda, die zunehmend sei.

Diesem könne man nicht mit Gegenpropaganda, sondern nur mit besserer Information entgegenwirken. All dies gelinge aber nur mit großer Reichweite, die mit Koproduktionen, aber auch mit dem „Gottesgeschenk“ der social-media-Instrumente stark gesteigert werden könne. Insgesamt müsse alles getan werden, um die Unabhängigkeit der Auslandssender zu wahren, diese sei jedoch nicht akut bedroht.

Die Vertreterinnen der britischen und französischen Auslandssender erläuterten die Besonderheiten ihrer Sender, betonten aber auch den Wert crossmedialer Vernetzung und Pluralität in der Berichterstattung, die durch MitarbeiterInnen unterschiedlichster Herkunft klar gestärkt würde.

Während sich die Runde sehr einig war, dass die unterschiedlichen Auslandssender unverzichtbar für die freie globale Berichterstattung und Demokratie sind, wies der Vertreter der Journalistengewerkschaft darauf hin, dass diese wertvolle Arbeit nur mit sicheren Arbeitsbedingungen auf hohem Niveau geleistet werden könne. Deshalb forderte Frank Überall eine Verankerung der Bestands- und Entwicklungsgarantie im Deutsche Welle-Gesetz, um unabhängig von haushalterischen Erwägungen der jeweiligen Bundestage langfristig planen zu können. Damit würde die Deutsche Welle Sicherheiten bekommen, wie sie der beitragsfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk durch verfassungsgerichtliche Rechtsprechung bereits seit 1991 garantiert hat.

Zum Hintergrund sei erwähnt, dass es der SPD-Fraktion in dieser Legislaturperiode gelungen ist, die Finanzierung der Deutschen Welle zu stabilisieren und einen Ausbau des Programms zu ermöglichen. Dieser Weg soll konsequent fortgesetzt werden. Für die nächste Legislaturperiode soll ein Aufwuchs der Mittel auf mindestens dem deutlich höheren Niveau des französischen Auslandsrundfunks angestrebt werden. Diese Zielsetzung wurde bei den letzten Haushaltsberatungen bereits vom Haushaltsausschuss des Bundestages als Aufforderung an die Bundesregierung formuliert.

*Die **Fachzeitschrift "pro media"** hat in ihrer Mai-Ausgabe (Nr. 5/2017) von der Veranstaltung der SPD-Fraktion berichtet und die Deutsche Welle als Titelthema aufbereitet. Hierzu erschien auch ein **Interview mit Martin Dörmann**, das wir auf den Folgeseiten ausdrucken.*

Interview mit Martin Dörmann in der Zeitschrift „pro media“ (Nr.5/2017)

„Glaubwürdigkeit ist der Markenkern der Deutschen Welle“

promedia: Herr Dörmann, worin sehen Sie die aktuelle Bedeutung der Deutschen Welle?

Dörmann: Die Deutsche Welle leistet einen unverzichtbaren Beitrag für Völkerverständigung und Meinungsfreiheit. Wir erleben alle, wie sehr das globale mediale Umfeld in Bewegung ist. Die Bedeutung weltweiter Kommunikation nimmt stetig zu und beeinflusst politische Prozesse stark. Mit der unüberschaubaren Vielfalt des Internets wächst das Bedürfnis nach verlässlicher, einordnender Information. Gleichzeitig betreiben autokratische Regierungen Propaganda und gehen repressiv gegen Journalisten vor. Vor diesem Hintergrund ist es wichtiger denn je, dass Deutschland mit einem Auslandssender präsent ist, der sich unseren Werten und unserem Selbstverständnis von freier Berichterstattung verpflichtet fühlt.

promedia: Wer entscheidet über den Auftrag und die inhaltliche Ausrichtung der Deutschen Welle?

Dörmann: Die allgemeinen Ziele sind im Deutsche-Welle-Gesetz geregelt. Das sind insbesondere die Förderung des Verständnisses und des Austausches zwischen Kulturen und Völkern, die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes und die Förderung der deutschen Sprache. Konkretisiert wird die inhaltliche Ausrichtung durch die Aufgabenplanung, die von der Deutschen Welle in eigener Verantwortung erstellt wird. Darin werden – im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten – die strategischen Ziele und die Schwerpunkte des Programms bestimmt. Zwar haben Bundesregierung und Parlament die Möglichkeit einer Stellungnahme. Letztlich entscheiden aber die Gremien der DW. Der Gesetzgeber hat es bewusst so angelegt, dass sie bei der Produktion ihrer Programminhalte staatlich weitestgehend unbeeinflusst bleiben soll.

promedia: Welche Rolle kann die Deutsche Welle in Ländern und Regionen spielen, in denen die Pressefreiheit

eingeschränkt ist?

Dörmann: Besonders Menschen, die unter demokratiefeindlichen Regimes leben müssen, sind auf verlässliche Informationen über ihr eigenes Land angewiesen, da sie von den staatlichen Medien nicht geboten werden. Gerade dort ist die DW als „Stimme der Freiheit“ sehr anerkannt. Sie sendet in 30 Sprachen und ist weltweit trime-dial empfangbar, also je nach Region per TV oder Radio und überall online.

promedia: Inwieweit ist die Deutsche Welle noch ein Botschafter Deutschlands?

Dörmann: Die journalistisch unabhängige Berichterstattung unseres Auslandssenders stärkt weltweit bei vielen Menschen die überwiegend positive Bewertung Deutschlands. Die Deutschen Welle bringt den deutschen Blickwinkel auf Weltnachrichten mit ein. Gleichzeitig vermittelt sie durch ihr Programm ein umfassendes Bild unserer Kultur und Gesellschaft, ermöglicht so interessierten Menschen im Ausland eine Verbindung zu unserem Land und unseren Werten. Und schließlich bietet sie mit ihren kostenlosen Sprachkursen einen leichten und beliebten Zugang zur deutschen Sprache.

promedia: Inwieweit muss die Deutsche Welle die Politik der Bundesregierung ins Ausland transportieren?

Dörmann: Die Ansicht der Bundesregierung ist lediglich eine der zu vermittelnden Auffassungen. Die Deutsche Welle arbeitet journalistisch unabhängig. Sie ist somit kein Sender, der etwa unkritisch die Positionen der Bundesregierung verbreitet. Es geht um ein umfassendes Bild unserer Gesellschaft und gerade nicht um Regierungspropaganda.

promedia: Wo sehen Sie die Stärke und auch Spezifik der Deutschen Welle im Vergleich zu anderen Auslandssendern?

Dörmann: Hohe Glaubwürdigkeit und journalistische Qualität sind der Markenkern der Deutschen Welle. Deshalb genießt sie einen extrem guten Ruf als verlässlicher Nachrichtenlieferant. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus sechzig Nationen schaffen Zugang zu Informationen für eine nahezu weltweite Nutzergemeinde. Gegenüber den anderen großen Auslandssendern arbeitet sie wirtschaftlich besonders effizient, was das Verhältnis von Etat und Nutzerzahlen angeht. Und sie zeichnet sich besonders durch einzigartige Formate aus, die bereits oft prämiert wurden. Als Beispiel sei die Reihe „Shababtalk“ erwähnt, die in Jordanien als „beste arabische Jugend- Talkshow“ ausgezeichnet wurde. Überhaupt verfolgt die DW in der für uns besonders wichtigen arabischen Welt einen fast einzigartigen dialogorientierten und interaktiven Ansatz, der ankommt.

promedia: Sollte der Auftrag weiter und flexibler gefasst werden?

Dörmann: Jedenfalls muss sich die Deutsche Welle weiterentwickeln und reaktionsfähig sein. Wir müssen sie in die Lage versetzen, auf politische und gesellschaftliche Veränderungen und vor allem auch auf neue Krisen redaktionell reagieren zu können. Etwa im Hinblick auf die Besetzung der Krim durch Russland, die Einschränkung der Demokratie in der Türkei oder bei Flüchtlingsthemen. Der Bundestag hat der Deutschen Welle hier rasch zusätzliche Mittel zur Stärkung der Berichterstattung gegeben. Ich setze mich nachdrücklich dafür ein, dass wir diesen Weg konsequent fortsetzen und ausbauen.

promedia: Reichen, um diese Aufgaben zu erfüllen, die finanziellen Mittel aus?

Dörmann: Die Herausforderungen sind gewachsen. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode eine echte Trendwende eingeleitet. Die Mittel für das Programm sind erstmals seit Ende der 90er Jahre wieder wirklich gestiegen. Nun gilt es, die Planungssicherheit weiter zu erhöhen, indem nicht erst in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses notwendige Erhöhungen des Etats beschlossen werden, sondern

sie sich schon vollständig im Etatansatz der Regierung wiederfinden. Und zwar auf deutlich höherem Niveau als heute.

promedia: In welche Richtung muss sich die Deutsche Welle inhaltlich und technisch entwickeln?

Dörmann: Die Deutsche Welle ist in einem spannenden Prozess, um ein digitales Medienhaus zu werden. Dazu sind umfassende technische Verbesserungen angeschoben worden, auch mit zusätzlichen Mitteln des Deutschen Bundestags. Die Produktions- und Distributionsbedingungen haben sich weltweit stark verändert. Das ist ein sehr aktuelles Thema für alle internationalen Medien, denn die Nutzer erwarten eine schnelle Belieferung mit Informationen auf mobilen Endgeräten und ganz besonders über Soziale Medien. Da muss die DW auf Augenhöhe mit anderen agieren können. Sie macht das prima und sehr innovativ, gerade auch mit ihren Onlineangeboten. Was Investitionen in neue Technik angeht, gibt es allerdings einen großen Nachholbedarf, weil die Finanzmittel in der Vergangenheit zu knapp bemessen waren.

promedia: Also muss und wird es für die Deutsche Welle mehr Geld geben?

Dörmann: Eindeutig: Ja! Dafür setzt sich jedenfalls die SPD-Bundestagsfraktion intensiv ein. Vom derzeitigen Koalitionspartner kommen ähnliche Signale. Und der Haushaltsausschuss hat bereits im vergangenen Jahr die Bundesregierung aufgefordert, sich am deutlich besser ausgestatteten französischen Auslandsrundfunk zu orientieren. Der liegt mit derzeit rund 380 Millionen Euro um einiges vor der Deutschen Welle mit 326 Millionen Euro. Die BBC liegt mit ihrem Weltprogramm inzwischen sogar jenseits der 500 Millionen. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass es in der nächsten Wahlperiode gelingen kann, den DW-Etat dauerhaft um einen größeren zweistelligen Millionenbetrag aufzustocken. Damit ließen sich dann für mehrere Sprachen zusätzliche Programmangebote sowie sinnvolle Technikinvestitionen finanzieren. Nicht zuletzt käme das auch den Perspektiven für die Beschäftigten zu Gute.

promedia: Wie zukunftssicher ist die Existenz der Deutsche Welle abgesichert?

Dörmann: Die Existenz steht überhaupt nicht in Frage, sie ist gesetzlich geregelt. Es geht nun um zusätzliche Entfaltungsmöglichkeiten. Die sind natürlich letztlich von politischen Haushaltsentscheidungen abhängig. Aber da genießt die Deutsche Welle derzeit starken Rückenwind, den wir nutzen sollten.

promedia: Was halten Sie von dem Vorschlag, im DW-Gesetz eine Bestands und Entwicklungsgarantie festzuschreiben?

Dörmann: Diesen Vorschlag des DJV habe ich als große Anerkennung und Unterstützung für die Arbeit der DW empfunden. Er ist mir deshalb durchaus sympathisch. Allerdings würde die praktische Umsetzung, soll sie nicht rein deklaratorisch sein, einige ungeklärte Verfahrensfragen aufwerfen. Soll man etwa ein Gremium außerhalb des Bundestages schaffen, um diese Kriterien zu überprüfen? Das könnte zu unnötigen Reibungsverlusten führen. Da erscheint es mir eigentlich zielführender, sich zunächst auf den beschriebenen Weg zu konzentrieren, um die angestrebte Etaterhöhung so schnell wie möglich umzusetzen. Wir sollten uns dann im Laufe der nächsten Wahlperiode in Ruhe ansehen, inwieweit das Deutsche-Welle- Gesetz im Hinblick auf neue Rahmenbedingungen angepasst werden muss.

promedia: Also keine KEF für die Deutsche Welle und keine Beitragsfinanzierung?

Dörmann: Bundestag, Bundesregierung und Deutsche Welle sind in stetigem Austausch. Alle Beteiligten wissen, wo Entwicklungsmöglichkeiten sind. Es kommt eher auf deren solide Finanzierung an. Die Bundesregierung sollte bereits durch einen deutlich erhöhten Etatansatz den vom Parlament artikulierten Willen nachvollziehen und Planungssicherheit schaffen. Letztlich entscheidet der Bundestag durch die Verabschiedung des Bundeshaushaltes. Die vereinzelt ins Spiel gebrachte Alternative einer Beitragsfinanzierung erscheint mir dagegen wenig attraktiv. Wir erleben ja gerade den starken Druck der Länder für mehr Effizienz in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, damit der Rundfunkbeitrag möglichst stabil gehalten wird. Ich bin froh, dass wir mit der Deutschen Welle nicht in dieses Fahrwasser gelangen, sondern stattdessen sehr konkret über eine erhebliche Aufstockung der Finanzmittel sprechen.

promedia: Warum ist die Deutsche Welle in Deutschland nicht zu empfangen? Für die in Deutschland lebenden Bürger mit Migrationshintergrund wäre das doch eine wichtige Informationsquelle?

Dörmann: Die Aufgabenverteilung zwischen den öffentlich-rechtlichen Sendern, die im Inland an der politischen Meinungsbildung mitwirken, und der Deutschen Welle als Auslandssender der Bundesrepublik ist klar geregelt und hat sich bewährt. Mit Blick auf rund eine Millionen Flüchtlinge in Deutschland hat die Deutsche Welle ihre Flüchtlingsberichterstattung intensiviert und Deutschlern- Angebote erweitert. Sie ist derzeit vorübergehend sogar über die europäische Satellitenausstrahlung mit ihrem arabischsprachigen Programm in Deutschland präsent. Die DW leistet damit in einer historischen Ausnahmesituation eine wichtige Informations- und Integrationsarbeit. Würde sie sich allerdings darüber hinaus in die innenpolitische Meinungsbildung aktiv einbringen, würde sich für sie die Frage eines Systemwechsels unter die Medienhoheit der Länder stellen. Gerade weil derzeit die Finanzierungsaussichten für die Deutsche Welle im Bund so positiv sind, wäre das wohl eher ein Risiko für sie. Stattdessen sollte die bestehende Kooperation mit ARD und ZDF weiter ausgebaut werden, damit die besondere Auslands-Kompetenz der Deutschen Welle auch in Deutschland noch besser genutzt werden kann. Zudem stehen hier natürlich die Onlineangebote uneingeschränkt zur Verfügung.

Mitarbeiterwechsel im Berliner MdB-Büro von Martin Dörmann

Mirko Vossen folgt auf Matthias Dahlke als wissenschaftlicher Mitarbeiter

Dr. Matthias Dahlke war seit 2011 Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Martin Dörmann und betreute dort vor allem die fachpolitischen Themen digitale Infrastruktur, Telekommunikation, Medien- und Netzpolitik. Zum 1. Juni wechselt er als Referent für Digitales in die Staatskanzlei Brandenburg.

Sein Nachfolger ist **Mirko Vossen**. Der gebürtige Kölner hat einen Abschluss im Studiengang Medien und politische Kommunikation. Berufserfahrung hat er unter anderem als Freier Mitarbeiter beim Kölner Stadt-Anzeiger und in anderen Bereichen der Kölner Medienlandschaft gesammelt. Zudem arbeitet Mirko als Redakteur für die „Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen“.

Martin Dörmann: „Vielen Dank an Matthias für die tolle Zusammenarbeit! Und Mirko ein herzliches Willkommen im Team!“

Mirko Vossen (r.) wird Nachfolger von Dr. Matthias Dahlke (l.) im Berliner MdB-Team von Martin Dörmann. Dazu zählen weiterhin Stefan Stader (Büroleiter) und Manuela Seifert (Studentin)

Frauen verdienen 100 Prozent!

Frauen und Männer müssen für die gleiche Arbeit auch gleich bezahlt werden. Deshalb wurde Anfang März im Bundestag auf Initiative und Drängen der SPD das **Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen** verabschiedet. Es zielt darauf ab, verdeckte Benachteiligungen von Frauen zu erkennen und wird dazu beizutragen, dass sie beseitigt werden (siehe Artikel auf Seite 15).

Marathon mit der Politik

Vor kurzem führte Martin Dörmann ein Video-Interview mit der GEMA im Rahmen des Projekts „Marathon mit der Politik“. Auf einem kleinen Spaziergang vom Bundestag zum Berliner Büro der GEMA sprach er mit Michael Duderstädt über die Arbeit eines Abgeordneten, den Kölner Karneval, Rechtspopulismus und die anstehende Bundestagswahl. Das **Video** ist eingestellt unter **www.martin-doermann.de**.

Haltung und Zukunftsprogramm machen den Unterschied

Die SPD ist weiterhin treibende Kraft für Gerechtigkeit und Fortschritt

Zum **Ende dieser Legislaturperiode** lässt sich ein durchaus **positives Fazit der Regierungsarbeit** ziehen. Deutschland steht heute besser da als vor vier Jahren, mit Rekordbeschäftigung und ausgeglichenem Bundeshaushalt. Vom gesetzlichen Mindestlohn profitieren Millionen. Rentenleistungen wurden verbessert. Für Pflege, Bildung, Kommunen und Infrastruktur steht deutlich mehr Geld zur Verfügung. Den meisten Menschen in unserem Land geht es gut.

Diese **Erfolge** lassen sich nicht zuletzt auf das **Wirken der SPD** zurückführen. Sie konnte deutlich mehr **Projekte im Koalitionsvertrag** verankern und in den letzten vier Jahren umsetzen als die Union. Der von 75 Prozent der SPD-Mitglieder in einer historischen Abstimmung unterstützte Weg hat sich gelohnt.

Im Gegensatz zu den Konservativen sind Sozialdemokraten mit dem Erreichten aber **bei weitem nicht zufrieden**. Denn nicht alle profitieren in gleicher Weise. Weiterhin gibt es starke **Ungerechtigkeiten** in unserer Gesellschaft und **unterschiedliche Lebenschancen**, etwa durch ungleich verteilte Bildungsmöglichkeiten. Und die **Digitalisierung** wird die Arbeitswelt grundlegend verändern. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Nichts kommt von selbst.

Es wäre deutlich mehr möglich gewesen, wenn die Union nicht in vielen Bereichen geblockt hätte. Die **SPD** ist auch in Zukunft **treibende Kraft für Fortschritt und Gerechtigkeit**. Deshalb haben wir **konkrete Konzepte** für **bessere Bildung**, die **Stärkung von Familien**, **gerechtere Steuern** und **zusätzliche Investitionen** vorgelegt.

Inzwischen hat die **Union** an manchen Stellen nachgezogen und dabei teilweise sogar vom SPD-Regierungsprogramm **abgeschrieben**. Zum Beispiel im Hinblick auf die von uns vorgesehene Abschaffung des Soli oder bei unserer Forderung nach 15.000 neuen Polizeibeamten. Geradezu grotesk ist es allerdings, dass die Union nun angeblich die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit entdeckt hat, die sie jahrelang zum Großteil blockiert hat. Das ist **nicht glaubwürdig** sondern dient offensichtlich vor allem der oft zitierten „asymmetrischen Demobilisierung“ im Wahlkampf.

Dennoch bleiben **deutliche Unterschiede** sichtbar. So fehlen Vorschläge von CDU/CSU zur Rente, um ein Absinken des Rentenniveaus und einen Anstieg des Renteneinstiegsalters zu verhindern. Das Finanzkonzept der SPD ist zudem umfassender und gerechter, weil es einerseits kleine und mittlere Einkommen entlastet, die Mega-Reichen aber durchaus stärker in die Verantwortung nimmt. Das erhöht nicht zuletzt den Spielraum für notwendige Investitionen.

Neben den konkreten Konzepten kommt es aber auch auf eines an: **Haltung**. Und gerade das **unterscheidet** die bisherigen Koalitionspartner und insbesondere **Martin Schulz von Angela Merkel**.

Geradezu beispielhaft wurde dies bei der **„Ehe für alle“** deutlich. Seit langem ist sie ein wichtiges Ziel der SPD. Immer wieder wurde - vergeblich - versucht, das Vorhaben in der Koalition durchzusetzen. Dass es nun doch dazu gekommen ist, lag an einem **Versehen der CDU-Vorsitzenden**, die früher als geplant Überlegungen zu einer „Gewissensentscheidung“ öffentlich machte, die bei ihr **aus rein machttaktischen Gründen motiviert** waren. Dies ermöglichte schließlich eine freie Abstimmung in der letzten Sitzungswoche dieser Wahlperiode. In der Sache eine überfällige und gute Entscheidung für volle Akzeptanz und gegen Diskriminierung.

Eine Entscheidung gegen die Stimme von Angela Merkel! Der Journalist Stefan Niggemeier brachte es auf Spiegel Online auf den Punkt. „Angela Merkel hat bei der Ehe für alle keine Kehrtwende gemacht, sondern ist nur einen Schritt zur Seite gegangen: aus dem Weg.“ Er sagt, bei dieser Art des Regierens gehe etwas verloren, und das sei Respekt. „**Merkels Art des Pragmatismus ist respektlos** gegenüber Argumenten und Überzeugungen, und sie ist respektlos gegenüber dem politischen Prozess.“ Dirk Kurbjuweit spricht im Spiegel von einer Politik, die den „Anstrich der Beliebigkeit“ habe.

Dem setzt Martin Schulz Respekt, Haltung und eine klare **Werteorientierung** entgegen. Und deshalb kämpfen wir für eine von ihm und der **SPD geführte Bundesregierung**. Denn in einer Welt, in der Verunsicherung wächst, braucht es ein starkes Fundament von Werten, um Menschen dauerhaft zu überzeugen und für die Demokratie zu begeistern.

Es geht also um **Haltung und ein Zukunftsprogramm** - statt einer wankelmütigen Merkel-Raute. Sie würde letztlich Stillstand bedeuten. **Deutschland braucht Bewegung!**

Herzlichst

Kommandant Alexander Gerst auf dem Weg zu neuen Horizonten

Vorstellung der ISS-Mission „Horizons“ im Astronautenzentrum in Porz

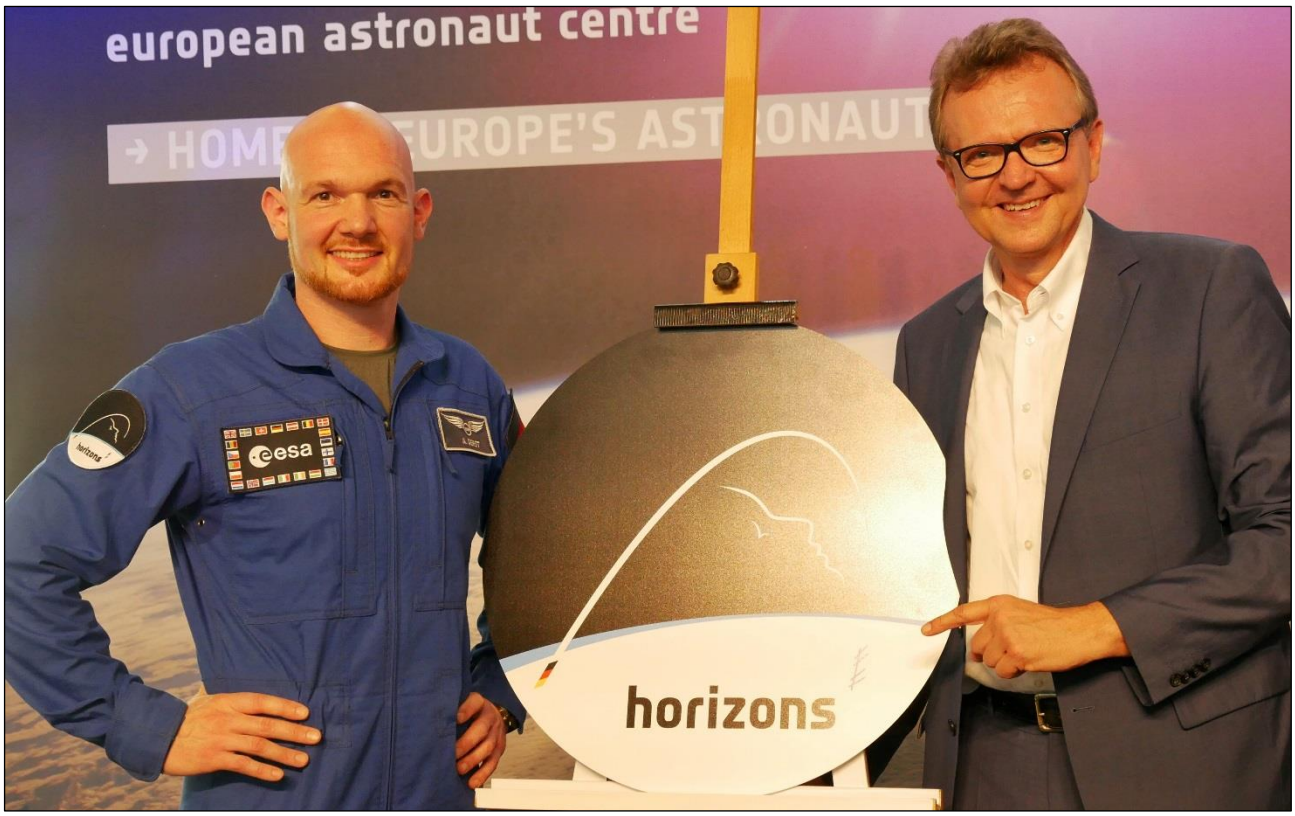
„Horizons” - so heißt die nächste Mission des deutschen ESA-Astronauten **Alexander Gerst**, die am 29. Mai im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Porz vorgestellt wurde. In knapp einem Jahr, Ende April 2018, soll der 41-jährige Geophysiker mit der Expedition 56/57 seine zweite "Forschungsreise" zur Internationalen Raumstation ISS antreten. Gerst wird nach dem Belgier **Frank de Winne** der zweite Europäer sein, der als Kommandant auf der ISS eingesetzt wird. Ein halbes Jahr - bis Ende Oktober 2018 - soll Gerst in knapp 400 Kilometern Höhe unterwegs sein. Der englische Name der Mission, Horizons, symbolisiert dabei die Neugier und Faszination, Unbekanntes zu entdecken und zu erforschen.

Erstmals haben sich zudem kreative Köpfe außerhalb der Raumfahrt wesentlich an der Logo-Entwicklung beteiligt: Studierende im Fach Kommunikationsdesign der Hochschule Darmstadt haben auf Initiative des Raumfahrtmanagements im DLR und in enger Kooperation mit Alexander Gerst selbst aus acht Entwürfen das finale Horizons-Logo entwickelt.

Prof. Pascale Ehrenfreund, DLR-Vorstandsvorsitzende, hob hervor, dass die Forschung auf der ISS und auch die Mission Horizons wichtige Beiträge und Impulse im Umgang mit gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen liefere, zum Beispiel mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung, den Klimawandel und Industrie 4.0. „Für einen Hochtechnologiestandort und eine Exportnation wie Deutschland ist die astronautische Raumfahrt als Spitzentechnologie unverzichtbar“, so Ehrenfreund.

„Man hätte keinen besseren finden können.“, freute sich **Martin Dörmann** für Alexander Gerst, der bereits seit vielen Jahren im engen Kontakt zu Gerst und dem DLR steht. „Er hat eine tolle Ausstrahlung und bringt das Thema Raumfahrt durch seine vorbildliche Präsenz in den sozialen Medien den Menschen ganz nah, vor allem auch Jugendlichen.“

Es passt, dass nun mit Gerst eine „Zeitkapsel“ den Weg ins All antritt, die die Wünsche und Vorstellungen deutscher Schülerinnen und Schüler auf einem langlebigen Datenträger in einer Aluminiumkugel vereint. Nach Beendigung seiner Mission wird Gerst die Zeitkapsel an das „Haus der Geschichte“ in Bonn übergeben. Dort wird sie 50 Jahre ungeöffnet aufbewahrt werden.



Traditionelles Treffen des FAS Porzer Karneval und der PorzSPD

Beste Stimmung beim Singen mit den Dreigestirnen 2017 und 2018

Längst ist es Porzer Brauchtum: Zum bereits siebten Mal trafen sich Anfang Juni der Festausschuss Porzer Karneval und die Förderer des politischen Frohsinns in der PorzSPD zum traditionellen Angrillen. Höhepunkt des familiär-freundschaftlichen Abends war das gemeinsame Singen mit den beiden Porzer Dreigestirnen 2017 und 2018 - Weltpremiere! Beim Veedel-Lied und der Porzer Hymne blieb kaum ein Auge trocken - und keine Kehle stumm.

Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft - und so wurden als Teil der Tradition der jährlich am Bauspielplatz Senkelsgraben unter dem Motto „Porzer Karneval meets Rote Socken“ stattfindenden Veranstaltung auch gegenseitig humorvolle Präsente ausgetauscht: **Martin Dörmann** und der Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** erhielten von FAS-Präsident **Stephan Demmer** je eine Flasche Porzer Marillenschnaps sowie blau-weiße Pfeffersoße. Die ungewöhnliche Farbgebung ist passend gewählt zur Karnevalsgesellschaft, die in der kommenden Session die Ehre hat, das Dreigestirn zu stellen: den Blau-Wiesse Funke Wahn von 1948 e.V. Dörmann und Ott revanchierten sich mit einem Stammtischfähnchen und Kölschgläsern, welche das Logo des traditionellen Angrillens zieren. Zu guter Letzt erhielt Marion Tillmann, Vorsitzende des Bauspielplatz-Vereins, einen Blumenstrauß und zwei Flaschen Prosecco als Dank für ihr Engagement. Um die freundschaftlichen Bande zwischen Porzer Politik und Karneval auch weiterhin zu pflegen, versicherte Martin Dörmann, dass eine weitere Tradition aufrechterhalten bleibe: er sprach auch an das designierte Dreigestirn die Einladung aus, ihn im Bundestag zu besuchen.

Hatten viel zu lachen (v.l.): Stephan Demmer, der designierte Prinz Peter II., Marion Tillmann, Martin Dörmann und Jochen Ott

Das SPD-Regierungsprogramm: „Zeit für mehr Gerechtigkeit“

Bundesparteitag: Einstimmiger Beschluss und starke Rede von Martin Schulz

Mit großer Geschlossenheit und einem ambitionierten Regierungsprogramm zieht die SPD in den Bundestagswahlkampf. Auf dem Bundesparteitag in Dortmund am 25. Juni wurde das Programm einstimmig verabschiedet.

Martin Schulz stimmte in einer starken und kämpferischen Rede die insgesamt 6.500 Delegierten und Gäste auf den Wahlkampf ein, die zu Beginn von **Manuela Schwesig** begrüßt wurden.

Die Menschen in Deutschland können mit der Bundestagswahl am 24. September entscheiden, in welchem Land, in welcher Gesellschaft sie leben wollen. Eine Richtungsentscheidung steht an – und die SPD hat zwei Jahre an einem Programm mit den besten Konzepten für Deutschland und Europa gearbeitet.

Die SPD setzt darauf, Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg miteinander zu verbinden. Schulz kämpft für sichere Renten, bessere Bildungschancen und Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern.

Die Partei will sich für eine moderne digitale Infrastruktur und innere Sicherheit mit einer sichtbaren und bürgernahen Polizei einsetzen. Außerdem will Schulz ein neues, starkes Europa – ein Ort der Menschenrechte, der Abrüstung, des zivilisatorischen, ökonomischen und sozialen Fortschritts.

In einer Parteitagsrede hatte Ex-Kanzler **Gerhard Schröder** den Mitgliedern Mut gemacht: „Wir haben 2005 in wenigen Wochen über 20 Prozentpunkte aufgeholt. Wir haben gekämpft, wir haben aufgeholt, und was damals ging, das geht heute auch!“

„Ehe für alle“ beschlossen

Historische Entscheidung im Bundestag

Freitag, der 30. Juni, war ein besonderer Tag in der deutschen Geschichte. Das Parlament in Berlin hat dafür gestimmt, dass zwei Menschen gleichen Geschlechts heiraten dürfen. Die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion haben geschlossen für den entsprechenden Gesetzentwurf gestimmt.

Am letzten Sitzungstag der aktuellen Legislaturperiode hat das Parlament eine historische Entscheidung getroffen. In namentlicher Abstimmung haben die Abgeordneten mit Mehrheit für einen Gesetzentwurf des Bundesrates zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (**Drs. 18/6655, 12989**) gestimmt. Bei 623 abgegebenen Stimmen sprach sich eine Mehrheit von 393 Abgeordneten für eine völlige rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare aus. Damit ist es Homosexuellen ab Inkrafttreten des Gesetzes möglich, eine Ehe auf den Standesämtern zu schließen – genau wie heterosexuelle Paare. Dafür hat die SPD-Bundestagsfraktion seit vielen Jahren gekämpft.

Im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) steht künftig: „Die Ehe wird von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen“. Damit erlangen schwule oder lesbische Ehepaare auch das volle Adoptionsrecht, was bedeutet: Sie können gemeinsam Kinder adoptieren.

Im Plenum des Bundestages sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion **Thomas Oppermann**, er freue sich sehr, denn auf diese „wichtige gesellschaftliche Entscheidung haben viele Menschen lange gewartet“. Oppermann machte deutlich, dass in dieser Legislaturperiode bereits fünf Mal im Bundestag über die Ehe für alle debattiert worden sei, das der vorliegende Entwurf 2015 im Bundesrat beschlossen und 2016 im Bundestag beraten wurde und somit genügend Zeit gewesen sei, sich intensiv und mit der gebotenen Ernsthaftigkeit mit dem Thema zu befassen.

„Vielen wird etwas gegeben, aber niemandem etwas genommen“

Er erklärte auch, warum es keiner Grundgesetzänderung bedarf, denn dort stehe die Ehe unter besonderem Schutz als Verantwortungsgemeinschaft – was auch mit der Ehe für Homosexuelle so bleibe. Oppermann: Diese Entscheidung ist gut für das Parlament und gut für die Menschen, denn „unterschiedliche Lebensentwürfe gehören zum Alltag“. Er machte auch ganz deutlich: Mit der Ehe für alle „wird vielen etwas gegeben, aber niemandem etwas genommen“. Oppermann mahnte aber auch Respekt für diejenigen an, die in der Abstimmung gegen die Ehe für alle gestimmt haben.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Eva Högl** betonte, wie lange und beharrlich sich die SPD-Fraktion für diese Abstimmung eingesetzt habe, die der Koalitionspartner aber partout nicht wollte. Sie zitierte eine Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, nach der 82 Prozent der Deutschen für die Ehe für alle sind. Es gebe vielfältige Formen des Zusammenlebens. „Das ist Realität“. Und dem müsse sich die Politik stellen. Für Högl ist es eine nicht zurechtfertigende Diskriminierung, hier nach dem Geschlecht zu unterscheiden.

Dass dies ein großer Tag vor allem für diejenigen ist, die seit den 60er-Jahren für mehr Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung kämpfen, daran erinnerte **Johannes Kahrs**. Der Beauftragte der SPD-Fraktion für die Belange Homosexueller dankte allen Unterstützerinnen und Unterstützern und schloss seine Rede mit Kritik an Bundeskanzlerin Merkel und der Unionsfraktion. Sie hätte zu lange an ihrer Blockadehaltung festgehalten.

Zur Umsetzung:

Paare, die bereits eine Lebenspartnerschaft eingegangen sind, können bei den Standesämtern ihre Lebenspartnerschaft in eine Ehe umschreiben lassen. Das erfolgt dann rückwirkend ab dem Datum, an dem die Lebenspartnerschaft geschlossen wurde. Das ist wichtig für die Stichtage zur Berechnung des Versorgungs- oder Zugewinnausgleichs bei einer eventuellen Scheidung. Nach Inkrafttreten des Gesetzes sollen keine neuen Lebenspartnerschaften mehr eingegangen werden können. Lebenspartner, die keine Ehe eingehen wollen, führen ihre Lebenspartnerschaft fort.

Der verabschiedete Gesetzentwurf zur „Ehe für alle“ stammt aus dem SPD-regierten Land Rheinland-Pfalz. Dessen Staatssekretärin Heike Raab freute sich gemeinsam mit Martin Dörmann über die historische Entscheidung.

Berliner Tagebuch

Von Martin Dörmann, MdB

Die Sitzungswoche vom 19. bis 25. Juni 2017

Wie arbeitet eigentlich ein Abgeordneter in Berlin? Nachfolgend schildert **Martin Dörmann** beispielhaft den Ablauf der vorletzten regulären Sitzungswoche des aktuellen Bundestages im Juni - wie immer mit einer großen Vielfalt von Themen und dicht gedrängten Terminen.

Montag, 19. Juni

8:35 Uhr: Flug von Köln nach Berlin

Im Willy-Brandt-Haus stehen gleich mehrere **Sitzungen der Medien- und Netzpolitischen Kommission** beim SPD-Parteivorstand auf dem Programm.

11:00 Uhr: In deren **Vorstand** klären wir zunächst das Vorgehen zu aktuellen Themen.

11:30 Uhr: Bei den anschließenden **internen Beratungen mit den Netz- und Medienpolitikern der SPD** aus Land und Bund liegt ein Schwerpunkt beim Datenschutz im digitalen Zeitalter.

13:00 Uhr: Zur abschließenden **Kommissionssitzung mit externen Fachleuten** haben wir zwei prominente Gäste dabei: Springer-Chef **Matthias Döpfner** und Justizminister **Heiko Maas**. Mit ihnen diskutieren wir über die Finanzierung von Journalismus und das Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Döpfner (Foto links) lobt die engagierte SPD-Medienpolitik.

16:00 Uhr: Bürobesprechung mit dem Mitarbeiterteam Kultur und Medien. Wir gehen die anstehenden Termine und aktuellen Vorgänge durch.

16:30 Uhr: Bürobesprechung mit meinem MdB-Mitarbeiterteam zum Ablauf der Sitzungswoche.

17:00 Uhr: SPD-Fraktionsvorstand. **Thomas Oppermann** stellt Kernaussagen des SPD-Finanzkonzeptes dar, anschließend geht er auf noch offene Gesetzgebungsverfahren ein.

19:00 Uhr: Sitzung der NRW-Landesgruppe. **Hubertus Heil** erläutert die nächsten Schritte der Wahlkampagne. Der frisch gewählte NRW-Parteivorsitzende **Mike Groschek** schwört auf den Wahlkampf ein.

Dienstag, 20. Juni

8:00 Uhr: Koordinierungsrunde der SPD-Fraktionssprecher in den Bereichen Recht, Innen, Digitale Agenda sowie Kultur und Medien. SPD-Geschäftsführerin Juliane Seifert stellt die Planungen zum Bundestagswahlkampf vor.

09:15 Uhr: SPD-Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur. Wir bereiten vor allem die nächste Ausschusssitzung vor. Ich trage zur Regierungsbilanz der Digitalen Agenda 2014-2017 vor.

11:00 Uhr: SPD-Arbeitsgruppe Kultur und Medien. Heute haben wir **Christian Mihr** zu Gast. Er ist Geschäftsführer von „Reporter ohne Grenzen“ und lobt unsere aktuellen medienpolitischen Bundestagsanträge zur Deutschen Welle und für einen UN-Sonderbevollmächtigten für Journalisten.

12:30 Uhr: Obleuterunde der SPD-Fraktion zum Ablauf der Sitzungswoche.

13:30 Uhr: Mittagskoordination. **Tobias Nehren**, Leiter der Online-Kampagne, stellt die Internet-Wahlkampfaktivitäten des Willy-Brandt-Hauses vor.

15:00 Uhr: SPD-Fraktionssitzung. **Thomas Oppermann** und **Martin Schulz** kritisieren zu Beginn die Inhaltsleere der Union. Sie bleibe beispielsweise bei der Rente ein Konzept gänzlich schuldig. Die SPD habe hingegen klare Positionen vorgelegt: für sichere Renten, gerechte Steuern und öffentliche Sicherheit.

18:30 Uhr: Bitkom Sommerfest. Die IT-Branche trifft sich. Eine gute Gelegenheit, Gespräche zu führen und Infos einzuholen.

Mittwoch, 21. Juni

9:15 Uhr: Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur mit einer Vielzahl von Themen, von der Umrüstung lauter Bahn-Güterwagen bis zum Luftverkehrskonzept.

12:30 Uhr: Telefoninterview mit dem „Vorwärts“.

13:00 Uhr: Bürobesprechung.

14:00 Uhr: Gespräch mit einer Landes-Staatssekretärin zum Breitbandausbau.

15:00 Uhr: Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien. Im Zentrum steht ein Fachgespräch zur Spielekultur (Games).

18:00 Uhr: IT-Dialog der FES. Die von mir geleitete Gesprächsreihe ist ein gern genutzter Austausch mit IT-Experten. Diesmal geht es um die Frage, wie Kooperationen und eine modifizierte Glasfaserregulierung den Breitbandausbau beschleunigen können.

Donnerstag, 22. Juni

9:00: Plenum. Vor der Debatte um die Reform der Pflegeberufe würdigt Bundespräsident **Norbert Lammert** die Verdienste des verstorbenen **Helmut Kohl**.

10:00 Uhr: Telefon-Besprechung mit meinem Wahlkreisbüro.

10:30 Uhr: Bürobesprechung mit dem Mitarbeiterteam Kultur und Medien.

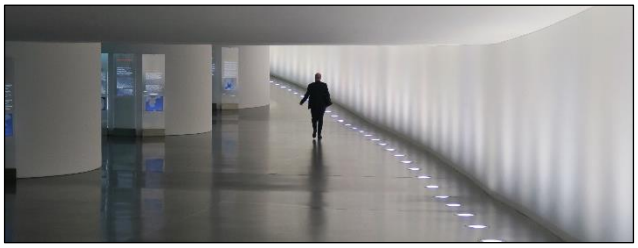
11:00 Uhr: Büro. Ich telefoniere und gehe neue Zuschriften durch.

12:00 Uhr: Breitband-Fachgespräch zum Thema: Wie gelingt der Weg in die Gigabitgesellschaft? An der von mir organisierten Gesprächsrunde nehmen führende Branchenexperten teil, auch die Bundesnetzagentur und das Breitbandbüro des Bundes sind vertreten.

14:15 Uhr: Gespräch mit Vertretern eines Internetunternehmens zu Regulierungsthemen.

15:15 Uhr: Treffen mit Kindern und Jugendlichen vom Bund Deutscher Dialog Institutionen. Die Gruppe bereitet sich auf ein Kulturfestival vor und bringt mir ein tolles Ständchen.

16:15 Uhr: Zwischendurch geht es ins **Plenum** zu **zwei namentlichen Abstimmungen**. Wir beschließen eine Grundgesetzänderung zur Parteienfinanzierung und die Verlängerung des Kosovoeinsatzes der Bundeswehr.



17:30 Uhr: Büro. Ich sortiere den Maileingang und bereite meine morgige Bundestagsrede vor.

20:30 Uhr: Sommerfest der Parlamentarischen Gesellschaft. Eine gute Gelegenheit, mit aktuellen und ehemaligen Kollegen ins Gespräch zu kommen.

Freitag, 23. Juni

8:30 Uhr: Büro. Ich bearbeite neue Vorgänge und packe dann meine Unterlagen für das Wochenende.

10:15 Uhr: Fototermin mit „Reporter ohne Grenzen“ vor dem Reichstag.

11:00: **Plenum mit namentlicher Abstimmung** zu einem Oppositionsantrag. Am Rande begrüße ich **Peter Limbourg** und **Gerda Meuer**, den Intendanten und die Programmdirektorin der Deutschen Welle und bringe sie zur Besuchertribüne. Von dort verfolgen sie die anschließende Mediendebatte.

11:20 Uhr: Plenum. Debatte und Bundestagsrede zu zwei Koalitionsanträgen, mit denen wir den weltweiten Schutz von Journalisten verbessern und die Deutsche Welle stärken wollen.

12:35 Uhr: Wagen zum Flughafen

15:00 Uhr: Rückflug nach Köln. Weil der Flieger über eine Stunde Verspätung hat, muss ich einen geplanten Termin absagen.

18:00 Uhr: Danke-Feier für Wahlhelfer/innen mit **Jochen Ott** und **Susana dos Santos Herrmann**. Die beiden sind die SPD-Landtagsabgeordneten in meinem Bundestagswahlkreis. Ich freue mich über die hohe Motivation für den Bundestagswahlkampf.

Samstag, 24. / Sonntag, 25. Juni 2017

Am **Samstag** stehen für mich wie üblich **Wahlkreistermine** in Köln an. Am **Sonntag** fahre ich als Delegierter der Fraktion zum **SPD-Bundesparteitag** nach Dortmund, auf dem das Regierungsprogramm verabschiedet wird. Danach bereite ich die am Montag anstehende Sitzungswoche vor.

Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung

„(DES)INFORMATION?! – Politische Meinungsbildung in Sozialen Netzwerken“

Fake News und Propaganda in sozialen Medien können Meinungsbildung negativ beeinflussen und den politischen Diskurs belasten. Dagegen brauchen wir: Medienkompetenz, guten Journalismus und eine offene gesellschaftliche Debatte. Das waren die Kernthesen einer spannenden Diskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung mit ExpertInnen aus Politik, Medien und Wissenschaft.

Fake News, Social Bots, Filterblase, Hate Speech: diese neuartigen Begriffe und Phänomene verunsichern viele Menschen. Gerade populistische Parteien und Bewegungen machen sich die immer größere Bedeutung neuer Informationskanäle zunutze und missbrauchen sie zuweilen auch für ihre Zwecke. Was ist dran an den oft diskutierten Gefahren für die Demokratie durch solche Meinungsmanipulation in sozialen Netzwerken? Antworten auf diese Frage gaben Gäste aus Medien, Wissenschaft und Politik bei der von der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgerichteten Veranstaltung „(Des)Information!? – Politische Meinungsbildung in sozialen Netzwerken“ am 8. Juni. Über 50 Zuhörerinnen und Zuhörer fanden sich im Mediapark Köln ein.

Nach einer kurzen Einführung und Begrüßung durch FES-Medienpolitikleiterin **Johanna Niesyto** referierte zunächst **Lisa-Maria Neudert** vom Internet Institute der Universität Oxford zur Wirkweise sogenannter Bots und ihren Einfluss insbesondere auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Dabei machte sie klar, dass im Gegensatz zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen beispielsweise der Anteil automatisch generierter Twitter-Meldungen von Fake-Profilen noch nicht signifikant sei. Sie mahnte dennoch an, dass auch bereits jetzt eine Verzerrung der Diskussionskultur und Misstrauen in die politische Kommunikation drohe.

Anschließend sprachen sich **Martin Dörmann**, kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Ralf Paniczek**, Leiter des ZDF-Rechercheteams „#ZDFcheck17“ und **Antje Schrupp**, Bloggerin, Journalistin und Politikwissenschaftlerin, zum Thema aus. Moderiert wurde die Runde von der Journalistin **Ingrid Scheithauer**. Martin Dörmann zeigte sich zunächst beruhigt, dass bisher noch keine gravierende Manipulation der Online-Debatten zu beobachten sei, fügte jedoch warnend hinzu, dass bereits kleine Auswirkungen auf knappe Wahlergebnisse unser aller Leben beeinflussen könnten. Dem schloss sich Antje Schrupp an, die am Beispiel des Debattenthemas Feminismus aufzeigte, dass auch auf gewisse Themen und Akteure beschränkte Hetzattacken zu einer Verrohung und Verarmung der Diskussionskultur führen können.

Nach der intensiven und anregenden Diskussion kamen Podiumsgäste und Publikum noch bei Getränken und Snacks zusammen.

Bundestag verabschiedet zwei Koalitionsanträge zur Medienpolitik

Journalisten besser schützen – Deutsche Welle stärken

Am 23. Juni hat der Bundestag zwei medienpolitische Anträge der Koalitionsfraktionen verabschiedet, die in verbundener Debatte beraten wurden. In einem der Anträge wird die Bundesregierung insbesondere aufgefordert, eine Initiative der Vereinten Nation zum Schutz von Journalisten zu unterstützen und die Einsetzung eines Sonderbeauftragten voranzubringen. Ein zweiter Antrag befasst sich mit der Fortschreibung der Aufgabenplanung der Deutsche Welle. Unser Auslandssender soll finanziell und programmlich weiter gestärkt werden. Dazu wird die Bundesregierung aufgefordert, sich bei der Haushaltsaufstellung zukünftig am deutlich höheren Etat des Auslandsrundfunks in Frankreich zu orientieren.

Der in dieser Legislatur gestiegene Etat der Deutschen Welle soll nochmals deutlich erhöht werden

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion konnte die Deutsche Welle in dieser Legislaturperiode bereits programmlich und finanziell erheblich gestärkt werden. Dieser Weg soll fortgesetzt werden. In seiner Bundestagsrede zum Antrag betonte Martin Dörmann, die Deutsche Welle arbeite journalistisch unabhängig und gelte in vielen Ländern als wichtige Stimme der Freiheit. In dem Koalitionsantrag (**Drs. 18/10856**) wird die Bundesregierung aufgefordert, sich bei der Etataufstellung am französischen Auslandsrundfunk zu orientieren, der über erheblich mehr finanzielle Mittel verfügt.

Initiative für einen Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen zum Schutz von Journalisten

Journalisten und Medienschaffende werden weltweit zunehmend angegriffen, aufgrund ihrer Berichterstattungen bekämpft und in ihrer Berufsausübung gewaltsam behindert. Weltweit hat die Zahl der Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten zugenommen.

In dem Koalitionsantrag (**Drs. 18/12781**) wird die Bedeutung einer unabhängigen und kritischen Presse für eine Demokratie herausgestellt und die Bundesregierung aufgefordert, eine Initiative der VN (Vereinten Nationen) zum Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit zu unterstützen und voranzubringen.

Ein zentrales Ziel dabei ist, einen Sonderbeauftragten der VN zum gezielten Schutz von Journalistinnen und Journalisten schaffen. Er soll sich dafür einsetzen, dass die Mitgliedstaaten der VN ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen für die Sicherheit von Medienvertretern weltweit nachkommen. Dadurch soll den Aktivitäten der VN ein starkes politisches Gewicht verliehen werden. **Martin Dörmann**, kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hob hervor, dass der Bundestag das erste Parlament weltweit sei, das diese Forderung nach einem Sonderbeauftragen der VN erhebt.

Die beiden Medienanträge bekamen großes Lob von der Organisation „Reporter ohne Grenzen“. Deren Vorschlag eines VN-Sonderbeauftragten zum Schutz von Journalisten wird damit unterstützt.

Bundestagsrede von Martin Dörmann zu Medienanträgen

Deutsche Welle als Stimme der Freiheit weiter stärken

Nachfolgend dokumentieren wir die Bundestagsrede von Martin Dörmann zu den beiden Medienanträgen, die am 23. Juni im Bundestag verabschiedet wurden (siehe Artikel zuvor).

Ohne kritischen Journalismus wäre unsere Gesellschaft eine gänzlich andere. Sie wäre weniger frei, weniger vielfältig, weniger demokratisch, und sie wäre sicher auch unsozialer und ungerechter. Denn der Fortschritt und der Zusammenhalt einer Gesellschaft sind eng verbunden mit dem freien Austausch von Argumenten und mit der öffentlichen Kontrolle demokratischer Macht. Zu beidem leistet der Journalismus einen unverzichtbaren Beitrag.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte wissen wir, wie wichtig Presse- und Meinungsfreiheit sind. Deshalb will die Koalition zum Ende dieser Legislaturperiode mit zwei Anträgen bewusst ein deutliches Zeichen setzen. Dieses Thema wird ja nicht das erste Mal behandelt; Kollege Petzold, das wissen Sie ganz genau. Deshalb bedaure ich, dass Sie dieses positive Zeichen hier nicht noch deutlicher unterstützt haben.

Es kann uns alle nicht unberührt lassen, dass die Unabhängigkeit von Medien und sogar die körperliche Unversehrtheit von Journalistinnen und Journalisten in immer mehr Staaten bedroht sind. Laut Reporter ohne Grenzen wurden im vergangenen Jahr weltweit mindestens 74 Medienschaffende ermordet, und 400 saßen wegen ihrer Tätigkeit in Haft. In diesem Haus haben wir wiederholt die Freilassung von Deniz Yücel und aller anderen inhaftierten Journalistinnen und Journalisten angemahnt, und das will ich auch an dieser Stelle noch einmal bekräftigen.

In einem der beiden Anträge fordert die Koalition die Einrichtung eines Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten. Mein Fraktionskollege Siegmund Ehrmann

wird für meine Fraktion gleich noch näher darauf eingehen.

Ich möchte mich auf den zweiten Antrag konzentrieren. Er ist bereits erwähnt worden und befasst sich mit der Aufgabenplanung der Deutschen Welle, deren Fortschreibung wir nachdrücklich unterstützen.

Erst kürzlich hat die Deutsche Welle auf ihrer internationalen Medienkonferenz wieder ein deutliches Zeichen für Presse- und Meinungsfreiheit gesetzt. Intendant Peter Limbourg hat das Global Media Forum mit folgenden Worten eröffnet:

„Allen Despoten, Autokraten und Gewaltherrschern sage ich: Ihr werdet die Meinungsfreiheit nicht ewig unterdrücken können. Sie ist stärker als ihr.“

Ich glaube, dem können wir uns alle hier gemeinsam voll und ganz anschließen.

Nachdem ich ihn gerade schon zitiert habe, darf ich anschließen, dass ich mich sehr freue, dass Intendant Peter Limbourg heute mit Programmdirektorin Gerda Meuer dieser Debatte beiwohnt. Herzlich willkommen! Ich will mich den Dankesworten meines Kollegen Wanderwitz anschließen und natürlich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Welle einschließen. Ich glaube, dort wird tolle Arbeit geleistet, und wir beide haben in den Gremien erlebt, wie engagiert das Mitarbeiterteam dort ist. Ein herzliches Dankeschön an alle!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist bereits erwähnt worden: In dieser Legislaturperiode ist es uns gelungen, unsere Auslandssender nach langen Jahren der Kürzungen und der Unsicherheit endlich wieder finanziell zu stabilisieren und programmlich zu stärken. 2013 sind wir mit 277 Millionen Euro gestartet, heute liegt der Etat bei 325 Millionen Euro. Diese Steigerung war und ist auch notwendig, und es ist vor allen Dingen gut angelegtes Geld; denn wir erleben ja alle, wie sehr das politische und das mediale Umfeld weltweit in Bewegung sind. Damit wächst das Bedürfnis nach Informationen und verlässlicher Einordnung und nicht zuletzt nach einem Gegenpol zur staatlichen Propaganda autoritärer Regime.

Genau aus diesen Gründen ist die Arbeit der Deutschen Welle so wichtig. Sie ist journalistisch unabhängig, in 30 Sprachen global unterwegs und trimedial präsent, das heißt, per Internet, per Fernsehen und per Radio. Damit erreicht sie jede Woche über 135 Millionen Menschen. Mit den Angeboten der DW Akademie fördert sie zudem in den Ländern der Entwicklungszusammenarbeit professionellen Journalismus, Medienkompetenz und Meinungspluralismus.

Dank ihrer hohen Qualität und Glaubwürdigkeit gilt die Deutsche Welle international als Stimme der Freiheit und als verlässlicher Nachrichtenlieferant. - Ich glaube, wir dürfen hier auch noch einmal applaudieren - ich sehe, Sie wollen das tun -; denn das nutzt in der Tat auch uns. - Das ist die Aufgabe der Deutschen Welle. Sie trägt damit auch zur Verbreitung unserer Werte und zu einem positiven Deutschlandbild weltweit bei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen sind, wie beschrieben, gewachsen. Die Deutsche Welle hat darauf mit einer erfolgreichen Programm- und Strukturreform reagiert, die wir unterstützen. Nun gilt es, den nächsten Schritt zu machen.

Ich habe es bereits erwähnt: Wir haben eine Stabilisierung des Haushaltes hinbekommen. Kollege Wanderwitz hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der französische Auslandsrundfunk und auch BBC World deutlich mehr Gelder zur Verfügung haben, und ich glaube, es sollte an uns sein, dieses Niveau ebenfalls anzustreben. Dem haben wir in unserem Antrag Ausdruck verliehen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das in den nächsten Haushaltsberatungen nachzuvollziehen. Das ist sozusagen die Hausaufgabe für die nächste Legislaturperiode.

Die Deutsche Welle kann dann vor allen Dingen noch besser mit der Unterdrückung freier Medien umgehen und auf Krisen und propagandistische Tendenzen reagieren, weil sie ihr Programm und auch ihr Sprachenangebot dann auf einem technisch hohen Niveau ausweiten kann. Das führt dazu, dass sie am Ende noch mehr Menschen erreicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist voraussichtlich die letzte kultur- und medienpolitische Debatte für uns alle hier im Hause in dieser Legislaturperiode. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die im Ausschuss gut zusammengearbeitet haben. In den meisten Dingen sind wir uns ja sogar einig. Da, wo wir uns nicht einig sind, sollten wir uns streiten, und dann muss am Ende eine Lösung herbeigeführt werden.

Deshalb danke ich auch noch einmal meinem Pendent auf der Unionsseite, Marco Wanderwitz, für die gute Zusammenarbeit. Ich glaube, man kann sagen, wir haben in dieser Legislaturperiode gemeinsam einiges im Bereich Kultur und Medien bewegt. Einiges bleibt aber noch zu tun. Uns liegen heute zwei Anträge vor, die das zum Ausdruck bringen. Ich würde mich freuen, wenn wir diese Aufgabe für die nächste Legislaturperiode heute mit einem starken Votum gemeinsam unterstützten. Noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle.

Unser Auslandssender: Die Deutsche Welle

Weltweites Programm – trimedial in 30 Sprachen

Die Deutsche Welle sendet weltweit in 30 Sprachen per TV, Radio und Internet. Der Empfang läuft über Satellitennetzwerke, Partnersender, per Internet oder mobil über die DW-App, außerdem per Radio über Kurzwelle (in Afrika und Teilen Asiens).

Das Live-TV-Programm wird auf Deutsch, Englisch, Spanisch und Arabisch angeboten. Fernsehen in deutscher Sprache können Zuschauer in Osteuropa, Asien, Ozeanien sowie Nord- und Südamerika auch per Satellit oder über Kabel empfangen (siehe Grafiken). Das bislang Nachrichten-orientierte Programm des TV-Kanals ist seit einigen Wochen auch mit einem neuen Kultur-Profil auf Sendung. Damit besteht nun ein Angebot aus Nachrichten und Unterhaltung verbunden mit Berichten über politische Entwicklungen und Informationen aus Kultur und Gesellschaft.

Aufgrund ihrer Unabhängigkeit und journalistischen Qualität wird die Deutsche Welle als „Stimme der Freiheit“ von immer mehr Menschen auf der Welt wahrgenommen. Derzeit gibt es 135 Millionen wöchentliche Nutzer, die Nutzerzahlen sollen bis Ende 2017 auf 150 Millionen erhöht werden.

Das komplette TV-Angebot live online:

www.dw.com/de/media-center/live-tv/s-100817

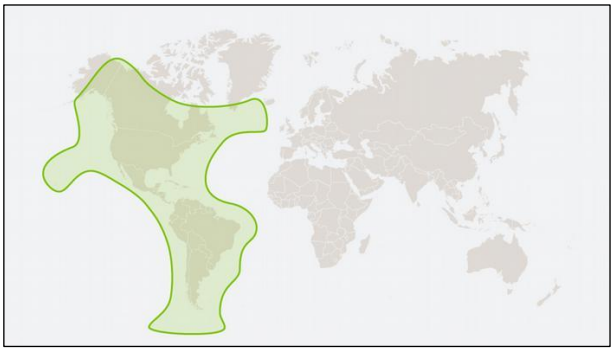
Die APP unter:

www.dw.com/de/service/mobil/s-8732

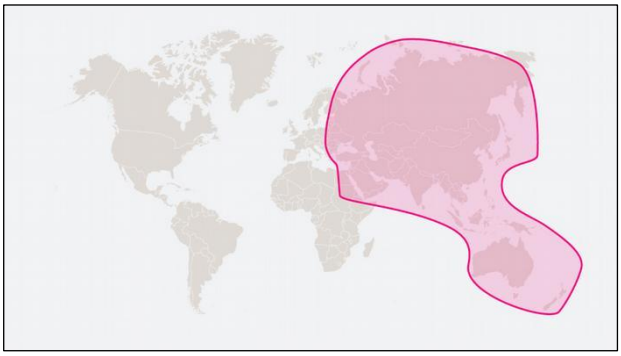
Radio:

www.deutschewelle.radio.de

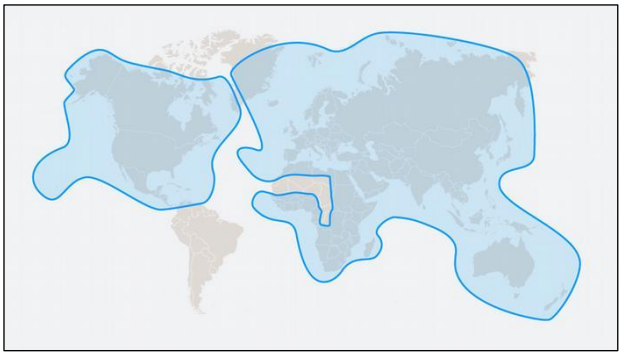
In diesen Regionen können die TV-Programme der Deutschen Welle empfangen werden:



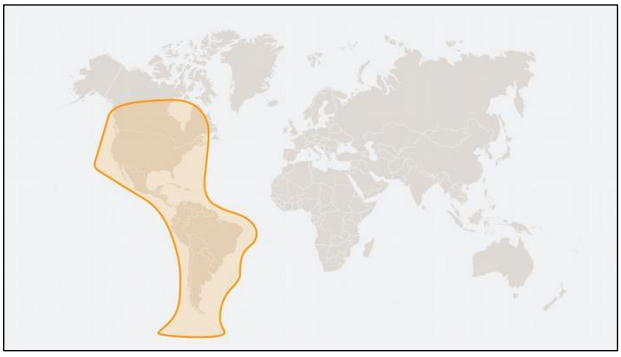
In Nord- und Lateinamerika wird täglich 20 Stunden auf **Deutsch** und 4 Stunden auf **Englisch** gesendet.



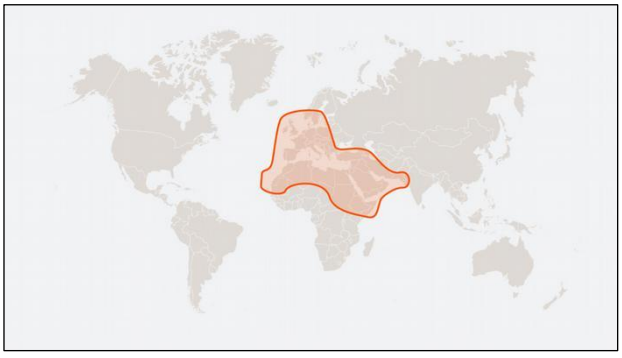
Für Zuschauer in Asien und im europäischen Ausland sendet DW (Deutsch) täglich 24 Stunden auf **Deutsch**.



Für Zuschauer auf der ganzen Welt sendet DW (English) täglich 24 Stunden auf **Englisch.**



Ihr Programm für Lateinamerika läuft täglich24 Stunden auf **Spanisch**.



Das Programm auf **Arabisch**: täglich 24 Stunden

Die TV-Abdeckung der DW im Überblick

Medienpolitischer Dialog der SPD-Bundestagsfraktion

Diskussion zu Entwicklungen und Handlungsbedarfen im Medienbereich

Auch zum neunten und abschließenden „Medienpolitischen Dialog“ der SPD-Fraktion für diese Wahlperiode kamen wieder rund 50 Fachleute aus Wissenschaft, Politik und Medienwelt in den Bundestag. Die Reihe wird von Martin Dörmann als Fraktionssprecher geleitet. Am 29. Juni ging es um Entwicklungstendenzen der deutschen Medienlandschaft und den sich daraus ergebenen politischen Handlungsbedarf.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand diesmal ein Gutachten des Hamburger Hans-Bredow-Instituts (HBI), das den neuen Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung vorbereitet soll. Dieser wird in den nächsten Monaten erarbeitet. Für das Podium eingeladen hatte Martin Dörmann neben **Prof. Wolfgang Schulz**, einem der Verfasser des Gutachtens, zudem **Dr. Günter Winands** als Vertreter der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) sowie für die Länderseite **Heike Raab**, Medien-Staatssekretärin aus Rheinland-Pfalz.

Prof. Schulz erläuterte, dass eine Fülle an Veränderungen im Bereich der Medien mit einer tiefgreifenden Mediatisierung aller Lebensbereiche einhergeht. Er sprach von undurchsichtiger Transparenz; Wege und Massen der im Netz kursierenden Daten seien oft nicht mehr durchschaubar. Man müsse lernen, Dinge zu regulieren, die wir nicht komplett und sofort verstehen.

Dr. Winands sah in der Regulierung von sozialen Netzwerken, zum Beispiel durch das in dieser Woche verabschiedete Netzwerkdurchsetzungsgesetz, eine passende Antwort auf die Gefahren von Hasskriminalität und anderen strafbaren Inhalten im Internet. Das freie Spiel der Kräfte habe da seine Grenzen, wo die Freiheit und Sicherheit der Einzelnen bedroht sei.

Für einen intensiveren Abstimmungsprozess zwischen Bund und Ländern warb Heike Raab. Sie berichtete zudem vom kommenden 21. Rundfunkstaatsvertrag. Deutschland habe eine sehr gute Medienordnung, die nachhaltig und schrittweise reformiert werden müsse. Dabei sei die Reform und Sicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein wichtiges Ziel. Die Chancen der Digitalisierung müssten genutzt werden.

In der anschließenden lebendigen Debatte bedankten sich mehrere Beteiligte für den regelmäßigen und hochwertigen Austausch beim Medienpolitischen Dialog der SPD-Fraktion, so **Claus Grevenig**, Leiter des Bereichs Medienpolitik von RTL Deutschland, **Dr. Susanne Pfab**, ARD-Generalsekretärin sowie **Thomas Fuchs** von den Landesmedienanstalten. Martin Dörmann bedankte sich seinerseits für das stets große Interesse. Angesichts der digitalen Konvergenz sei Medienpolitik inzwischen ein Querschnittsthema und sollte im Parlament eine noch größere Rolle spielen, auch über Ausschussgrenzen hinweg.

Auf dem Podium: Prof. Wolfgang Schulz, Heike Raab, Dr. Günter Winands und Martin Dörmann (v.l.)

Prof. Wolfgang Schulz stellte das aktuelle Mediengutachten vor

Prof. Frank Decker und Studierende der Uni Bonn zu Besuch in Berlin

Auf Einladung von **Martin Dörmann** besuchte **Prof. Frank Decker** zusammen mit einer Gruppe Studierender der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn den Bundestag. Seit vielen Jahren steht Martin Dörmann mit dem renommierten Politikwissenschaftler im Austausch, der vielen bekannt ist durch Kommentierungen im TV-Sender Phoenix.

Die Diskussion mit dem Abgeordneten begann mit einer Schilderung der aktuellen politischen Lage und dem beherrschenden Thema der Sitzungswoche – der „Ehe für alle“. Besonders interessiert waren die Studierenden dann an den sozialdemokratischen Wahlkampfthemen.

Demenstprechend wurde etwa über die gerechte Besteuerung in Deutschland, eine faire Rente und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besprochen. Wichtig war den Studierenden auch, wie die Wahlkampfstrategie der SPD aussieht? „Wir müssen unsere sozialen Themen auf den Punkt bringen und sie unermüdlich wiederholen – bis jeder weiß, wofür die SPD steht“, so Martin Dörmann.

Starke Stimmen für kulturelle Vielfalt

Im Juni traf sich Martin Dörmann mit Kindern und Jugendlichen aus Moldawien, Russland, Mazedonien und Tunesien. Sie gehörten zu einer Gruppe, die beim Internationalen Sprach- und Kulturfestival miteinander tanzt und singt, um für kulturelle Vielfalt zu werben. Tolle Aktion. Und auch ihr persönliches Ständchen für den Abgeordneten war ein klasse!

Das SPD-Team für Kultur und Medien

Gruppenbild zum Abschluss der Legislaturperiode mit den Mitgliedern der SPD-Arbeitsgruppe Kultur und Medien nebst Mitarbeiterteam. Als Fraktionssprecher bedankte sich Martin Dörmann bei allen für die tolle Zusammenarbeit: „In unseren Politikfeldern haben wir gemeinsam viel bewegt!“

Die SPD-AG „Verkehr und digitale Infrastruktur“

Die SPD-Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur kann auf eine erfolgreiche und arbeitsintensive Legislaturperiode zurückblicken. Im Ausschuss wurden insgesamt 780 Vorlagen beraten, darunter 136 Gesetzentwürfe. Inhaltlich gehörten zu dem Schwerpunktthemen zum Beispiel: Der Breitbandausbau (Fördermittel, DigiNetzGesetz), der Bundesverkehrswegeplan 2030 (Gesamtvolumen 270 Milliarden Euro), die Verlängerung der Regionalisierungsmittel, die LKW- und die PKW-Maut, die Zukunft der Bahn sowie die Infrastrukturgesellschaft.

Dank an das MdB-Mitarbeiterteam in Berlin

Merci! Mit dem traditionellen Hoffest vor der Sommerpause bedankte sich die SPD-Bundestagsfraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch Martin Dörmann nahm das Fest zum Anlass, seinem Team im Berliner MdB-Büro für die tolle Unterstützung in einer intensiven Legislaturperiode zu danken! Auf dem Foto v.l.: Büroleiter **Stefan Stader**, **Mirko Vossen** (Wissenschaftlicher Mitarbeiter), **Manuela Seifert** (Studentin) und **Martin Dörmann**.

Bilanz 2013-2017 - Broschüre der SPD-Bundestagsfraktion

Viel für die Menschen erreicht: Gesagt. Getan. Gerecht.

Vier Jahre lang hat die SPD-Bundestagsfraktion der Politik der Großen Koalition ihren Stempel aufgedrückt. In dieser Zeit war sie der Motor und treibende Kraft für gesellschaftlichen Fortschritt und mehr Gerechtigkeit. Es hat sich ausgezahlt, dass die Sozialdemokraten mit einer klaren Vorstellung in die Koalitionsverhandlungen gegangen sind, was für die Zukunft unseres Landes erreichten werden soll. Das Ergebnis war ein Koalitionsvertrag, der deutlich die Handschrift der SPD-Bundestagsfraktion trägt. Vier Jahre später kann festfestgehalten werden: Der Koalitionsvertrag wurde von der SPD konsequent umgesetzt. Gesagt, getan, gerecht!

Der Mindestlohn und bessere Renten konnten erkämpft werden, für mehr BAföG, Kita- und Studienplätze wurde gesorgt, die Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden verbessert, die Gleichstellung von Frauen vorangebracht und seit vier Jahren ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden aufgestellt. Investitionen in die Kommunen und in den sozialen Wohnungsbau, in Verkehrswege, Klimaschutz und gute Bildung wurden getätigt. Besonders wichtig war, dass das Kooperationsverbot gelockert werden konnte. Damit kann der Bund zukünftig direkt in moderne Schulen investieren. Ein wichtiger Erfolg für gleiche Bildungschancen!

Link zur aktuellen Bilanz-Broschüre der SPD-Fraktion: http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/spdbf-bilanz-a5-2013-2017-web.pdf

Manche Vorhaben sind dagegen am Koalitionspartner gescheitert. Dazu gehören etwa das Rückkehrrecht in Vollzeit, eine solidarische Mindestrente oder die Abschaffung von Steuerprivilegien für hohe Managergehälter. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich weiter für diese Vorhaben ein. Denn Deutschland moderner, lebenswerter und gerechter zu machen – das ist und bleibt das Ziel.

Für Köln. In Berlin.

Liebe Leserinnen und Leser,

mit meiner Wahlkreiszeitung **Berlin Depesche** informiere ich regelmäßig über meine Arbeit für Köln und in Berlin. In dieser Ausgabe liegt der **Schwerpunkt** auf der **Bundestagswahl.**

Am 24. September entscheiden die Wählerinnen und Wähler mit Ihrer **Erststimme**, wer sie in Berlin vertritt. Seit 2002 bin ich direkt gewählter Abgeordneter für die Stadtbezirke Porz und Kalk sowie die nördliche Innenstadt und Deutz. In diesem vielfältigen Wahlkreis bin ich fest verankert. **Mein Einsatz für Köln und seine Menschen ist mir eine echte Herzensangelegenheit!**

Ich möchte mich auch in den nächsten vier Jahren für **beste Zukunftschancen** und die **Stärkung des Zusammenhalts** einsetzen – in Deutschland und für unsere Stadt. Über Eure und Ihre weitere Unterstützung dabei würde ich mich sehr freuen.

Mit ihrem **Regierungsprogramm** und dem **Zukunftsplan von Martin Schulz** hat die SPD sehr konkrete Konzepte für zusätzliche Investitionen, eine Bildungsoffensive, die Stärkung von Familien, gerechtere Steuern sowie ein besseres Europa vorgelegt.

Wir wollen:

- **Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen**: in Bildung, modernste digitale Infrastruktur, Straßen und Schienen und bezahlbare Wohnungen;
- **eine Bildungsoffensive**: mit einer „Nationalen Bildungsallianz“, die endlich überall für Schulen sorgt, in denen niemand zurückgelassen wird und unsere Kinder mit Freude lernen;
- **gebührenfreie Bildung**: von der Kita bis zum Studium oder zur Meisterprüfung;
- **eine Stärkung der Familien**: durch einen massiven Ausbau von Kitas und Ganztagsschulen, steuerlicher Entlastung sowie der Familienzeit für Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen;
- **gerechtere Steuern und Abgaben**: Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten wir, absolute Spitzenverdiener tragen mehr;
- **gute Arbeit:** mit einem Pakt für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, einem Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit und gleichem Lohn für Männer und Frauen;
- **eine verlässliche Rente**: mit stabilem Rentenniveau ohne Anstieg des Renteneintrittsalters;
- **mehr öffentliche Sicherheit**: durch 15.000 zusätzliche Stellen bei der Polizei;
- **ein besseres Europa**: durch Wiederbelebung des Prinzips Solidarität, ein Investitionsbudget und die Stärkung der Eurozone als Kern der EU.

Ich hoffe und freue mich schon auf unsere Gespräche hierüber in den Wahlkampfwochen.

Herzlichst Ihr

„Wir wollen eine Offensive für Bildung, Zusammenhalt und Investitionen“

Welche Bilanz ziehst Du nach den letzten vier Jahren Großer Koalition?

Unter dem Strich war es in der Koalition eine konstruktive Zusammenarbeit im Interesse der Menschen. Deutschland steht heute besser da als 2013. Und daran haben wir Sozialdemokraten einen entscheidenden Anteil.

Man sollte sich erinnern: die schwarz-gelbe Koalition zuvor hat uns zurückgeworfen. Mit einer reinen Klientelpolitik, überflüssigen Steuerentlastungen für Hoteliers oder einer katastrophal gemanagten doppelten Energiewende - raus aus dem Atomausstieg und wieder rein. Hinzu kamen drastische Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik und bei den Mitteln für Städtebauförderung.

Das alles konnten wir nicht nur korrigieren. Der SPD ist es gelungen, rund 80 Prozent des Koalitionsvertrages zu bestimmen, dem Dreiviertel unserer Mitglieder in einer historischen Abstimmung zugestimmt haben. Und den haben wir konsequent umgesetzt.

Was waren dabei die wichtigsten Projekte?

Als erstes natürlich der gesetzliche Mindestlohn. Wir haben zudem Pflege- und Rentenleistungen verbessert. Und es steht mehr Geld für Bildung, Kommunen und Infrastruktur zur Verfügung. Und das bei ausgeglichenem Bundeshaushalt.

Also alles gut?

Keineswegs. Wir haben zuletzt gesehen, dass es zunehmend schwieriger wurde, mit der Union neue Projekte auf den Weg zu bringen, nachdem der Koalitionsvertrag abgearbeitet war. Sie zeigt bis heute ja kaum Ambitionen auf gesellschaftliche Veränderung, will vielmehr meist den Status Quo verteidigen – dabei benötigt das Land noch mehr Bewegung in Richtung Innovationen und Gerechtigkeit. Deshalb brauchen wir eine Stärkung der SPD bei den nächsten Wahlen.

Die SPD sieht sich als treibende Kraft für die erreichten Erfolge. Warum hat sich das bislang nicht in den Umfragen niedergeschlagen?

Politische Prozesse sind objektiv so komplex geworden, dass sie von den meisten Menschen eher oberflächlich wahrgenommen werden. Viel wird deshalb einfach an Personen festgemacht. Wenn es gut läuft, wie derzeit für die meisten, hat die Kanzlerin einen natürlichen Amtsbonus, weil sie ja die Regierungspolitik insgesamt vertritt. Dabei waren wir wie erwähnt diejenigen, die die wichtigsten Projekte durchgesetzt haben. Es gibt zudem offenbar eine gewisse Frauensolidarität für sie, obwohl die SPD die eigentliche Treiberin bei Gleichstellungsfragen ist und Merkel da immer gedrängt werden muss.

Wie lässt sich vor diesem Hintergrund für die SPD ein erfolgreicher Wahlkampf führen?

Zum einen sollten wir die von uns erzielten Erfolge auch selbstbewusst auf unsere Fahnen schreiben und nicht anderen überlassen.

Zum anderen zeigt die Erfahrung: Je näher der Wahltermin rückt, desto intensiver beschäftigen sich die Menschen mit Inhalten und interessieren sich dafür, was die Parteien für die Zukunft zu bieten haben. Da gibt es wohl kaum einen neutralen Beobachter, der bestreiten kann, dass die SPD das viel konkretere Programm vorgelegt hat. Martin Schulz hat in wenigen Monaten mehr zukunftsorientierte Impulse gesetzt als Angela Merkel in den 12 Jahren ihrer Regierungszeit.

Die SPD ist zudem so einig und motiviert wie selten zuvor. Daher setze ich auf einen starken Mobilisierungseffekt in den nun anstehenden heißen Wahlkampfwochen. Und darauf, dass in dieser intensiven Zeit unser Kanzlerkandidat auch als Mensch stärker in den Fokus rückt und punkten kann. Über die ersten Talkrunden mit Martin Schulz habe ich bereits viele positive Rückmeldungen bekommen.

Bei den letzten Wahlen hat sich gezeigt, dass in den letzten Wochen noch viel Bewegung drin ist. Schließlich müssen wir auch klar benennen: ein möglicherweise drohendes Schwarz-Gelb würde einen erneuten Rückschlag für das Land bedeuten.

Martin Schulz hat einen Zukunftsplan vorgelegt. Sind die 10 Punkte richtig gewählt?

Ja – weil sie an den zentralen Herausforderungen ansetzen. Den meisten Menschen bei uns geht es heute gut. Doch wenn wir nicht dafür sorgen, dass mehr investiert wird, fällt Deutschland zurück und wird die Chancen der Digitalisierung nicht optimal nutzen können.

Das größte Gerechtigkeitsdefizit sind ungleich verteilte Lebenschancen, die entscheidend von der Bildung abhängen. Deshalb brauchen wir eine Bildungsoffensive, die dem Bund mehr Möglichkeiten zur Mitfinanzierung gibt. Das kommt zugleich den Familien zu Gute, die wir auch finanziell entasten wollen.

Insgesamt müssen wir den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Deshalb werden wir zusätzliche Impulse für soziale und öffentliche Sicherheit setzen. Und wir setzen uns für ein besseres Europa ein, das den Solidargedanken wieder stärker betont.

Knapp zusammengefasst: wir wollen eine Offensive für Bildung, Zusammenhalt und Investitionen.

Kommen wir zur Arbeit als Abgeordneter: Was sind Deine persönlichen Arbeitsfelder in Berlin?

Als kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion setze ich mich vor allem für die bessere Förderung von Kultur und die Sicherung von Medienvielfalt ein. Und im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur bin ich für den Breitbandausbau zuständig.

Was konnte da bewegt werden? Und was steht an?

In den letzten Jahren konnten wir stets einen deutlichen Aufwuchs im Etat für Kultur und Medien durchsetzen. Dadurch wurden viele neue Projekte angeschoben. Für unseren Auslandssender Deutsche Welle habe ich erreicht, dass er nach vielen Jahren endlich wieder eine sehr positive Finanzierungsperspektive hat und Programme ausbauen konnte, statt Personal zu kürzen. Das will ich weiter vorantreiben.

Und beim Breitbandausbau haben wir erstmals vier Milliarden Euro Fördermittel zur Verfügung gestellt, die jetzt in die Umsetzungsphase gehen, um schnelles Internet in alle Haushalte zu bringen. Diesen Weg müssen wir weiter fortsetzen und in Richtung Gigabitnetze forcieren.

Was konntest Du konkret für Köln erreichen?

Bei zahlreichen Kölner Projekten und Initiativen habe ich mich erfolgreich für konkrete finanzielle Unterstützung durch den Bund eingesetzt – vom Musikfestival c/o pop bis hin zu zusätzlichen Städtebaumitteln zur Verbesserung des Wohnumfelds.

Ich habe auch mit dazu beigetragen, dass viele Straßenprojekte im neuen Bundesverkehrswegeplan stehen und in den nächsten Jahren verwirklicht werden. Dazu gehören der Ausbau des Bahnknotens Köln und des Autobahnrings sowie der Bau einer neuen entlastenden Rheinbrücke im Süden.

Die SPD hat zudem dafür gesorgt hat, Kommunen bei Sozialleistungen zu entlasten und zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen. Insgesamt werden sie mit einen zweistelligen Milliardenbetrag gestärkt. Davon profitiert gerade eine Großstadt wie Köln. Diesen Weg gilt es auszubauen.

Wie schafft man bei einer mindestens 70-Stundenwoche den Spagat zwischen Berlin, dem Wahlkreis und der Familie?

Mit großer Motivation, guter Organisation und – leider – zwangsläufig Abstrichen beim Privatleben. Ich will aber gar nicht klagen, ich habe es mir ja selbst so ausgesucht. Letztendlich empfinde ich die Arbeit als Abgeordneter als sehr bereichernd, weil man es mit vielen Menschen und vielfältigen Themen tun hat. Da ist Langeweile weitgehend ausgeschlossen, manche Pflichtsitzung mal ausgenommen. Gerade in der letzten Wahlperiode konnte ich zudem doch einiges bewegen. Und dafür macht man ja letztlich Politik: dass sie Menschen und wichtigen Zielen konkret zugutekommt.

Der Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

Martin Dörmann ist hier seit 2002 direkt gewählter Abgeordneter

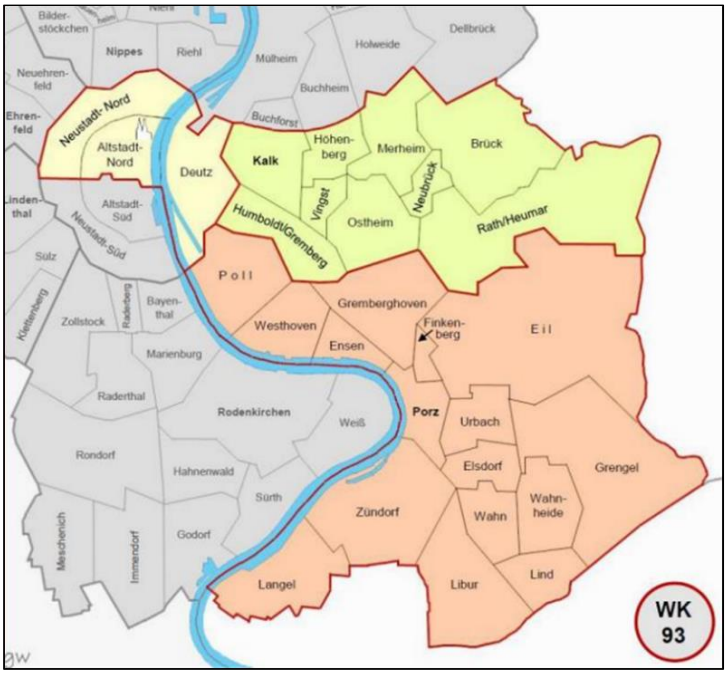
Der **Bundestagswahlkreis 93 Köln I** umfasst die Stadtbezirke Porz und Kalk sowie die nördliche Innenstadt und Deutz (siehe Karte). Er reicht somit vom Fernsehturm „Colonius“ über den Dom, das Rathaus und die Lanxess Arena bis zum Flughafen Köln/Bonn. In ihm leben knapp **300.000 Menschen** - davon über 190.000 Wahlberechtigte.

Martin Dörmann ist hier seit 2002 direkt gewählter Abgeordneter und unterhält **drei Bürgerbüros**. Er ist **im Wahlkreis** fest verankert, etwa auch als Mitglied mehrerer Vereine und Stiftungen. Seinen **Einsatz für Köln** beschreibt er so:

„Meine Wahlkreisarbeit ist sehr intensiv und vielfältig. Regelmäßig besuche ich **Einrichtungen**, **Vereine** und **Feste**, halte Kontakt zu **Betriebsräten**, **Unternehmen** und der **Stadtverwaltung** oder stehe für **Bürgersprechstunden** zur Verfügung. Zu wichtigen politischen Themen organisiere ich **Diskussionsveranstaltungen** und informiere regelmäßig über meine Arbeit und aktuelle Entscheidungen.

Sowohl in Köln als auch in Berlin versuche ich, die **Interessen der Menschen** erfolgreich zu vertreten. Dabei sind mir der **Erhalt sozialer Strukturen** und die Unterstützung einer guten **wirtschaftlichen Entwicklung** und **Infrastruktur** besonders wichtig. Eine Voraussetzung hierfür sind **solide Kommunalfinanzen**. Deshalb ist es ein zentrales Ziel, Kommunen finanziell zu entlasten. Auf diesem Weg konnte die SPD wichtige Erfolge erzielen, ebenso hinsichtlich zusätzlicher **Milliarden für Bildung**.

Einige **Kölner Projekte** konnte ich ganz konkret unterstützen, indem ich mich erfolgreich für **Förderung aus dem Bundeshaushalt** einsetzte. So gelang es beispielsweise, aus dem Bundesprogramm „**Nationale Projekte des Städtebaus**“ für den Kulturpfad **Via Culturalis** zwischen Dom und Sankt Maria im Kapitol und die Sanierung des **Stadtteilzentrums Chorweiler** eine Förderungssumme in Höhe von insgesamt **9,8 Mio. Euro** bewilligt zu bekommen. Erfolgreich waren auch die von mir unterstützten Anträge auf **Denkmalschutzförderung für die Gebäude des Millowitsch-Theaters** sowie des historischen **Bahnhofs Belvedere**. Bundesmittel in Höhe vom 500.000 Euro jährlich erhält auf meine Initiative hin auch das **international erfolgreiche Musikfestival c/o pop.**“



Unterwegs im Wahlkreis

Vom „HöVi-Land“ in die USA!

Joshua Kemper, einer der Helfer bei der Ferienspielaktion, wird nun fast ein Jahr in Alabama zur Schule gehen. Für das Patenschaftsprogramm zwischen dem Bundestag und dem US-Kongress durfte Martin Dörmann den Höhenberger unter mehreren Kandidaten als Stipendiaten auswählen. Auch Pfarrer **Jörg Wolke** wünschte Glück.

c/o pop Musikfestival

Großer Zuspruch aus der Kulturszene zur Eröffnung der c/o pop in Köln. Das internationale hoch anerkannte Musikfestival wartete wieder mit spannenden Live Acts bekannter Musiker und vieler deutscher Newcomer auf. Glückwunsch an das erfolgreiche Veranstalterteam um **Norbert Oberhaus** und **Ralph Christoph**!

30 Jahre Veedel e.V.

Rolf Blandow und sein Team vom Veedel e.V. leisten bereits seit 30 Jahren Jugendarbeit in der Gernsheimer Straße in Ostheim. Anlässlich dieses Jubiläum feierte der Verein Mitte Juli sein großes Sommerfest. In besonders familiärer Atmosphäre wurde der Zusammenhalt von allen Beteiligten besonders deutlich.

Treffen mit DGB-Vorsitzendem

Zu einem Gespräch über Bundes- und Medienpolitik traf sich Martin Dörmann mit dem DGB-Vorsitzenden in NRW, **Andreas Meyer-Lauber**. Diskutiert wurde zum Beispiel zur Frage, wie die anstehenden Reformen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk so gestaltet werden können, dass seine Entwicklungsmöglichkeiten gewahrt bleiben.

Mit Katarina Barley beim CSD in Köln

Nicht nur die kurz zuvor beschlossene „Ehe für Alle“ feierten die Teilnehmer des diesjährigen CSD in Köln. Familienministerin **Katarina Barley** ging mit der Wagengruppe der SPDqueer und sprach auf der Bühne. Alle freuten sich über die fröhliche Stimmung, mit einem klaren Nein zu jeder Form der Diskriminierung!

Sommerfest Bauspielplatz Senkelsgraben

Glückwunsch und Dank an **Marion Tillmann** und das ganze Team vom Bauspielplatz Senkelsgraben in Wahnheide! Sie leisten wunderbare Kinder- und Jugendarbeit - und alle haben Spaß dabei. Das wurde auch wieder beim alljährlichen Sommerfest spürbar, mit super Stimmung und tollem Programm.

Impressionen vom Sommerprogramm 2017

Die Deutschen und ihre Autos

Ausstellungsbesuch im Haus der Geschichte

In diesem Jahr startete das Sommerprogramm von **Martin Dörmann** für Bürgerinnen und Bürger aus seinem Kölner Wahlkreis mit etwas ganz besonderem: Mit einer 40-köpfigen Gruppe besuchte er die informative Sonderausstellung „Die Deutschen und ihre Autos“ im Haus der Geschichte in Bonn. Danach stand eine besondere Führung durch Teile des Depots, mit originellen Exponaten wie einer Alien-Figur aus dem gleichnamigen Film oder Spielgeräten aus mehreren Jahrzehnten deutscher Geschichte an. Eine außergewöhnliche Tour, die nur ausnahmsweise angeboten wird und noch bis Dezember läuft.

DLR-Führung

Raumfahrt und Forschung hautnah erlebt

Faszinierende Einblicke in das Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR): Mit einer 50-köpfigen Gruppe aus seinem Wahlkreis, war **Martin Dörmann** zu Gast in der Raumfahrtagentur und Forschungseinrichtung. Bei dem Rundgang begeisterten das futuristische Institut für Luft- und Raumfahrtmedizin „envihab“, der Sonnenofen und natürlich das Europäische Astronautenzentrum. Dort trainiert auch Astronaut **Alexander Gerst**, der im nächsten Jahr zu seiner zweiten ISS-Mission „Horizons“ startet - als Kommandant!

WDR-Besichtigung

Von der Maus bis zur Sportschau

Martin Dörmann besuchte mit einer 50-köpfigen Besuchergruppe Mitte Juli den WDR. Interessante Einblicke gab es zum Beispiel in verschiedene Studios und die Produktion von Hörspielen. Zudem diskutierte ich mit der Gruppe spannende Fragen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Vielen Dank an unsere charmanten und kenntnisreichen BegleiterInnen!

Hinter den Kulissen eines Auslandssenders

Besuch der Deutschen Welle in Bonn

Die Deutsche Welle steht weltweit für unabhängigen Journalismus und Meinungsfreiheit. Hierbei werden die Programmangebote in 30 Sprachen vorgestellt, mit denen die Deutsche Welle (DW) täglich Menschen in aller Welt, über Sprachgrenzen hinweg verbindet.

Mit einer 40-köpfigen Gruppe aus seinem Kölner Wahlkreis besuchte **Martin Dörmann** Anfang August den Standort Bonn. Auf dem Programm standen dabei eine Besichtigung der Studios und ein Blick in den Newsroom. Als besonderes Highlight diskutierte die Gruppe zudem mit dem stellvertretenden Intendanten **Guido Baumhauer**. Dieser freute sich, dass es, auch dank Martin Dörmanns unermüdlichem Einsatz, in der letzten Wahlperiode gelungen ist, den Auslandssender finanziell und programmlich deutlich zu stärken.

Martin Dörmann beim Kongress „SPOBIS Gaming & Media“

Im unmittelbaren Vorfeld der gamescom fand am 21. August auf dem Kölner Messegelände zum ersten Mal der Kongress SPOBIS Gaming & Media statt. Er brachte über 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Bereich der digitalen Spielewelt und der Sportwirtschaft zusammen. **Martin Dörmann** hatte sich im Vorfeld erfolgreich dafür eingesetzt, das Ereignis nach Köln zu holen. Zusammen mit **Dr. Tobias Schmid** (Direktor der LfM NRW) und **Dr. Pietro Fringuelli** nahm er als medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion selbst an einer Paneldiskussion zum Thema Rundfunklizenzen für Streaming-Angebote teil: „Wir wollen mediale Vielfalt erhalten und fördern – dafür brauchen wir auch die kreative Netzgemeinde. Daher sollten wir die bisherige Zulassungspflicht für Streaming-Angebote grundsätzlich abschaffen, um insbesondere kleine Anbieter nicht vor unnötige bürokratische Hürden zu stellen“.

Kölner Besuchergruppe in Berlin

Auf Einladung von Martin Dörmann war kürzlich wieder eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis für vier Tage zu Gast in Berlin. Bei der vom Bundespresseamt und dem Wahlkreisbüro Köln organisierten Fahrt gewann die Gruppe zahlreiche Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt. So besuchte sie beispielsweise den Berliner Standort Deutsche Welle. Die Gäste hatten die Möglichkeit, vor einer Livesendung das neue Studio zu besichtigen und durften einen Blick in den Newsroom werfen. Bei einer spannenden Diskussion mit Martin Dörmann am dritten Tag ging es um das Zukunftsprogramm der SPD, Erfolge in der großen Koalition und um wichtige Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

„Fraktion vor Ort“: Podiumsdiskussion mit Bernhard Daldrup, MdB

„Die SPD stärkt die Kommunen“

In ihrer Reihe "Fraktion vor Ort" hatten die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten Anfang Juli zu einer Diskussion in die Kölner Südstadt eingeladen. Gastreferent zum Thema "Für starke Kommunen – Entlastung für Städte und Gemeinden" war **Bernhard Daldrup, MdB**, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Nach der Begrüßung durch **Rolf Mützenich**, der im traditionsreichen Bürgerhaus Stollwerck den perfekten Ort für diese Veranstaltung sah, gab Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes** einen Überblick über die aktuellen Finanzhilfen des Bundes für Köln.

Bernhard Daldrup stellte an den Anfang seiner Ausführungen ein Zitat aus dem Wahlprogramm: "Die SPD ist die Kommunalpartei. Wir sind Anwältin der Kommunen. Finanziell handlungsfähige Kommunen sind die Grundlage guter Lebensqualität vor Ort und lebendiger, lokaler Demokratie." Diese Haltung belegte er durch die Darstellung der finanziellen Entlastungen und zusätzlichen Mittel, die den Kommunen in dieser Legislaturperiode zugewachsen seien. Dafür hätte in erster Linie die SPD gesorgt. So übernimmt der Bund nun beispielsweise die finanzielle Unterstützung der Menschen, die im Rentenalter ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Tasche finanzieren können oder denen durch eine Erwerbsunfähigkeit das Geld für alle notwendigen Ausgaben im Alltag fehlt. Dies entlastet die Kommunen bis 2018 um 25 Milliarden Euro. Auch stellt der Bund zusätzlich 6 Milliarden Euro bis Ende 2017 für die Finanzierung von Kinderkrippen, Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen bereit.

Daldrup zeigte anhand vieler weiterer Beispiele, wie die SPD die Kommunen entlastet hat. An diesen Weg, so Daldrup, wollen die Sozialdemokraten nach der Wahl anknüpfen. Die Investitionskraft der Kommunen soll weiter gestärkt werden, in dem sie von Sozialkosten entlastet werden und ihnen geholfen wird, ihre Altschulden abzubauen. Die Finanzquellen der Kommunen sind auch künftig unverzichtbar. Deshalb plant die SPD die Grundsteuer verfassungsfest zu reformieren und die Gewerbesteuer zu stabilisieren.

In der anschließenden Diskussion unter der Moderation von **Martin Dörmann** wurden von den Gästen diese und andere Themen aufgegriffen.

→ **Weitere Informationen zum Thema finden sich in der Broschüre „So stärken wir unsere Kommunen“ unter www.spdfraktion.de/system/files/documents/web-a6-bilanz-kommunen-062017.pdf**

Die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten luden ein:
Martin Dörmann, Karl Lauterbach, Elfi Scho-Antwerpes, Rolf Mützenich

Thorsten Schäfer-Gümbel kam zum Kulturempfang nach Köln

Kulturtalk mit Martin Dörmann und Elfi Scho-Antwerpes

Zahlreiche Gäste kamen am 12. Juli zu einem Kulturempfang in die Außenspielstätte des Schauspielhauses am Offenbachplatz. Eingeladen hatte das Kulturforum Köln, das deren Vorsitzende **Eva Bürgermeister** in ihrer Begrüßung kurz vorstellte. Man wolle sich in Kölner Kulturbelange einmischen und mit dem Empfang eine Brücke zur Bundeskulturpolitik schlagen. Hauptgast an diesem Abend war **Thorsten Schäfer-Gümbel**, Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie und stellv. SPD-Bundesvorsitzender. Er erläuterte die kulturpolitischen Schwerpunkte des Kulturforums und der SPD im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl.

Nach der Rede ging es in einen von **Mia Helmis** moderierten Talk, in den zwei Kölner SPD-Bundestagsabgeordnete einbezogen wurden, nämlich Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes** und **Martin Dörmann** als kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Dieser ging insbesondere auf die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler ein. Mit der Stabilisierung der Künstlersozialkasse und der verlängerten Rahmenfrist für kurzzeitig Beschäftigte habe man in dieser Legislaturperiode Erfolge vorzuweisen, die aber noch nicht ausreichten.

So müssten die Belange von Frauen im Kulturbereich noch stärker in den Fokus genommen werden, da sie strukturell benachteiligt seien. Ein erster Schritt sei die beschlossene paritätische Besetzung in Gremien der Filmförderung. Einig war sich die Runde, dass es Ziel sein müsse, die stark projektorientierte Kulturförderung auf breitere und sichere Beine zu stellen und dass dabei dem Bund eine stärkere Rolle zufalle, auch wenn der Kulturförderalismus nicht in Frage stehe.

Hauptlast der öffentlichen Kulturförderung tragen die Kommunen mit 45 Prozent. Hier müssten zusätzliche finanzielle Spielräume eröffnet werden. Die SPD wolle Kultur und Kreative stärken und habe dazu deutlich bessere und konkretere Vorstellungen als etwa die Union. Diese Thesen konnten dann bei den anschließenden Gesprächen weiter vertieft werden. Insgesamt war es ein kommunikativer Kulturempfang in schönem Rahmen, musikalisch begleitet vom **Duo Nob Sugino & Matthias Keul**.

Der SPD-Zukunftsplan von Martin Schulz

„Deutschland ist ein großartiges Land. Aber Deutschland kann mehr.“

Martin Schulz hat einen Zukunftsplan für Deutschland vorgelegt. Darin bestärkt und fokussiert er zentrale Forderungen des SPD-Wahlprogramms und beschreibt eine klare Agenda für ein modernes Deutschland. Nachfolgend dokumentieren wir das Vorwort und die Beschreibung der 10 wichtigsten Projekte.

Vorwort zum Zukunftsplan von Martin Schulz:

„In der Politik geht es nie ausschließlich um die Gegenwart, sondern vor allem um die Gestaltung der Zukunft. Politik braucht einen klaren Werte-Kompass, Begeisterung für die vor uns liegenden Chancen und ein realistisches Bild vom Alltag der Menschen in unserem Land. Daraus müssen Politikerinnen und Politiker ableiten, was sie anders machen wollen – je konkreter, desto besser. Denn nur wer sagt, was er will, kann glaubwürdig um Vertrauen werben.

Ich bin überzeugt: In Zeiten von großen Umbrüchen reicht es nicht aus, wenn sich die Politik einfach durchwurschteln will. Es reicht aber auch nicht aus, nur zu träumen. Deshalb stelle ich in diesem Zukunftsplan zehn sehr konkrete Vorhaben vor, die ich als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland anpacken will, um dieses Land gerechter und zukunftsfähiger zu machen.

Grundlage meines Zukunftsplans ist das Regierungsprogramm, das wir als SPD gemeinsam für die nächste Legislaturperiode beschlossen haben. In vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Unternehmen habe ich konkrete Punkte weiterentwickelt, die mir persönlich besonders am Herzen liegen. Einige Ziele werden nicht über die Dauer einer Wahlperiode erreicht werden können, für die Umsetzung mancher Projekte – gerade auf europäischer Ebene – wird es vielmehr einen langen Atem brauchen. Aber alle Vorhaben haben gemeinsam, dass man sie zügig angehen muss.

Und genau das werde ich tun. Ich möchte mich einsetzen für ein Land, in dem alle gute Arbeit haben, von der sie leben können. Für ein Land, in dem wir uns respektieren und wo wir zusammenhalten. Für ein Land, in dem aus guten Ideen innovative Produkte und Dienstleistungen werden, die die Welt von morgen besser machen. Für ein Land, das seinen Beitrag zu einem gerechteren Europa und zu Frieden und Stabilität in der Welt leistet. Dafür setze ich mich ein: Für das moderne Deutschland. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mich dabei unterstützen würden.

Ihr Martin Schulz.“

→ ***Der vollständige Zukunftsplan ist eingestellt unter: www.martinschulz.de/fileadmin/Dokumente/Regierungsprogramm/Das_moderne_Deutschland_20170716.pdf***

SPD setzt auf Gerechtigkeit

Die SPD setzt im Wahlkampf stark auf das Thema Gerechtigkeit. So gibt es für die heiße Wahlkampfphase eine „Gerechtigkeitskarte“ (Auszug unten), die zum Beispiel an den Infoständen verteilt werden soll. Sie fasst die 10 wichtigsten Ziele der SPD zum Thema zusammen.

Zeit für mehr Gerechtigkeit.

- **Arbeit:** Wir wollen gute Löhne und keine willkürliche Befristung. Das Chancenkonto gibt allen ein Recht auf Weiterbildung.
- **Bildung:** Wir erneuern unsere Schulen und wir schaffen ein Recht auf Ganztagsplätze an Grundschulen.
- **Familie:** Mit dem Familiengeld haben berufstätige Eltern mehr Zeit für ihre Kinder. Kita-Gebühren schaffen wir ab.
- **Rente:** Beiträge und Rentenniveau bleiben stabil. Mit uns gibt es kein höheres Renteneintrittsalter.
- **Lohngerechtigkeit:** Wir sorgen für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern.
- **Investitionen:** Wir investieren massiv in schnelles Internet, Mobilität und bezahlbare Wohnungen. So sichern wir Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land.
- **Steuern:** Wir schaffen den Soli ab und entlasten kleinere und mittlere Einkommen. Sehr Reiche und Vermögende leisten einen größeren Beitrag.
- **Gesundheit:** Wir sorgen für gleiche Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Mit der Bürgerversicherung schaffen wir die Zweiklassenmedizin ab.
- **Europa:** Wir machen Europa solidarischer und stärker. So sichern wir Frieden und Wohlstand.
- **Sicherheit:** Mit uns gibt es 15.000 zusätzliche Stellen bei der Polizei.

Mehr Infos zu unserem Programm: **zeit-für-mehr-gerechtigkeit.de**

„Berlin braucht mehr Rheinland!"

Davon sind die rheinischen SPD-Bundestagskandidaten von Kleve bis Koblenz überzeugt. Sie haben deshalb für die Endphase des Bundestagswahlkampfes ein eigenes Unterstützerplakat für den Rheinländer Martin Schulz in Druck gegeben und gemeinsam in Köln vorgestellt.

Editorial Berlin Depesche Nr. 108 (Oktober 2017)

Abschied vom Deutschen Bundestag

Ich blicke dankbar auf 15 spannende Jahre im Parlament und zahlreiche Begegnungen mit tollen Menschen zurück

Liebe Leserinnen und Leser,

dies ist die vorerst letzte Ausgabe meiner Wahlkreiszeitung „Berlin Depesche“, die ich als Bundestagsabgeordneter seit Beginn meiner Mandatstätigkeit 2002 herausgegeben habe. Immerhin 108 Ausgaben sind es bis heute geworden.

Mit 884 Stimmen Rückstand (0,6 Prozent) habe ich meinen Kölner Wahlkreis knapp verloren, nachdem ich ihn zuvor viermal gewinnen konnte. Glückwunsch an den CDU-Kandidaten Karsten Möring und an alle anderen gewählten Kölner Abgeordnete - in besonderer Weise an meine bisherigen Fraktionskollegen Rolf Mützenich und Karl Lauterbach. Schade, dass es auch Elfi Scho-Antwerpes nicht geschafft hat.

Den Ausgang der Bundestagswahl hätte ich mir natürlich in jeder Beziehung anders gewünscht. Der Einzug der AfD in das Parlament ist schlimm für die politische Kultur in unserem Land. Und das schlechteste SPD-Ergebnis bei einer Bundestagswahl ganz bitter.

Ich hätte gerne im Parlament mitgeholfen, die Sozialdemokratie wieder zu stärken und beim Kampf für mehr Gerechtigkeit und für unsere Demokratie zu unterstützen. Das mache ich nun von außerhalb.

Ich blicke dankbar auf 15 spannende Jahre im Bundestag zurück. In dieser Zeit habe ich wertvolle Erfahrungen sammeln können. Es war mir stets eine große Ehre, Köln und seine Menschen vertreten zu dürfen.

Vielen Dank an alle, die mich gewählt und auf diesem Weg unterstützt haben! In besonderer Weise danke ich den SPD-Mitgliedern in Köln und meinem Mitarbeiterteam in Köln und Berlin. Ihr seid Spitze – es war eine tolle Zeit mit Euch!

Ich habe unterschiedliche Regierungskonstellationen erlebt. Am liebsten war mir natürlich die SPD-geführte Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, die wichtige gesellschaftspolitische Projekte umgesetzt hat.

Die darauf folgende Große Koalition hat immerhin die Banken- und Finanzkrise gut bewältigt – nicht zuletzt durch die Arbeit von Finanzminister Peer Steinbrück, Arbeitsminister Olaf Scholz und Außenminister Frank-Walter Steinmeier.

Schon damals wurde die gute Arbeit der SPD von den Wähler/innen nicht honoriert, so dass vier Jahre schwarz-gelber Stillstand und Rückschritt folgten.

Gerade in der ablaufenden Wahlperiode hat die SPD erneut wichtige Projekte vorangebracht: vom gesetzlichen Mindestlohn über Reformen bei Rente und Pflege bis hin zu mehr finanziellen Mitteln für Kommunen, Bildung und Infrastruktur. Dennoch fiel die Sozialdemokratie auf ein historisches Tief. Und die Union erzielte das schlechteste Ergebnis nach 1949. Dies muss man insgesamt als Misstrauensvotum gegen die Große Koalition auslegen, trotz guter Wirtschaftsdaten und einer Rekordzahl von Beschäftigten.

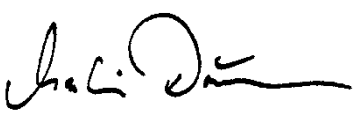
Der SPD bleibt deshalb gar nichts anderes übrig, als die Oppositionsrolle anzunehmen. Wir müssen und werden die nächsten vier Jahre nutzen, um uns programmatisch weiter zu entwickeln und neues Vertrauen aufzubauen.

In meinen persönlichen Arbeitsbereichen habe ich in den letzten Jahren einiges bewegen dürfen. Für viele Kölner Projekte konnte ich Bundesmittel organisieren. Unseren Auslandssender haben wir finanziell und personell deutlich gestärkt. Und auch auf meine Initiative hin stehen nun vier Milliarden Euro für den flächendeckenden Ausbau des schnellen Internets bereit. Die Arbeit hat sich also gelohnt. Diese Projekte lagen und liegen mir besonders am Herzen – ich hätte sie gerne weiter im Bundestag begleitet.

Wenn ich auf meine Zeit im Parlament zurückblicke, so bleiben mir vor allem die vielen Begegnungen mit tollen Menschen in Köln und Berlin in Erinnerung. Und im Wahlkreis habe ich mich stets getragen gefühlt. Deshalb verlasse ich den Bundestag mit viel Wehmut. Über die unzähligen, teilweise sehr emotionalen Rückmeldungen zu meinem Abschied habe ich mich sehr gefreut.

Nun wünsche ich vor allem den Mitgliedern der neuen SPD-Bundestagsfraktion alles Gute und viel Erfolg. Ich setze auf Euch. Glück auf!

Herzlichst



DIE ERGEBNISSE DER BUNDESTAGWAHL 2017

Martin Dörmann scheidet nach 15 Jahren aus dem Bundestag aus

Der Wiedereinzug wurde nach spannendem Wahlabend knapp verpasst

Viermal hatte **Martin Dörmann** den Wahlkreis Köln I seit 2002 direkt gewonnen. Bei der Bundestagswahl am 24. September verpasste er mit 884 Stimmen Rückstand (0,6 Prozent) gegenüber dem CDU-Kandidaten **Karsten Möring** den Wiedereinzug denkbar knapp.

Martin Dörmann konnte bei den Erststimmen gegenüber dem Zweitstimmenergebnis der SPD 6,7 % zulegen. Das reichte aber nicht ganz, um den Rückstand gegenüber der CDU aufzuholen. Möring profitierte offenbar auch davon, dass die FDP stark wuchs, im Wahlkreis mit 13 Prozent das drittbeste Zweitstimmenergebnis holte und deutlich mehr FDP-Wähler/innen ihre Stimmen splitteten als Wähler/innen von Grünen und Linken.

Die SPD-Abgeordnete **Elfi Scho-Antwerpes** verlor im Wahlkreis Köln II während die beiden Kölner SPD-Abgeordneten **Rolf Mützenich** (Köln III) und **Karl Lauterbach** (Köln IV/Leverkusen) ihre Wahlkreise wieder direkt gewinnen konnten. Die SPD- und CDU-Verluste bei den Erststimmen waren in den drei reinen Kölner Wahlkreisen I bis III sehr ähnlich.

Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

Erststimmen

Kandidaten	Prozent	Veränderung	Absolute Stimmen
Karsten Möring, CDU	**31,6**	**- 5,1**	**43.683**
Martin Dörmann, SPD	**31,0**	**- 6,0**	**42.799**
Hans Schwanitz, Grüne	**9,8**	**- 0,5**	**13.535**
Murat Yilmaz, Die Linke.	**8,6**	**+ 2,1**	**11.898**
Reinhard Houben, FDP	**7,7**	**+ 5,2**	**10.652**
Fabian Jacobi, AfD	**8,6**	**+ 5,7**	**11.952**
Sonstige	**2,7**	**-1,4**	**3.677**

Zweitstimmen

Partei	Prozent	Veränderung	Absolute Stimmen
CDU	**26,4**	**- 6,9**	**36.584**
SPD	**24,3**	**- 6,7**	**33.694**
Grüne	**11,4**	**- 0,8**	**15.785**
Die Linke.	**11,0**	**+ 2,9**	**15.257**
FDP	**13,0**	**+ 7,5**	**18.058**
AfD	**8,9**	**+ 4,8**	**12.282**
Sonstige	**5,0**	**-0,8**	**6.971**

Bundestagswahlkreise in Köln (Erststimmen)

Wahlkreis / gewählter Kandidat	SPD	**CDU**	**GRÜNE**	**Die Linke.**	**FDP**	**AfD**
93 Köln I (Karsten, Möring, CDU) Porz, Kalk, nördliche Innenstadt	31,0 % (- 6,0)	**31, %** (- 5,1)	9,8 % (- 0,5)	8,6 % (+ 2,1)	7,7 % (+ 5,2)	8,6 % (+5,7%)
95 Köln II (Prof. Dr. Heribert Hirte, CDU) Rodenkirchen, Lindenthal, südl. Innenstadt	26,9 % (- 6,0)	**34,9 %** (- 5,1)	14,6 % (+ 0,1)	8,0 % (+ 2,8)	9,1 % (+ 6,4)	4,6 % (+ 2,5)
96 Köln III (Dr. Rolf Mützenich, SPD) Ehrenfeld, Nippes, Chorweiler	**32,3 %** (- 7,0)	27, 6 % (- 5,3)	13,2 % (+ 0,3)	9,7 % (+ 1,9)	7,1 % (+ 4,9)	7,5 % (-)
102 Köln IV (Prof. Dr. Karl Lauterbach, SPD) Mülheim, Stadt Leverkusen	**38,7 %** (- 2,7)	30,8 % (- 8,5)	5,7 % (- 1,5)	6,1 % (+ 0,4)	6,6 % (+ 4,3)	8,7 % (-)

→ **Nähere Informationen zu den Wahlergebnissen in Köln unter:**
wahlen.stadt-koeln.de

Köln

Zwei von vier Wahlkreisen gehen an die SPD - weitere fünf Abgeordnete über Liste gewählt

Beim Zweitstimmenergebnis liegt die CDU erneut vor der SPD. Dennoch gewinnen die Sozialdemokraten zwei von vier Wahlkreisen. Als Kölner Bundestagsabgeordnete wurden direkt gewählt:

Karsten Möring (CDU, Wahlkreis 93), **Prof. Dr. Heribert Hirte** (CDU, WK 94), **Dr. Rolf Mützenich** (SPD, WK 95) und **Prof. Dr. Karl Lauterbach** (SPD, WK 101).

Insgesamt ist Köln zukünftig mit 10 Bundestagsabgeordneten vertreten (bisher: 11). Neben den o. g. direkt gewählten Abgeordneten ziehen über die jeweilige Parteiliste zusätzlich in den Bundestag ein:

Stimmergebnis in der Stadt Köln **(Zweitstimmen)**

Partei	Prozent	Veränderung
CDU	26,38	- 6,62
SPD	23,00	- 6,79
FDP	13,78	+ 7,76
Grüne	13,55	- 0,58
Die Linke	11,47	+ 3,37
AfD	7,25	+ 3,70
Sonstige	4,58	- 0,83

Reinhard Houben (FDP), **Katharina Dröge** (GRÜNE), **Sven Lehmann** (GRÜNE), **Matthias Birkwald** (Die Linke), **Fabian Jacobi** (AfD) und **Jochen Haug** (AfD).

Nicht mehr ins Parlament gewählt wurden die bisherigen Abgeordneten Martin Dörmann (SPD), Elfi Scho-Antwerpes (SPD), Gisela Manderla (CDU), Helmut Nowak (CDU) und Volker Beck (GRÜNE).

Stimmergebnisse in den 4 Kölner Bundestagswahlkreisen (Zweitstimmen)

Wahlkreis	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	AfD
93 Köln I Porz, Kalk, nördliche Innenstadt	24,30 % (- 6,67)	26,39 % (- 6,94)	11,39 % (- 0,81)	13,03 % (+ 7,53)	11,01 % (+ 2,87)	8,86 % (+ 4,78)
94 Köln II Rodenkirchen, Lindenthal, südl. Innenstadt,	19,53 % (- 6,80)	28,50 % (- 6,97)	15,54 % (- 0,11)	17,13 % (+ 9,00)	10,71 % (+ 3,78)	5,06 % (+ 1,81)
96 Köln III Ehrenfeld, Nippes, Chorweiler	24,64 % (- 6,88)	24,41 % (- 6,16)	14,03 % (- 0,87)	11,27 % (+ 6,75)	12,79 % (+ 3,56)	7,85 % (+ 4,63)
102 Köln IV Mülheim, Stadt Leverkusen	26,87 % (- 6,53)	24,53 % (- 6,06)	11,12 % (- 0,98)	11,12 % (+ 6,71)	11,70 % (+ 2,86)	9,01 % (+ 5,00)

Wahlbeteiligung: 75,8 % (+ 3,3 %)

NRW

CDU weiterhin vor SPD

Insgesamt ziehen für die SPD 41 Abgeordnete aus NRW in den Bundestag ein. Bisher waren es 52.

Wahlbeteiligung: 75,4% (+ 2,9 %)

→ Nähere Infos unter: www.wahlergebnisse.nrw.de

Stimmergebnis in NRW **(Zweitstimmen)**

Partei	Prozent	Veränderung
CDU	32,6	- 7,1
SPD	26,0	- 5,9
FDP	13,1	+ 7,9
AfD	9,4	+ 5,5
Grüne	7,6	- 0,4
Die Linke	7,5	+ 1,3
Sonstige	3,8	- 5,2

Bund

Deutliche Verluste bei Union und SPD – FDP und AfD ziehen in den Bundestag ein

→ Nähere Infos unter: www.bundeswahlleiter.de

Stimmergebnis im Bund (Zweitstimmen)

Partei	Prozent	Veränderung
CDU/CSU	**33,0**	**- 8,6**
SPD	**20,5**	**- 5,2**
AfD	**12,6**	**+ 7,9**
FDP	**10,7**	**+ 6,0**
Die Linke	**9,2**	**+ 0,6**
Grüne	**8,9**	**+ 0,5**

Wahlbeteiligung: 76,2 % (+ 4,6 %)

Sitzverteilung

Partei	Sitze	Veränderung
CDU/CSU	**246**	**- 65**
SPD	**153**	**- 40**
AfD	**94**	**+ 94**
FDP	**80**	**+ 80**
Die Linke	**69**	**+ 5**
Grüne	**67**	**+ 4**
GESAMT	**709**	**+ 79**

Interview mit Martin Dörmann zum Wahlausgang im Kölner Wahlkreis

Aus: Kölnische Rundschau, 26. September

Der Rechtsanwalt **Martin Dörmann** (55) saß seit 2002 für die SPD im Bundestag. Viermal in Folge holte er den Wahlkreis 93 Köln I direkt, doch diesmal lag er 884 Stimmen hinter CDU-Kandidat **Karsten Möring** und verlor sein Mandat. **Michael Fuchs** sprach mit ihm.

Wie haben Sie den Wahlabend erlebt?

Ein Wechselbad der Gefühle. Erst kam der Schock über das schlechte Abschneiden der SPD und den Einzug der AfD in den Bundestag. Doch für mich persönlich sah es ja anfangs noch gut aus. Umso größer war dann die Enttäuschung, als klar wurde, dass es nicht reicht.

Hatten Sie eine Ahnung, wie die Wahl ausgehen wird?

Beim letzten Mal war es auch sehr knapp in meinen Wahlkreis, ich war also gewarnt, dass es eng werden würde. Aber ich war bis zuletzt überzeugt, dass ich wieder gewinnen kann.

Wir verdauen Sie das Ergebnis und den Verlust Ihres Mandats?

Da werde ich sicher noch eine Weile dran knabbern. Das tut weh. Von der Nominierung zum Direktkandidaten bis zum Wahltag vergehen ja rund anderthalb Jahre, in denen man sich mit aller Kraft für sein Ziel einsetzt, in denen man mit viel Herzblut kämpft. Und dann ist plötzlich alles auf einen Schlag vorbei. Das ist bitter. Bundestagsabgeordneter zu sein, ist für mich mehr als ein Beruf – ich war ein leidenschaftlicher Parlamentarier.

Was ärgert Sie am meisten?

Gerade angesichts des Erstarkens der AfD hätte ich sehr gerne daran mitgewirkt, im neuen Bundestag für die Demokratie zu streiten und mitzuhelfen, die SPD wieder nach vorne zu bringen.

Finden Sie es richtig, dass die SPD in die Opposition gehen will?

Ich glaube, dazu gibt es gar keine Alternative. Nach diesem desaströsen Ergebnis würden die Parteimitglieder keine große Koalition mehr mittragen. Die SPD hat in der Regierung viel Gutes für Deutschland bewirkt – etwa beim Mindestlohn, der Rente oder der finanziellen Hilfe für die Kommunen. Aber das ist leider nicht belohnt worden. Bei den Menschen ist das nicht genug angekommen.

Wie geht es für Sie persönlich weiter? Werden Sie wieder als Anwalt arbeiten?

Das weiß ich jetzt noch nicht. Ich wollte gewinnen und habe keinen konkreten Plan B. In den nächsten drei Wochen werde ich erst einmal alles regeln, was zu regeln ist – mit meinen Mitarbeitern sprechen, mein Bundestagsbüro auflösen und so weiter. Danach werde ich alles in Ruhe aufarbeiten und mir überlegen, welchen Aufgaben ich mich künftig widmen möchte.

Bleiben Sie in Köln?

Ja, Köln bleibt mein Lebensmittelpunkt, und hier werde ich mich auch weiterhin für meine Partei einsetzen. Aber meine Zweitwohnung in Berlin werde ich vorerst behalten. Schauen wir mal, was kommt.

Treten Sie 2021 noch mal an?

Es ist viel zu früh, sich darüber jetzt Gedanken zu machen.

Was muss sich aus Ihrer Sicht in der SPD ändern – auch in Köln?

Wir haben ein gutes Programm, und die Partei ist so geschlossen wie selten zuvor. Wichtig ist jetzt, dass wir unsere breite Vertrauensarbeit vor Ort weiter intensivieren. Ob Bildung, Arbeitsmarkt oder Pflege, um nur einige Themen zu nennen: Die SPD hat gute Konzepte. Jetzt müssen wir unsere Verankerung bei den Menschen vor Ort weiter vorantreiben. Das wird nicht einfach. Aber die Partei ist hochmotiviert.

IMPRESSIONEN: WAHLKAMPF UND SOMMERPROGRAMM 2017

Von Juli bis September bot Martin Dörmann verschiedene Besichtigungen und Veranstaltungen im Rahmen seines Sommerprogramms an. Die letzten Wochen waren zudem geprägt von Diskussionen, Hausbesuchen, Infoständen und anderen Aktivitäten in einem intensiven Wahlkampf. Nachfolgend einige Fotoimpressionen.

Bei der Podiumsdiskussion am Ursulinengymnasium mit den Bundestagskandidaten (v.l.): Murat Yilmaz (Die Linke), Hans Schwanitz (Grüne), Martin Dörmann (SPD) Karsten Möring (CDU) und Reinhard Houben (FDP)

SPD

SPD

Hoffel Ablsch

Intensive Diskussion zum Thema Rechtspopulismus

Martin Dörmann im Gespräch mit Wolfgang Thierse und Frank Decker

Zahlreiche Interessierte waren Ende August der Einladung von **Martin Dörmann** ins Parteihaus der KölnSPD gefolgt. Zusammen mit **Wolfgang Thierse** und dem Politikwissenschaftler **Prof. Frank Decker**, die beide in der SPD-Grundwertekommission mitarbeiten, diskutierte er zum Thema: „Werte in der Demokratie – Was tun für Zusammenhalt und gegen Rechtspopulismus?“.

In seiner Begrüßung zitierte Martin Dörmann aus der Antrittsrede von Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier**: „Populisten erhitzen die öffentliche Debatte durch ein Feuerwerk von Feindbildern, laden ein zum Kampf gegen das sogenannte Establishment und verheißen eine blühende Zukunft nach dessen Niedergang. Es gibt in Deutschland keinen Grund für Alarmismus. Das nicht. Aber ich sage mit Blick auf das, was sich da am Horizont auftut, mit ganz großer Ernsthaftigkeit: Wir müssen über Demokratie nicht nur reden – wir müssen wieder lernen, für sie zu streiten! Darum geht es.“

Es folgte ein Impulsvortrag von Wolfgang Thierse zum derzeitigen Zustand der Demokratie in Deutschland hielt. Dieser wies auf eine beunruhigende Entwicklung hin: seit der Euphorie vor 25 Jahren nach Ende der deutschen Teilung und des Ost-West-Konflikts blickten viele Bürger heute sehr viel pessimistischer in die Zukunft, und das obwohl es ihnen wirtschaftlich so gut wie nie gehe.

Thierse benannte einige Entwicklungen, die er dafür verantwortlich machte: als Folge von Globalisierung und Digitalisierung sei eine Entgrenzung nicht nur der Wirtschafts- und Finanzmärkte, sondern auch der Migration eingetreten. Dies habe letztlich bei vielen Bürgern zu einem Gefühl des Kontrollverlustes über das eigene Schicksal und der Sehnsucht nach einfachen Lösungen geführt. Gerade hier müsse man sich aber vergegenwärtigen, dass Demokratie eben keine einfachen Lösungen bereithalte, sondern vielmehr ein Wettstreit um die besten Ideen darstelle. An dieser Stelle versage Kanzlerin Merkel, so Thierse abschließend, da sie sich keiner inhaltlichen Debatte im Wahlkampf stelle.

Prof. Frank Decker stellte dabei zunächst die große Stabilität der Parteiendemokratie der Bundesrepublik heraus, in der es Umwälzungen durch „Bewegungen“ wie jüngst in den Vereinigten Staaten oder Frankreich noch nicht gebe. Allerdings habe die Union durch Abschwächung ihres wirtschaftsliberalen Kurses bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Liberalisierung Raum im rechten Spektrum geschaffen und den Sozialdemokraten in der Großen Koalition eigene Profilierungsmöglichkeiten genommen. Als dann das Publikum in die Gesprächsrunde eingebunden wurde, entwickelte sich eine lebhafte Diskussion.

„Kommandant Alexander Gerst meets Lessing-Gymnasium“

Martin Dörmann brachte den Astronauten mit Schülergruppe zusammen

Auf Initiative von Martin Dörmann besuchte eine 60-köpfige Schülergruppe mit Schwerpunkt Physik das Europäische Astronautenzentrum auf dem Gelände des DLR. Höhepunkt war das Treffen mit unserem deutschen Astronauten Alexander Gerst. Er gab Einblicke in seine Erfahrungen auf der Internationalen Raumstation ISS mit der Mission "blue dot". Seine neue Weltraummission "Horizons" wird er nächstes Jahr sogar als Kommandant führen. Herzlichen Dank für die spannende Diskussion – und viel Erfolg für die gesamte Crew!

Sommerempfang im Bürgerbüro Porz

Ausstellungseröffnung mit Bildern von Gabriele Matzantke

„Mit meinen Bildern will ich einfach Lebensfreude zu den Menschen bringen.“ **Gabriele Matzantke** (Foto) brachte auf den Punkt, was die zahlreichen Gäste der Ausstellungseröffnung empfanden. Beim Sommerempfang von **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** im SPD-Bürgerbüro Porz gab es jedenfalls große Begeisterung für die tollen Bilder der Künstlerin mit Dom- und Tiermotiven - und eine prima Stimmung bei allen Beteiligten.

Martin Dörmann mit dem Mitarbeiterteam im Bürgerbüro Porz beim Sommerempfang (v.l.): Florian Pranghe, Nadesha Dietz, Tim Cremer

artenlust

Sparka

SPD

Bürgerbüro Kalk
SPD

Bürgerdialog mit Heiko Maas und Martin Dörmann

Das war ein munterer Bürgerdialog in Form eines Townhall-Meetings, also ohne große Reden. In der vollbesetzten Glashütte, dem Jugendzentrum in Porz, standen Martin Dörmann und Heiko Maas den zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort. Angesprochen wurde eine Vielzahl von Themen: soziale Gerechtigkeit, Diesel, Datenschutz, öffentliche Sicherheit und nicht zuletzt auch die Perspektiven von Jugendlichen, die sich aktiv mit einbrachten.

Besuch bei den Alexianern mit Ulla Schmidt

Mit Ulla Schmidt besuchte Martin Dörmann die Alexianer-Fachklinik für Psychiatrie in Ensen. Die Bundestagsvizepräsidentin engagiert sich seit Jahrzehnten stark für Menschen mit Behinderung und ist Bundesvorsitzende der Lebenshilfe. Wir besichtigten das neue Zentrum für erworbene neurologische Erkrankungen, das beispielsweise Patienten mit unfallbedingten Hirnschädigungen betreut. Ein vorbildliches Gemeinschaftsprojekt der Lebenshilfe mit den Alexianern. Deren Geschäftsführer Peter Scharfe und Einrichtungsleiterin Elke Feuster führten die beiden SPD-Politiker. Ulla Schmidt nahm dabei gleich Anregungen für weitere gesetzliche Verbesserungen mit.

Kundgebung mit Martin Schulz in Köln

Talks mit Katarina Barley und den vier SPD-Bundestagsabgeordneten

Rund 5.000 Interessierte kamen drei Tage vor der Bundestagswahl zur starken Rede von **Martin Schulz** auf dem Heumarkt. Der SPD-Kanzlerkandidat zeigte sich kämpferisch und stellte konkrete Projekte für mehr soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt. Eingeleitet wurde die Kundgebung zuvor mit Musik sowie Talks mit **Katarina Barley**, **Alfonso Pantisano** und den vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Elfi Scho-Antwerpes**, **Martin Dörmann**, **Rolf Mützenich** und **Karl Lauterbach**. Zum Schluss gab es viel Beifall und lautstarke „Martin"-Rufe. Es war ein rundum gelungener, fröhlicher Abend.

Im Wahlkampf waren das Engagement und der Optimismus groß

Der Wahlabend war bitter für die SPD – auch in Köln

Die Künstlerin Gabriele Gamatz (Matzantke) malte zum Trost ein Glücksschwein für das Team Dörmann. Merci!

Vielen Dank an alle Unterstützer/innen für einen tollen, intensiven Wahlkampf!

Weitere Bilder und Kurzinfos auf: www.facebook.com/Martin.Doermann

Abschied aus der Fraktion mit Wehmut

Rote Bären als Abschiedsgeschenk für die ausscheidenden Fraktionsmitglieder

Am Dienstag nach der Bundestagswahl kamen die alten und neuen Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion zu einer gemeinsamen Sitzung im Reichstag zusammen. Abends feierten sie dann in „Clärchens Ballhaus“. Die ausscheidenden Mitglieder wurden verabschiedet und erhielten als Erinnerung einen roten Berliner Bären. Ein wehmütiger Moment für alle. Dennoch wurde auch viel gelacht.

Martin Dörmann: „Ich werde die tollen Kolleginnen und Kollegen sowie Mitarbeiterteams sehr vermissen. Zugleich freue ich mich über die unzähligen, sehr herzlichen Wünsche, die mich in den letzten Tagen erreichten. Vielen Dank dafür – und für die wunderbare Zusammenarbeit in den letzten 15 Jahren! Glücklicherweise darf ich hin und wieder als Gast an Fraktionssitzungen und Festen teilnehmen. Wir sehen uns also an der einen oder anderen Stelle wieder.“

Die neue SPD-Bundestagsfraktion

Andrea Nahles zur Fraktionsvorsitzenden gewählt

Die SPD-Bundestagsfraktion hat nun 153 Mitglieder, 40 weniger als in der ablaufenden Wahlperiode. Von den bisherigen Abgeordneten, die wieder kandidiert hatten, schafften 29 den Wiedereinzug ins Parlament nicht.

SPD-Bundestagsabgeordnete der 19. Wahlperiode nach Bundesländern

Baden-Württemberg (16)

Baehrens, Heike
Binding, Lothar
Breymaier, Leni
Castellucci, Lars
Esken, Saskia
Fechner, Johannes
Gerster, Martin
Juratovic, Josip
Katzmarek, Gabriele
Lange, Christian
Mast, Katja
Mattheis, Hilde
Rosemann, Martin
Schmid, Nils
Schwarzelühr-Sutter, Rita
Vogt, Ute

Bayern (18)

Bahr, Ulrike
Burkert, Martin
Brunner, Karl Heinz
Dittmar, Sabine
Grötsch, Uli
Hagl-Kehl, Rita
Heinrich, Gabriela
Kofler, Bärbel
Kramme, Anette
Post, Florian
Pronold, Florian
Rützel, Bernd
Schieder, Marianne
Schurer, Ewald
Schrodi, Michael
Schwarz, Andreas
Stamm-Fibich, Martina
Tausend, Claudia

Berlin (5)

Felgentreu, Fritz
Högl, Eva
Kiziltepe, Cansel
Mindrup, Klaus
Schulz, Swen

Brandenburg (4)

Freese, Ulrich
Schüle, Manja
Ziegler, Dagmar
Zierke, Stefan

Bremen (2)

Ryglewski, Sarah
Schmidt, Uwe

Hamburg (5)

Annen, Niels
Bartke, Matthias
Hakverdi, Metin
Kahrs, Johannes
Özoğuz, Aydan

Hessen (12)

Bartol, Sören
Dilcher, Esther
Franke, Edgar Konrad Hartmut
Gremmels, Timon
Lambrecht, Christine
Müller, Bettina
Nissen, Ulrike
Raabe, Sascha Markus
Rabanus, Martin Hermann
Roth, Michael
Schmidt, Dagmar
Zimmermann, Jens

Mecklenburg-Vorpommern (2)

Junge, Frank
Steffen, Sonja

Niedersachsen (20)

De Ridder, Daniela
Fahimi, Yasmin
Gabriel, Sigmar
Heil, Hubertus
Klingbeil, Lars
Lühmann, Kirsten
Marks, Caren
Mittag, Susanne
Miersch, Matthias
Mohrs, Falko
Möller, Siemtje
Oppermann, Thomas
Reimann, Carola
Rohde, Dennis
Saathoff, Johann
Schraps, Johannes
Spiering, Rainer
Stadler, Svenja
Tack, Kerstin
Westphal, Bernd

Nordrhein-Westfalen (41)

Arndt-Brauer, Ingrid
Bas, Bärbel
Bülow, Marco
Daldrup, Bernhard
Esdar, Wiebke
Freitag, Dagmar
Gerdes, Michael
Griese, Kerstin
Groß, Michael
Hartmann, Sebastian
Heidenblut, Dirk
Hellmich, Wolfgang
Hendricks, Barbara
Kaczmarek, Oliver
Kapschack, Ralf
Kelber, Ulrich
Klare, Arno
Korkmaz, Elvan
Lauterbach, Karl
Lindh, Helge
Moll, Claudia
Müntefering, Michelle
Mützenich, Rolf
Nietan, Dietmar
Özdemir, Mahmut
Poschmann, Sabine

Post, Achim
Rimkus, Andreas
Röspel, René
Schäfer, Axel
Schiefner, Udo
Schmidt, Ulla
Schulte, Ursula
Schulz, Martin
Schwabe, Frank
Schwartze, Stefan
Thews, Michael
Töns, Markus
Vöpel, Dirk
Wiese, Dirk
Yüksel, Gülistan

Rheinland-Pfalz (9)

Barley, Katarina
Barnett, Doris
Glöckner, Angelika
Held, Marcus
Herzog, Gustav
Hitschler, Thomas
Nahles, Andrea
Pilger, Detlev
Weber, Gabi

Saarland (3)

Maas, Heiko
Ortleb, Josephine
Petry, Christian

Sachsen (4)

Jurk, Thomas
Kolbe, Daniela
Müller, Detlef
Rüthrich, Susann

Sachsen-Anhalt (3)

Budde, Katrin
Diaby, Karamba
Lischka, Burkhard

Schleswig-Holstein (6)

Hagedorn, Bettina
Hiller-Ohm, Gabriele
Rossmann, Ernst Dieter
Rix, Sönke
Scheer, Nina
Stein, Mathias

Thüringen (3)

Kaiser, Elisabeth
Matschie, Christoph
Schneider, Carsten

In der ersten Fraktionssitzung wurde **Andra Nahles** als Nachfolgerin von **Thomas Oppermann** zur neuen Vorsitzenden gewählt (Foto), **Carsten Schneider** zum 1. Parlamentarischer Geschäftsführer. Die weiteren personellen Entscheidungen werden in den nächsten Monaten getroffen, wenn fest steht, welche Bundestagsausschüsse gebildet werden. Die konstituierende Sitzung des Bundestages findet spätestens am 24. Oktober statt. Dann treten die neuen Abgeordneten auch formal ihr Mandat an.

Interview mit Martin Dörmann in der Zeitschrift „pro media“(Nr.9/2017)

„Eine Enquete-Kommission zur Medienregulierung könnte hilfreich sein“

Der kultur- und medienpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Martin Dörmann** betrachtet mit Sorge aktuelle Entwicklungen bei der Sicherung der Meinungsvielfalt: Zum einen sei der klassische Journalismus ökonomisch und strukturell unter Druck geraten. Und das in einer Zeit, in der er besonders gebraucht werde. Zum anderen müsse ein Rückgang der Zeitungsauflagen und der publizistischen Einheiten verzeichnet werden. Es gäbe im Moment keinen großen Zeitungsverlag, der mit seinen zusätzlichen Angeboten im Internet schwarze Zahlen schreibt. Problematisch seien auch der wachsende Einfluss von Intermediären auf die Meinungsbildung sowie die automatisierte Erstellung von Inhalten. „Wie kommen wir angesichts der dynamischen Entwicklungen der Medienwelt zu angemessenen Regulierungsregeln, die Vielfalt sichern, flexibel sind und gleichzeitig Planungssicherheit bieten?“, so die Frage, die den SPD-Medienpolitiker in diesem Zusammenhang bewegt.

promedia: Herr Dörmann, wie bewerten Sie insgesamt die Medien- und Informationsvielfalt und auch die Möglichkeit des Einzelnen, davon uneingeschränkt Gebrauch zu machen?

Dörmann: Das Internet hat die Medien und Informationsvielfalt vergrößert und den Zugang zu Informationen grundsätzlich erleichtert. Das ist gut, bringt jedoch auch neue Herausforderungen mit sich. Teile der Kommunikation im Netz konzentrieren sich stark auf wenige Plattformen und soziale Medien als „Gatekeeper“. Das bringt zumindest die potenzielle Gefahr mit sich, dass private Unternehmen den Informationsaustausch nach ihren eigenen Regeln und Interessen bestimmen. Die Rolle des Journalismus hat sich zudem verändert. Der klassische Journalismus ist ökonomisch und strukturell unter Druck geraten. Und das gerade in einer Zeit, in der er besonders gebraucht wird. Denn die unüberschaubare Menge an wahren oder auch falschen Informationen im Internet muss bewertet, sortiert und eingeordnet werden. Gerade deshalb braucht es einen qualitativ hochwertigen Journalismus, um einen breiten demokratischen Diskurs zu unterstützen.

promedia: Die Zahl der Tageszeitungen, ihrer redaktionellen Ausgaben und der publizistischen Einheiten mit eigenem Mantelteil nimmt stetig ab. 60 Prozent der verkauften Auflage entfällt auf die 10 größten Verlagsgruppen. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?

Dörmann: Das sind keine Zahlen, über die sich ein Medienpolitiker freuen kann. Einerseits muss man natürlich akzeptieren und sich darauf einstellen, dass sich schlicht die Nachfrage für das Format der Tageszeitung verringert hat. Andererseits bin ich aber auch der festen Überzeugung, dass es prinzipiell ein großes gesellschaftliches Bedürfnis für gute und vielfältige journalistische Produkte gibt.

promedia: Sollte die Politik aktiv werden, um diesem Trend entgegenzuwirken?

Dörmann: In erster Linie liegt es an den Medienschaffenden, die eigenen Produkte so attraktiv zu gestalten, dass sie nachgefragt werden. Der Journalismus in Deutschland leistet im internationalen

Vergleich durchaus gute Arbeit. Gleichzeitig glaube ich, dass noch mehr möglich ist. Dabei ist es sicherlich ratsam, kreativ zu sein, neue Wege zu gehen und noch stärker auf das sich verändernde Nutzerverhalten einzugehen. Es gibt nun Bezahlangebote im Internet, die sukzessive angenommen werden. Richtig ist aber auch, dass es im Moment keinen großen Zeitungsverlag gibt, der mit seinen zusätzlichen Angeboten im Internet schwarze Zahlen schreibt, so dass dort noch eine Quersubventionierung durch Print stattfindet. Wir sind also in einer Übergangsphase. Die Politik sollte insofern unterstützend tätig sein, um die wirtschaftliche Grundlage der Zeitungsverlage zu stabilisieren. Hier hat die Große Koalition zuletzt mit Änderungen beim Wettbewerbsrecht einen wichtigen Schritt gemacht. Den Presseverlagen wurde es erleichtert, im Vertrieb und bei der Anzeigenvermarktung zusammenzuarbeiten, um die wirtschaftliche Basis zu festigen. Die redaktionelle Ebene wurde dabei nicht berührt. So soll verhindert werden, dass Redaktionen aus ökonomischen Zwängen heraus zusammengelegt werden und die Medienvielfalt dadurch eingeschränkt wird.

promedia: Der Anteil der Werbeeinnahmen der Medien hat sich seit dem Jahr 2000 mehr als halbiert. Werden zu oft sogenannte Verbraucherinteressen, wie z.B. die erlaubte Nutzung von Adblockern, über die wirtschaftlichen Interessen der Medien gestellt?

Dörmann: Es gibt ein grundlegendes Spannungsfeld zwischen individueller Freiheit einerseits und dem Schutz der kreativen Leistungen im Netz andererseits. In dieser Legislaturperiode hatten wir im Bundestagsausschuss ein lehrreiches Fachgespräch zum Thema Adblocker. Zuvor war ich eher der Ansicht, dass regulatorische Eingriffe zu dessen Verbot noch nicht gerechtfertigt sind. Das sehe ich heute anders. Wenn Zeitungsverlage ihre Titel nicht durch Bezahlschranken sondern durch Werbung finanzieren, werden solche Geschäftsmodelle ausgehebelt, wenn die meisten User Adblocker nutzen. Das kann nicht im Sinne der Medienvielfalt und einer fairen Finanzierung von Journalismus sein. Und damit langfristig auch nicht im Interesse der User.

promedia: Schwierigkeiten bereitet immer noch die Einordnung von neuen Intermediären und Plattformen in den derzeitigen Ordnungsrahmen. Kann das angesichts der Bedeutung des Internets für die Meinungsbildung so bleiben,

dass die Politik die Schaffung einer digitalen Ordnung den Gerichten überlässt?

Dörmann: Tatsächlich ist die Gestaltung eines angemessenen, modernen Ordnungsrahmens für Intermediäre und Plattformen meiner Meinung nach ein zentrales Thema der nächsten Jahre, das die Gesetzgebung in Europa, im Bund und in den Ländern berührt. Die neue Medienwelt zeichnet sich ja dadurch aus, dass bisherige Einordnungen oft nicht mehr richtig stimmen aber auch noch nicht obsolet geworden sind, dass es neue Kommunikationsformen und Anbieter gibt, auf die alte Muster nicht ganz passen und dass sich die Ebenen oft überlappen und nicht trennscharf sind.

Vor diesem Hintergrund war es richtig, dass Bund und Länder sich in einer gemeinsamen Kommission zur Medienkonvergenz zusammengefunden haben, um insgesamt eine bessere Abstimmung des Ordnungsrahmens zu ermöglichen. Da gab es gute Ansätze, aber letztlich sind wichtige Fragen noch offengeblieben und auf der weiteren Strecke zu lösen. Die Plattformregulierung soll nun beim nächsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag Rundfunkänderungsstaatsvertrag angegangen werden. Es ist übrigens verständlich, dass man sich hier schwer tut. Schließlich muss man sich immer zweimal überlegen, ob man im Netz etwas regulieren will. Und die Frage, ob eine Regelung sich zu Gunsten oder zu Lasten der Vielfalt auswirkt, ist oft nicht pauschalabstrakt zu beantworten. Insgesamt sind wir da in einem notwendigen und auch spannungsvollen Prozess.

promedia: Derzeit sind nur etwa 80 Prozent der deutschen Bevölkerung zumindest gelegentlich online. Die SPD fordert seit Jahren Schritte gegen eine digitale Spaltung der Gesellschaft. Was haben Sie bisher erreicht?

Dörmann: Vor 10 Jahren waren nur rund 60 Prozent online, insofern gibt es eine durchaus positive Tendenz. Gerade die Zahl der über 60-Jährigen, die im Netz aktiv sind, hat stark zugenommen. Ein Beispiel für eine wirkungsvolle Maßnahme sind Projekte der Stiftung Digitale Chancen unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend. Die Stiftung arbeitet mit dem Ziel, mehr Menschen für die Möglichkeiten des Internets zu interessieren und sie bei dessen Nutzung zu unterstützen.

Klar ist aber auch, dass eine weitere Verbesserung der digitalen Teilhabe notwendig ist. Die SPD fordert zum Beispiel, dass Volkshochschulen gerade für ältere Menschen gezielt Kurse zum Erwerb digitaler Kompetenzen anbieten. Auch wollen wir die digitale Ausstattung von Schulen weiter verbessern. Und nicht zuletzt geht es um den flächendeckenden Ausbau des schnellen Internets für alle Haushalte. Da konnten wir in der ablaufenden Legislaturperiode erstmals vier Milliarden Euro Fördergelder vom Bund durchsetzen. Diesen Weg gilt es weiter auszubauen und zu forcieren.

promedia: Die dominante Stellung von Plattformen, die detaillierte Daten über Nutzer und ihre Präferenzen, Aktivitäten oder Einstellungen verwenden, greift tief in die Strukturen gesellschaftlicher Öffentlichkeit ein. Benötigt man dazu ein Aufsichtsgremium, den Landesmedienanstalten vergleichbar?

Dörmann: Bei den angesprochenen Plattformen sind ja meist mehrere Rechtsbereiche betroffen, sei es Daten- und Verbraucherschutz, das Strafrecht, die Medienvielfaltsicherung oder Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht. Da wäre es auch unter kompetenzrechtlichen Gesichtspunkten eher schwierig, ein einheitliches Aufsichtsgremium zu konzipieren. Entscheidend ist daher die Erarbeitung gemeinsam getragener Grundsätze, die dann auf den verschiedenen gesetzlichen und politischen Ebenen umgesetzt werden müssen. Das ist kompliziert aber wohl unvermeidlich.

promedia: Was halten Sie von Überlegungen, soziale Netzwerke wie Facebook als Medium zu behandeln, damit sie dem Presserecht und damit auch der entsprechenden Verantwortlichkeit unterliegen?

Dörmann: Zwischen beiden Welten gibt es zunehmend Berührungspunkte, insbesondere hinsichtlich der kommunikativen Wirkung. Es gibt aber auch Unterschiede. Soziale Netzwerke wie Facebook lassen sich nicht ohne weiteres mit der Redaktion einer Tageszeitung oder eines Rundfunksenders vergleichen. Eine Redaktion arbeitet recherchierend-journalistisch, während Social Media-Angebote diese aufwendige und kostenintensive Arbeit im Normalfall nicht leisten, stattdessen aber private Kommunikation untereinander ermöglichen.

Gleichwohl lässt sich nicht von der Hand weisen, dass soziale Netzwerke, Plattformen und Instant-Messaging-Dienste eine wachsende Bedeutung bei der Weiterverbreitung von Meinungen und von journalistischen Inhalten haben und damit zunehmend meinungsrelevant werden. Damit fällt den Anbietern zwangsläufig eine gesellschaftliche Verantwortung zu, der sie gerecht werden sollten. Deshalb ist eine offene Debatte darüber, ob selbstregulierte Ansätze ausreichen oder ob es zusätzliche gesetzliche Regeln geben sollte, zu begrüßen.

promedia: Bei den jüngeren Nutzern werden Online-Angebote zu einer der Hauptnachrichtenquelle. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Medienpolitik?

Dörmann: Auf der Empfängerseite geht es um die umfassende Unterstützung von Medienkompetenz, um die Einordnung und womöglich die Relativierung von Informationen aus dem Netz zu verbessern, etwa in Bezug auf Fake News. Auf der Senderseite, also den Inhalteanbietern, geht es um ein möglichst vielfältiges und qualitativ gutes Angebot. Dazu gehört beispielsweise aus meiner Sicht, dass wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk über einen erweiterten Telemedienauftrag in die Lage versetzen sollten, seine Inhalte besser als bisher auch online anzubieten und Programme zu entwickeln, die dort von Jüngeren tatsächlich genutzt werden.

promedia: Die automatisierte Erstellung von Inhalten gewinnt an Bedeutung. Welche medienpolitischen Konsequenzen hat das?

Dörmann: Auch hier zeigt sich, dass viele digitale Entwicklungen zwei Seiten haben. Einerseits ermöglicht die automatisierte Erstellung von Inhalten einen Mehrwert durch einen schnelleren und umfassenderen Zugriff auf Informationen. Andererseits wird dadurch möglicherweise die Tendenz von selbstreferenziellen Kommunikationsräumen unterstützt, weil der Nutzer nur noch das zu lesen bekommt, was seiner Meinung ohnehin entspricht. Das wäre

dann aber eine große Gefahr für die eigentlich notwendige breite und differenzierte gesellschaftliche Debatte zu kontroversen Themen. Deshalb brauchen wir auch insofern Medienkompetenz der Nutzer und Transparenz darüber, wie Inhalte zusammengestellt werden. Insofern geht es also zunächst um Regeln, die diese Transparenz sicherstellen.

promedia: Im Hinblick auf die derzeitigen Regelungsstrukturen ist beobachtbar, dass die private Normsetzung in digitalen Räumen an Bedeutung zunimmt. Wo liegen die Grenzen der „öffentlichen Angelegenheiten", die in den Verantwortungsbereich des Staates fallen, und den rein privaten Angelegenheiten, die seiner Gestaltung grundsätzlich entzogen sind?

Dörmann: Die Vertragsfreiheit ist ein hohes Gut. Der Staat sollte zudem zurückhaltend sein, Internetentwicklungen lenken zu wollen. Aber je größer die Bedeutung oder gar Dominanz eines Angebotes im Kommunikationsraum ist, desto eher besteht ein – abgestufter – Regulierungsbedarf. Er fängt mit Transparenzgeboten an – der Nutzer muss wissen, worauf er sich einlässt. Wo ein Missverhältnis der Vertragsbeziehung besteht, muss er verbraucherrechtlich geschützt werden, etwa in Bezug auf seine privaten Daten. Und marktmächtige Unternehmen müssen diskriminierungsfrei agieren.

promedia: Es fehlt nach wie vor ein zentrales Datenrepositorium medienbezogener Entwicklungen. Sollte ein solches Medienregister bei der Staatsministerin für Kultur und Medien aufgebaut werden?

Dörmann: Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich von Anfang an für den Aufbau einer umfassenden Mediendatenbank eingesetzt. Diesbezügliche Vorarbeiten des Bundes sind inzwischen von den Landesmedienanstalten übernommen worden. Diese führen und veröffentlichen nun einen Medienkonvergenzmonitor – bestehend aus den beiden Elementen Medien- VielfaltsMonitor und Datenbank.

Auch gibt es Studien zur Meinungsrelevanz von Sozialen Medien. Nun gibt es aktuell Überlegungen, alles in einen jährlichen Bericht zur Lage der Medien- und Meinungsvielfalt auszubauen. Ein Vorhaben, das ich für sinnvoll halte und nachdrücklich unterstütze.

promedia: Was halten Sie von dem Vorschlag des Hans-Bredow-Instituts eines „Medienboards", mit Vertretern von Bund und Ländern, inklusive der jeweils sachthematisch einschlägigen Behörden?

Dörmann: Eine bessere Abstimmung in medienrelevanten Fragen sowohl innerhalb der Bundesregierung als auch im Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern ist sehr wünschenswert. Einer der zentralen Diagnosen des HBI-Gutachtens ist, dass wir derzeit eine Mediatisierung aller Lebensbereiche beobachten können. Weil das so ist und unsere heutige Medienwelt so komplex geworden ist, sind meist unterschiedliche Ebenen betroffen. Da ist ein intensiverer Austausch als heute notwendig. Die Grundidee ist also richtig. Dabei halte ich es allerdings auch für sinnvoll, Parlamentarier stärker einzubinden, die mit wirtschafts-, netz- und medienpolitischen Themen befasst sind, anders als es zuletzt bei der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz der Fall war.

Das war eine reine Regierungsveranstaltung. Im Bereich der Energie- und Telekommunikationsregulierung gibt es hingegen das positive Beispiel des Beirates bei der Bundesnetzagentur. Das ist ein im Wesentlichen beratendes Gremium, das sich aus Vertretern der Landesregierungen und Abgeordneten des Bundestages zusammensetzt, was sich durchaus bewährt hat. An einem solchen Modell könnte man sich grob orientieren. Schließlich geht es nicht nur um exekutive Entscheidungen, sondern auch um gesetzliche Rahmenbedingungen, über die das Parlament entscheidet.

promedia: Da die Innovation im Bereich der Regulierung nicht Schritt hält mit der im Bereich von Technik und Wirtschaft schlägt das Gutachten des Hans-Bredow- Instituts, ein „Governance Lab" vor, indem neue Lösungen erarbeitet werden, die allen Ministerien und Parlamenten zur Verfügung gestellt werden. Was halten Sie von dieser Idee?

Dörmann: Das Gutachten des Hans-Bredow- Instituts thematisiert durchaus zu Recht ein weiteres Spannungsfeld. Wie kommen wir angesichts der dynamischen Entwicklungen der Medienwelt zu angemessenen Regulierungsregeln, die Vielfalt sichern, flexibel sind und gleichzeitig Planungssicherheit bieten? Ob hierfür ein „Governance Lab" hilfreich sein kann, hinge sicherlich von der konkreten Ausgestaltung ab.

Beim Bundeswirtschaftsministerium gibt es ja im Hinblick auf bestimmte Prozesse der digitalen Transformation konkrete Überlegungen für eine Digitalagentur, auch um dynamisch verlaufende Entwicklung wissenschaftlich zu analysieren und kontinuierlich im Sinne einer Technikfolgeabschätzung zu begleiteten. Dort könnte man Themen integrieren, die den Medienbereich betreffen.

Hilfreich könnte zudem die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur „Medienentwicklung und -regulierung" sein. Sie müsste versuchen, eine Brücke zu schlagen zwischen den Ebenen Bund und Länder, Regierung und Parlament sowie der wirtschaftlich-technischen Entwicklung und modernen Regulierungsansätzen. Man könnte teilweise an die Arbeit der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft" von 2010 bis 2013 anknüpfen, dabei aber den Fokus neu konkretisieren.

Die damalige Enquete hat immerhin unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten dazu beigetragen, dass die dort angesprochenen Themen breiter diskutiert wurden, sich die Bundesregierung ein Arbeitsprogramm „Digitale Agenda" gegeben hat und hierzu ein eigener Bundestagsausschuss eingerichtet wurde. Wegen der besonderen Länderzuständigkeit im Bereich der Sicherung von Meinungsvielfalt müsste man diese sicherlich stark mit einbinden, um gemeinsam getragene Ansätze zu entwickeln. Es wäre doch schon ein sehr positives Signal, wenn sich alle Beteiligten auf einen solchen Weg einlassen könnten.

„Denkraum Medien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung

Diskussion zu politischer Inszenierung von Parteien auf Facebook-Seiten

Am 28. September ging es bei einer Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Kölner Mediapark um das Thema: "Politische Inszenierungen - Eine Inhalts-und Resonanzanalyse der Facebook-Seiten bundesdeutscher Parteien". Nach der Vorstellung einer aktuellen Studie hierzu diskutierten: **Dr. Jens Lucht** (Medienwissenschaftler am Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich/fög), **Martin Dörmann**, MdB (Sprecher für Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion), **Martin Giesler** (Journalist und Blogger) und **Jürgen Zurheide** (Moderator im Deutschlandfunk und WDR-Fernsehen) mit Moderatorin **Ulrike Winkelmann** (Redakteurin Deutschlandfunk).

Vielen Dank an das super Mitarbeiterteam in Köln und Berlin!

Martin Dörmann: „In meinen 15 Jahren als Bundestagsabgeordneter wurde ich stets von einem tollen, engagierten Mitarbeiterteam unterstützt. Deshalb an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle, die mich in dieser Zeit so eng begleitet haben! Ich wünsche Euch viel Glück für Eure weitere Zukunft! Ihr werdet Euren Weg machen. Wir bleiben in Kontakt.“

Das Team in den Kölner Bürgerbüros

Tim Cremer

Nadesha Dietz

Benedikt Dettling

Das Team im Berliner MdB-Büro

Stefan Stader

Mirko Vossen

Manuela Seifert

Das Team Kultur und Medien der SPD-Fraktion

Christian Freiesleben

Bedriye Umucu

Stephanie Weyand

Weitere/frühere Mitarbeiter/innen in Köln: Anton Gerber, Florian Pranghe, Anette Gebbert, Thomas Schwanstecher, Ralf Steinmeier, Rüdiger Kibilka, Ingo Jureck, Elke Heldt, Esther Frenzel, Assen Kochev, Benjamin Will, Claudio Kerst, Georg Cremer, Alexander Sebastiany, Sebastian Büttner, Renate Dinkelbach, Claudia Brock, Monika Breu.

Frühere Mitarbeiter/innen in Berlin: Chloé Frenzel, Dr. Marc Drögemöller, Dr. Matthias Dahlke, Ulrike Mühlberg, Friedericke Lösch, Michael Stamm, Daniel Läufer, Sabine Schmidt, Anja Möbus, Jens Zimmer, Marcel Röthig, Michael Kuhl, Caspar Kolster, Max Lehmann.

MARTIN DÖRMANN
TEAM 2017
Deutscher Bundestag

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MDB

Aufgabenschwerpunkte (18. Wahlperiode)

- Von 2002 bis 2017 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I
- Arbeitsschwerpunkte: Kultur, Medien, digitale Infrastruktur

Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (18.WP)

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen (Auswahl)

- Mitglied im Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Vorstand der SPD-Medienkommission

Die Büros in Berlin und Köln (Stand: September 2017)

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Besucheradresse:
Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam
Stefan Stader (Büroleiter),
Mirko Vossen, Manuela Seifert
Öffnungszeiten
Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 18:30 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann
Tim Cremer (Büroleiter), Nadesha Dietz,
Anton Gerber, Florian Pranghe,
Thomas Schwanstecher (Webmaster)
Öffnungszeiten
Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr; Fr.: 9 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Susana dos Santos Herrmann, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Susana dos Santos Herrmann
Frank Heinz
Öffnungszeiten
Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr; Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiter
Benedikt Dettling
Öffnungszeiten
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages

Sitzungswochen 2017 sind die 3., 4., 7., 10., 12., 13., 17., 20., 22., 25., 26., 36., 45., 47., 48. und 50. KW.

IMPRESSUM

JAHRBUCH 2017

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Nadesha Dietz, Manuela Seifert,
Stefan Stader, Mirko Vossen

FACEBOOK

www.facebook.com/
martin.doermann

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

HINWEISE ZU DEN BÜRGERBÜROS

Mit Konstituierung des neuen Bundestages im Oktober endet die Mandatstätigkeit von Martin Dörmann und damit auch seine Beteiligung an den drei genannten Bürgerbüros. Während die Büros in Kalk und in der Innenstadt von anderen Abgeordneten weitergeführt werden, wird das Bürgerbüro Porz spätestens zum Ende des Jahres geschlossen.